Deutscher Bundestag **Drucksache 21/8242**

21. Wahlperiode 28.09.2026

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. April 2024 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag)

A. Problem und Ziel

Mit dem am 29. April 2024 in Brüssel unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag) (im Folgenden: der Vertrag) wird das Ziel verfolgt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizei- und Zollbereich fortzuentwickeln und zu erweitern. Der Vertrag stellt eine Vertiefung der Zusammenarbeit beider Staaten im Rahmen der bestehenden bi- und multilateralen Verträge dar. Damit wird die Kriminalitätsbekämpfung verbessert und die Sicherheit der Bevölkerung erhöht.

Der Vertrag löst innerstaatlich das Erfordernis eines Vertragsgesetzes gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes aus.

Der Vertrag sieht an verschiedenen Stellen vor, dass ergänzende Regelungen in Durchführungsvereinbarungen getroffen werden können. Bei einigen Regelungsbereichen erscheint die Möglichkeit zu einer Inkraftsetzung im Wege von Verwaltungsvorschriften nicht ausreichend. Vielmehr sind mit Blick auf die normative Tragweite der Vereinbarungen rechtsetzende Maßnahmen erforderlich.

B. Lösung

Verabschiedung eines Vertragsgesetzes nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Aufnahme von Ermächtigungen zum Erlass von vertragsbezogenen Rechtsverordnungen zugunsten des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums der Finanzen in das Vertragsgesetz.

C. Alternativen

Bezüglich des Vertragsgesetzes: Keine.

Bezüglich der Aufnahme der Verordnungsermächtigungen: Das innerstaatliche Inkraftsetzen der Vereinbarungen könnte jeweils alternativ auch im Wege von Vertragsgesetzen erfolgen. Von dieser Alternative soll im Interesse der Beschleunigung der innerstaatlichen Verfahren und zur Entlastung des Deutschen Bundestags jedoch abgesehen werden.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, 28. September 2026

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages
Frau Julia Klöckner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 29. April 2024
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über die Polizei- und Zollzusammenarbeit
(Deutsch-Belgischer Polizeivertrag)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 1068. Sitzung am 25. September 2026 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Merz

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 29. April 2024 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 29. April 2024 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag) wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium der Finanzen werden ermächtigt, Durchführungsvereinbarungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 oder Artikel 11 Absatz 1 bis 3 des Vertrags, jeweils in Verbindung mit Artikel 54 Absatz 1 des Vertrags, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 56 Absatz 1 Satz 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag vom 29. April 2024 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag) (nachstehend: der Vertrag) findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 6 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag im Bereich der Gefahrenabwehr auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Die Regelung enthält Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen gemäß Artikel 80 des Grundgesetzes. Mit Blick auf die normative Tragweite der Durchführungsvereinbarungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 1 bis 3 des Vertrags ist die Möglichkeit zur Inkraftsetzung im Wege von Verwaltungsvorschriften nicht ausreichend. Dies gilt insbesondere für Vereinbarungen zu finanziellen Fragen, zu Fragen des Datenaustauschs, zu Behördenzuständigkeiten sowie zum regionalen Bezug der polizeilichen Zusammenarbeit.

Die auf dieser Grundlage zu erlassenen Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

Entbehrlich ist demgegenüber die Aufnahme einer Verordnungsermächtigung zur Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen gemäß:

– Artikel 9 Absatz 5 und 7 (Einrichtung eines sogenannten Gemeinsamen Zentrums und Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Zentrums),

– Artikel 24 Absatz 8 (Ausgestaltung von Modalitäten zur Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen im Rahmen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit),

– Artikel 27 Absatz 3 (Festlegung eines Verfahrens und von Modalitäten einer Zusammenarbeit bei vorübergehender Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen),

– Artikel 36 Absatz 3 (Zustimmung zum Mitführen und Tragen anderer Arten von Waffen und Munition),

– Artikel 44 Absatz 2 (Ausgestaltung von Modalitäten für die Nutzung von Fortbewegungsmitteln im anderen Vertragsstaat im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit) und

– Artikel 47 (Ausgestaltung spezieller Kostenübernahmeregelungen als Ausnahme vom Grundsatz der Selbsttragung entstehender Kosten)

des Vertrags.

Hier können die ergänzenden Regelungen in den Durchführungsvereinbarungen angesichts der normativen Dichte der bereits im Vertrag enthaltenen Vorgaben lediglich noch untergeordnete verwaltungsmäßige oder technische Details regeln.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 56 Absatz 1 Satz 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Der Vertrag verfolgt das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten weiter zu verbessern

und zu stärken. Damit wird die Kriminalitätsbekämpfung verbessert und die Sicherheit der Bevölkerung erhöht.

Mehrausgaben sowie ein entsprechender Mehrbedarf an Stellen beziehungsweise Planstellen sollen auf deutscher Seite finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft und für die Verwaltung fällt nicht an. Sonstige Kosten, insbesondere für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen nicht; Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Polizei- und Zollzusammenarbeit (Deutsch-Belgischer Polizeivertrag)

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique relatif à la coopération policière et douanière (Traité de police germano-belge)

Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België betreffende de politie- en douanesamenwerking (Duits-Belgisch politieverdrag)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Belgien,

im Folgenden als „Vertragsstaaten" bezeichnet,

in der Absicht, die gegenseitigen Beziehungen zu verstärken und die Zusammenarbeit der für die Kriminalitätsbekämpfung zuständigen Behörden zu vertiefen und zu erweitern,

in der Überzeugung, dass die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, einschließlich des internationalen Terrorismus, von wesentlicher Bedeutung ist,

mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung wirksam zu begegnen,

unter Beachtung ihrer internationalen Verpflichtungen und des Rechts der Europäischen Union, insbesondere im Bereich der Polizei- und Zollzusammenarbeit,

im Hinblick auf die volle Anwendung des Schengen-Besitzstandes durch beide Vertragsstaaten, insbesondere des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen

La République fédérale d'Allemagne

Et

Le Royaume de Belgique,

Ci-après dénommés « les États contractants »,

Entendant renforcer les rapports mutuels ainsi qu'approfondir et étendre la coopération entre les autorités compétentes en matière de lutte contre la criminalité,

Convaincus que la coopération internationale est essentielle à la lutte contre la criminalité transfrontalière, y compris le terrorisme international,

Soucieux de contrer efficacement les menaces transfrontalières à la sécurité ou à l'ordre publics,

Dans le respect de leurs obligations internationales et du droit de l'Union européenne, notamment dans le domaine de la coopération policière et douanière,

Compte tenu de l'application intégrale de l'acquis de Schengen par les deux États contractants, notamment de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les gouvernements

De Bondsrepubliek Duitsland

en

het Koninkrijk België,

hierna "Verdragsluitende Staten" genoemd,

met het voornemen de wederzijdse betrekkingen te versterken en de samenwerking tussen de autoriteiten die bevoegd zijn voor de bestrijding van de criminaliteit te verdiepen en uit te breiden,

in de overtuiging dat de internationale samenwerking van wezenlijk belang is voor de bestrijding van de grensoverschrijdende criminaliteit, met inbegrip van het internationale terrorisme,

met het doel de grensoverschrijdende gevaren voor de openbare orde en veiligheid doeltreffend aan te pakken,

met inachtneming van hun internationale verplichtingen en van het recht van de Europese Unie, in het bijzonder op het gebied van politie- en douanesamenwerking,

rekening houdend met de volledige toepassing van het Schengenacquis door beide Verdragsluitende Staten, in het bijzonder van de Overeenkomst van 19 juni 1990 ter uitvoering van het tussen de regeringen

vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (im Folgenden „Schengener Durchführungsübereinkommen“ genannt) und von dem Wunsch geleitet, den Schengen-Besitzstand hinsichtlich ihrer gegenseitigen Beziehungen zu ergänzen,

des États de l’Union économique Benelux, de la République fédérale d’Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, en date du 19 juin 1990, ci-après dénommée « Convention d’application Schengen », et désireux de compléter l’acquis de Schengen pour ce qui est de leurs rapports mutuels,

van de staten van de Benelux Economische Unie, de Bondsrepubliek Duitsland en de Franse Republiek op 14 juni 1985 te Schengen gesloten akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen, hierna “Schengenuitvoeringsovereenkomst” genoemd, en geleid door de wens om het Schengenacquis aan te vullen wat hun wederzijdse betrekkingen betreft,

im Hinblick auf das Übereinkommen vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (im Folgenden als „Neapel-II-Übereinkommen“ bezeichnet),

Compte tenu de la Convention établie sur la base de l’article K.3 du traité sur l’Union européenne, relative à l’assistance mutuelle et à la coopération entre les administrations douanières, en date du 18 décembre 1997, ci-après dénommée « Convention Naples II »,

rekening houdend met de Overeenkomst van 18 december 1997 op grond van artikel K.3 van het Verdrag betreffende de Europese Unie inzake wederzijdse bijstand en samenwerking tussen de douaneadministraties (hierna “Napels II-overeenkomst” genoemd),

unter Beachtung der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (im Folgenden als „Richtlinie (EU) 2016/680“ bezeichnet) und, sofern anwendbar, der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden als „Verordnung (EU) 2016/679“ bezeichnet),

Dans le respect de la directive (UE) 2016/680 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relative à la protection des personnes physiques à l’égard du traitement des données à caractère personnel par les autorités compétentes à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d’enquêtes et de poursuites en la matière ou d’exécution de sanctions pénales, et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la décision-cadre 2008/977/JAI du Conseil, ci-après dénommée « directive (UE) 2016/680 », et, le cas échéant, du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l’égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données), ci-après dénommé « règlement (UE) 2016/679 »,

met inachtneming van de Richtlijn (EU) 2016/680 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens door bevoegde autoriteiten met het oog op de voorkoming, het onderzoek, de opsporing en de vervolging van strafbare feiten of de tenuitvoerlegging van straffen, en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Kaderbesluit 2008/977/JBZ van de Raad (hierna “Richtlijn (EU) 2016/680” genoemd) en in voorkomend geval van de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming, hierna “Verordening (EU) 2016/679” genoemd),

unter Beachtung der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (im Folgenden als „Richtlinie 2014/41/EU“ bezeichnet) und des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (im Folgenden als „Rahmenbeschluss 2002/584/JI“ bezeichnet),

Dans le respect de la directive 2014/41/UE du Parlement européen et du Conseil du 3 avril 2014 concernant la décision d’enquête européenne en matière pénale, ci-après dénommée « directive 2014/41/UE », et de la décision-cadre 2002/584/JAI du Conseil du 13 juin 2002 relative au mandat d’arrêt européen et aux procédures de remise entre États membres, ci-après dénommée « décision-cadre 2002/584/JAI »,

met inachtneming van de Richtlijn 2014/41/EU van het Europees Parlement en de Raad van 3 april 2014 betreffende het Europees onderzoeksbevel in strafzaken (hierna “Richtlijn 2014/41/EU” genoemd) en het Kaderbesluit 2002/584/JBZ van de Raad van 13 juni 2002 betreffende het Europees aanhoudingsbevel en de procedures van overlevering tussen de lidstaten (hierna “Kaderbesluit 2002/584/JBZ” genoemd),

unter Beachtung der Richtlinie (EU) 2023/977 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (im Folgenden als „Richtlinie (EU) 2023/977“ bezeichnet),

Dans le respect de la directive (UE) 2023/977 du Parlement européen et du Conseil du 10 mai 2023 relative à l’échange d’informations entre les services répressifs des États membres et abrogeant la décision-cadre 2006/960/JAI du Conseil, ci-après dénommée « directive (UE) 2023/977 »,

met inachtneming van de Richtlijn (EU) 2023/977 van het Europees Parlement en de Raad van 10 mei 2023 betreffende de uitwisseling van informatie tussen de rechtshandhavingsinstanties van de lidstaten en tot intrekking van Kaderbesluit 2006/960/JBZ van de Raad (hierna “Richtlijn (EU) 2023/977” genoemd),

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit nach dem Abkommen vom 27. März 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten fortzuentwickeln,

Désireux de développer la coopération en vertu de l’Accord entre le Gouvernement du Royaume de Belgique et le Gouvernement de la République fédérale d’Allemagne relatif à la coopération entre les autorités de police et les administrations douanières dans les régions frontalières, en date du 27 mars 2000,

met de wens de samenwerking zoals bedoeld in de Overeenkomst van 27 maart 2000 tussen de Regering van het Koninkrijk België en de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland inzake de samenwerking tussen de politiediensten en de douaneadministraties in de grensgebieden verder te ontwikkelen,

in der Absicht, die Kohärenz dieses Vertrags mit dem europäischen und internationalen Rahmen für die Polizei- und Zollzusammenarbeit, der sie bindet, zu gewährleisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Entendant assurer la cohérence du présent Traité avec le cadre de coopération policière et douanière européen et international qui les lie,

Sont convenus de ce qui suit :

met het voornemen de coherentie van dit Verdrag met het Europese en internationale kader voor politie- en douanesamenwerking dat hen verbindt, te waarborgen,

zijn het volgende overeengekomen:

Teil I

Anwendungsbereich und zuständige Behörden

Artikel 1

Vertragsgegenstand

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten zusammen. Die Zusammenarbeit umfasst auch die Fälle, in denen die Handlung in dem einen Vertragsstaat als Straftat und in dem anderen Vertragsstaat als Ordnungswidrigkeit eingestuft wird. Die Vertragsstaaten arbeiten ferner bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Zuständigkeitsbereich der Polizei- oder Zollbehörden zusammen, soweit diese Zusammenarbeit nicht bereits nach dem Recht der Europäischen Union oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften erfolgt.

(2) Die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag umfasst nicht die Leistung der Rechtshilfe in Strafsachen, die in den Zuständigkeitsbereich der Justizbehörden fällt. Dieser Vertrag lässt die innerstaatlichen, europäischen und internationalen Rechtsinstrumente, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen regeln, unberührt.

(3) Dieser Vertrag lässt die rechtlichen Regelungen über die internationale Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung unberührt, insbesondere die der nationalen Zentralstellen im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) und der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol).

Partie I

Champ d'application et autorités compétentes

Article 1er

Objet du Traité

(1) Les États contractants coopèrent dans le domaine de la prévention de menaces à la sécurité ou à l'ordre publics ainsi que dans le domaine de la prévention et de la répression d'infractions pénales. La coopération couvre également les cas dans lesquels un fait est qualifié d'infraction pénale dans un État contractant et d'infraction administrative dans l'autre État contractant. Les États contractants coopèrent en outre dans le domaine de la répression d'infractions administratives relevant du champ de compétence des autorités policières ou douanières, dans la mesure où cette coopération n'est pas déjà mise en œuvre en vertu du droit de l'Union européenne ou d'autres instruments de droit international.

(2) La coopération en vertu du présent Traité ne comprend pas la fourniture d'une entraide judiciaire en matière pénale, qui relève du champ de compétence des autorités judiciaires. Le présent Traité ne porte pas atteinte aux instruments juridiques nationaux, européens et internationaux gouvernant la coopération judiciaire en matière pénale.

(3) Le présent Traité ne porte pas atteinte aux instruments juridiques relatifs à la coopération internationale en matière de lutte contre la criminalité, notamment à celui prévu entre les services centraux nationaux dans le cadre de l'Organisation internationale de police criminelle (Interpol) et de l'Agence de l'Union européenne pour la coopération des services répressifs (Europol).

Deel I

Toepassingsgebied en bevoegde autoriteiten

Artikel 1

Voorwerp van het Verdrag

(1) De Verdragsluitende Staten werken samen op het gebied van de voorkoming van gevaren voor de openbare orde en veiligheid alsmede op het gebied van de voorkoming en vervolging van strafbare feiten. De samenwerking omvat ook de gevallen waarin het feit in de ene Verdragsluitende Staat als een strafbaar feit en in de andere Verdragsluitende Staat als een administratieve overtreding wordt gekwalificeerd. De Verdragsluitende Staten werken tevens samen op het gebied van de vervolging van administratieve overtredingen die behoren tot het bevoegdheidsgebied van de politie- of douaneautoriteiten, voor zover deze samenwerking niet reeds geschiedt krachtens het recht van de Europese Unie of andere overeenkomsten van internationaal recht.

(2) De samenwerking op grond van dit Verdrag omvat niet het leveren van rechtshulp in strafzaken, dat tot het bevoegdheidsgebied van de gerechtelijke autoriteiten behoort. Dit Verdrag laat onverlet de nationale, Europese en internationale rechtsinstrumenten die de gerechtelijke samenwerking in strafzaken regelen.

(3) Dit Verdrag laat onverlet de juridische instrumenten betreffende de internationale samenwerking op het gebied van de criminaliteitsbestrijding, in het bijzonder die tussen de nationale centrale organen in het kader van de Internationale Criminele Politieorganisatie (Interpol) en het Agentschap van de Europese Unie voor samenwerking op het gebied van rechtshandhaving (Europol).

Artikel 2

Zuständige Behörden

(1) Die für die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag zuständigen Behörden sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
   a) das Bundesministerium des Innern und für Heimat,
   b) die Polizeibehörden des Bundes und der Länder,
   c) die Behörden der Zollverwaltung;

Article 2

Autorités compétentes

(1) Les autorités compétentes pour la coopération en vertu du présent Traité sont, dans le cadre de leurs compétences respectives,

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :
   a) le ministère fédéral de l'Intérieur et du Territoire,
   b) les autorités policières de la Fédération et des Länder,
   c) les autorités de l'administration douanière ;

Artikel 2

Bevoegde autoriteiten

(1) De voor de samenwerking op grond van dit Verdrag bevoegde autoriteiten zijn in het kader van hun respectieve bevoegdheden,

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:
   a) het Bondsministerie van Binnenlandse Zaken en Heimat,
   b) de politieautoriteiten van de Bond en de deelstaten,
   c) de autoriteiten van de douaneadministratie;

2. auf Seiten des Königreichs Belgien

   a) die Föderale Polizei,

   b) die Lokale Polizei,

   c) die Generalverwaltung Zoll und Akzisen.

(2) Zuständige Beamtinnen und Beamte im Sinne dieses Vertrags sind

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

   a) Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Bundes und der Länder,

   b) weitere Bedienstete der Polizeien des Bundes und der Länder, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach Buchstabe a bei der Ausübung von deren Hoheitsbefugnissen unmittelbar unterstützen oder diesen insoweit gleichgestellt sind,

   c) Beamtinnen und Beamte der Zollverwaltung,

   d) weitere Bedienstete der Zollverwaltung, die Zollbeamtinnen und Zollbeamte unter Buchstabe c bei der Ausübung von deren Hoheitsbefugnissen unmittelbar unterstützen oder diesen insoweit gleichgestellt sind;

2. auf Seiten des Königreichs Belgien

   a) Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte sowie ihnen gleichgestellte Angehörige der Föderalen Polizei und der Lokalen Polizei,

   b) Bedienstete der Generalverwaltung Zoll und Akzisen.

(3) Die nationalen Zentralstellen im Sinne dieses Vertrags sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

   a) das Bundeskriminalamt,

   b) das Zollkriminalamt;

2. auf Seiten des Königreichs Belgien

   a) die Direktion der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit der Föderalen Polizei,

   b) die Direktion der Einsätze in gerichtspolizeilichen Angelegenheiten der Föderalen Polizei,

   c) die Zentralbehörde der Verwaltung Fahndung der Generalverwaltung Zoll und Akzisen.

(4) Spezialeinheiten im Sinne dieses Vertrags sind

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland die hierfür benannten Spezialeinheiten der zuständigen Behörden des Bundes und der Länder,

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique :

   a) la Police fédérale,

   b) la Police locale,

   c) l'Administration générale des douanes et accises.

(2) Les fonctionnaires compétents au sens du présent Traité sont

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

   a) les fonctionnaires de police de la Fédération et des Länder,

   b) d'autres agents des polices de la Fédération et des Länder qui apportent un soutien direct aux fonctionnaires de police visés au point a) dans l'exercice de leurs prérogatives de puissance publique ou qui leur sont assimilés à cet égard,

   c) les fonctionnaires de l'administration douanière,

   d) d'autres agents de l'administration douanière qui apportent un soutien direct aux fonctionnaires des douanes visés au point c) dans l'exercice de leurs prérogatives de puissance publique ou qui leur sont assimilés à cet égard ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique :

   a) les fonctionnaires opérationnels de la Police fédérale et de la Police locale ainsi que les membres du personnel qui leur sont assimilés,

   b) les agents de l'Administration générale des douanes et accises.

(3) Les services centraux nationaux au sens du présent Traité sont, dans le cadre de leurs compétences respectives,

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

   a) l'Office fédéral de police criminelle,

   b) l'Office criminel des douanes ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique :

   a) la Direction de la coopération policière internationale de la Police fédérale,

   b) la Direction des opérations de police judiciaire de la Police fédérale,

   c) la Composante centrale de l'Administration Recherche de l'Administration générale des douanes et accises.

(4) Les unités spéciales au sens du présent Traité sont

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les unités spéciales désignées à cet effet des autorités compétentes de la Fédération et des Länder ;

2. voor het Koninkrijk België:

   a) de Federale Politie,

   b) de Lokale Politie,

   c) de Algemene Administratie van de Douane en Accijnzen.

(2) De bevoegde ambtenaren in de zin van dit Verdrag zijn

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:

   a) de politieambtenaren van de Bond en de deelstaten,

   b) overige ambtenaren van de politiediensten van de Bond en de deelstaten die de politieambtenaren zoals bedoeld in onderdeel a) rechtstreeks ondersteunen bij de uitoefening van hun bevoegdheden van openbaar gezag of met hen in dit opzicht gelijkgesteld zijn,

   c) de ambtenaren van de douaneadministratie,

   d) overige ambtenaren van de douaneadministratie die de douaneambtenaren zoals bedoeld in onderdeel c) rechtstreeks ondersteunen bij de uitoefening van hun bevoegdheden van openbaar gezag of met hen in dit opzicht gelijkgesteld zijn;

2. voor het Koninkrijk België:

   a) de operationele ambtenaren van de Federale en de Lokale Politie en de met hen gelijkgestelde personeelsleden,

   b) de ambtenaren van de Algemene Administratie van de Douane en Accijnzen.

(3) De nationale centrale organen in de zin van dit Verdrag zijn in het kader van hun respectieve bevoegdheden

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:

   a) de federale recherchedienst,

   b) de recherchedienst van de douane;

2. voor het Koninkrijk België:

   a) de Directie van de internationale politiesamenwerking van de Federale Politie,

   b) de Directie van operaties inzake gerechtelijke politie van de Federale Politie,

   c) de Centrale Component van de Administratie Opsporing van de Algemene Administratie van de Douane en Accijnzen.

(4) De speciale eenheden in de zin van dit Verdrag zijn

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland de daartoe aangewezen speciale eenheden van de bevoegde autoriteiten van de Bond en de deelstaten;

2. auf Seiten des Königreichs Belgien die Direktion der Spezialeinheiten der Föderalen Polizei.

Artikel 3

Geografischer Anwendungsbereich

(1) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, erstreckt sich der geografische Anwendungsbereich dieses Vertrags auf das gesamte Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten.

(2) Grenzgebiete im Sinne dieses Vertrags sind

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz,

2. auf Seiten des Königreichs Belgien die Gerichtsbezirke Eupen, Lüttich, Limburg und Luxemburg.

Teil II

Informationsaustausch

Artikel 4

Informationsaustausch auf Ersuchen

(1) Im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts leisten die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander Unterstützung, indem sie auf Ersuchen Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten austauschen.

(2) Die Bedingungen für die Übermittlung und Erledigung von Ersuchen in Bezug auf Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Satz 3 werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt. Insbesondere kann darin der Umfang der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten von der Art der Tat, der Schwere der Tat oder der zu erwartenden Sanktion abhängig gemacht werden.

(3) Ob das Ersuchen eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit betrifft, beurteilt sich nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchenden Vertragsstaats.

(4) Das Ersuchen wird unverzüglich erledigt. Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, leitet sie das Ersuchen unverzüglich an die zuständige Behörde weiter und teilt dies der ersuchenden zuständigen Behörde mit.

Artikel 5

Informationsaustausch ohne Ersuchen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander im Einklang mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht Informationen ohne Ersuchen mitteilen, so-

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, la Direction des unités spéciales de la Police fédérale.

Article 3

Champ d'application territoriale

(1) Sauf disposition contraire expresse dans le présent Traité, le champ d'application territoriale du présent Traité s'étend à l'ensemble du territoire national des deux États contractants.

(2) Les zones frontalières au sens du présent Traité sont

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les Länder de Rhénanie du Nord-Westphalie et de Rhénanie-Palatinat ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, les arrondissements judiciaires d'Eupen, de Liège, du Limbourg et du Luxembourg.

Partie II

Échange d'informations

Article 4

Échange d'informations sur demande

(1) Dans le cadre de leurs compétences respectives et dans les conditions prévues par leur droit national respectif, les autorités compétentes des États contractants se prêtent mutuellement assistance en échangeant, sur demande, des informations en vue de la prévention de menaces à la sécurité ou à l'ordre publics ainsi que de la prévention et de la répression d'infractions pénales et administratives.

(2) Les conditions régissant la transmission et le traitement de demandes relatives à des infractions administratives telles que visées à l'article 1er, paragraphe 1, phrase 3, sont réglées dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1. Celui-ci peut notamment déterminer la portée de la coopération entre les États contractants en fonction du type des faits, de leur gravité ou de la sanction encourue.

(3) La nature pénale ou administrative de l'infraction à laquelle se réfère une demande s'apprécie au regard du droit national de l'État contractant requérant.

(4) La demande est traitée sans délai. Si l'autorité requise n'est pas compétente pour traiter la demande, elle transmet celle-ci sans délai à l'autorité compétente et en informe l'autorité compétente requérante.

Article 5

Échange d'informations sans demande

(1) Les autorités compétentes des États contractants peuvent se transmettre, conformément à leur droit national respectif, des informations sans demande s'il existe des

2. voor het Koninkrijk België de Directie van de speciale eenheden van de Federale Politie.

Artikel 3

Territoriaal toepassingsgebied

(1) Het territoriale toepassingsgebied van dit Verdrag bestrijkt het gehele grondgebied van beide Verdragsluitende Staten, tenzij in dit Verdrag uitdrukkelijk anders is bepaald.

(2) De grensgebieden in de zin van dit Verdrag zijn

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland de deelstaten Noordrijn-Westfalen en Rijnland-Palts;

2. voor het Koninkrijk België de gerechtelijke arrondissementen Eupen, Luik, Limburg en Luxemburg.

Deel II

Informatie-uitwisseling

Artikel 4

Informatie-uitwisseling op verzoek

(1) In het kader van hun respectieve bevoegdheden en met inachtneming van hun respectieve nationale recht verlenen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten elkaar bijstand door op verzoek informatie uit te wisselen ter voorkoming van gevaren voor de openbare orde en veiligheid en ter voorkoming en vervolging van strafbare feiten en administratieve overtredingen.

(2) De voorwaarden voor de verzending en uitvoering van verzoeken betreffende administratieve overtredingen in de zin van artikel 1, paragraaf 1, zin 3, worden in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, geregeld. In het bijzonder kan daarin de reikwijdte van de samenwerking tussen de Verdragsluitende Staten afhankelijk worden gemaakt van de aard van het feit, de ernst van het feit of de te verwachten straf.

(3) Of het verzoek een strafbaar feit of een administratieve overtreding betreft, wordt beoordeeld op grond van het nationale recht van de verzoekende Verdragsluitende Staat.

(4) Het verzoek wordt onverwijld uitgevoerd. Indien de aangezochte autoriteit niet bevoegd is voor de uitvoering van het verzoek, stuurt ze het verzoek onverwijld door naar de bevoegde autoriteit en brengt ze de verzoekende bevoegde autoriteit hiervan op de hoogte.

Artikel 5

Informatie-uitwisseling zonder verzoek

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen elkaar, overeenkomstig hun respectieve nationale recht, informatie meedelen zonder verzoek

fern tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten beitragen können.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander insbesondere Informationen mitteilen

1. über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, über deren Täter und Teilnehmer, über Personen, die der Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit oder der Beteiligung an solchen verdächtigt sind, über die Umstände von deren Begehung, über Verletzte und Zeugen und über die getroffenen Maßnahmen,
2. über Gegenstände, mit denen Straftaten begangen wurden oder die aus diesen herrühren,
3. über Hinweise auf terroristische Bedrohungen, mögliche Terroranschläge, terroristische und extremistische Strukturen und Vereinigungen sowie gleichgelagerte Verdachtslagen, die für den anderen Vertragsstaat von Bedeutung sind,
4. über Formen der Begehung von Straftaten,
5. über Migrationsbewegungen, deren Umfang, Struktur und mögliche Zielrichtungen,
6. über geplante Polizeiaktionen und -einsätze in den Grenzgebieten,
7. für die Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr,
8. für die Erarbeitung gemeinsamer Lagebilder und Analysen vor allem für die Grenzgebiete.

éléments factuels indiquant que ces informations pourraient contribuer à la prévention de menaces à la sécurité ou à l'ordre publics ou à la prévention et à la répression d'infractions pénales et administratives.

(2) Les autorités compétentes des États contractants peuvent notamment se transmettre des informations

1. relatives à des infractions pénales et administratives, à leurs auteurs et aux participants, à des personnes suspectées d'avoir commis ou participé à une infraction pénale ou administrative, aux circonstances de la commission des faits, à des blessés et à des témoins ainsi qu'aux mesures prises,
2. relatives à des objets ayant servi à la commission ou provenant d'infractions pénales,
3. relatives à des indices ayant trait à des menaces terroristes, à d'éventuels attentats terroristes, à des structures et à des organisations terroristes et extrémistes ainsi qu'à des situations suspectes semblables revêtant de l'importance pour l'autre État contractant,
4. relatives à des modes de commission d'infractions pénales,
5. relatives à des flux migratoires, à leur portée, à leur structure et aux éventuelles destinations concernées,
6. relatives à des opérations et à des interventions policières planifiées dans les zones frontalières,
7. en vue de garantir la sécurité routière,
8. en vue d'établir des analyses et des états de situation communs, principalement pour les zones frontalières.

indien er feitelijke aanwijzingen zijn dat deze informatie kan bijdragen tot de voorkoming van gevaren voor de openbare orde en veiligheid of tot de voorkoming en vervolging van strafbare feiten en administratieve overtredingen.

(2) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen elkaar in het bijzonder informatie meedelen

1. over strafbare feiten en administratieve overtredingen, over de daders en de deelnemers, over personen die ervan verdacht worden een strafbaar feit of administratieve overtreding te hebben gepleegd of eraan te hebben deelgenomen, over de omstandigheden waarin ze werden gepleegd, over gewonden en getuigen en over de getroffen maatregelen,
2. over voorwerpen waarmee strafbare feiten werden gepleegd of die eruit voortkomen,
3. over aanwijzingen met betrekking tot terroristische dreigingen, mogelijke terreuraanslagen, terroristische en extremistische structuren en organisaties en gelijkaardige verdachte situaties die voor de andere Verdragsluitende Staat van belang zijn,
4. over manieren waarop strafbare feiten worden gepleegd,
5. over migratiebewegingen, hun omvang, structuur en mogelijke bestemmingen,
6. over geplande operaties en optredens van de politie in de grensgebieden,
7. met het oog op het waarborgen van de verkeersveiligheid,
8. met het oog op het opstellen van gemeenschappelijke situatieverslagen en analyses, voornamelijk voor de grensgebieden.

Artikel 6

Informationsaustausch zwischen Polizei- und Zollbehörden

Nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts können die Polizeibehörden des einen Vertragsstaats Informationen mit den Zollbehörden des anderen Vertragsstaats austauschen und umgekehrt.

Article 6

Échange d'informations entre autorités policières et douanières

Les autorités policières d'un État contractant peuvent, dans les conditions prévues par leur droit national respectif, échanger des informations avec les autorités douanières de l'autre État contractant et vice versa.

Artikel 6

Informatie-uitwisseling tussen politie- en douaneautoriteiten

Met inachtneming van hun respectieve nationale recht kunnen de politieautoriteiten van de ene Verdragsluitende Staat informatie uitwisselen met de douaneautoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat en omgekeerd.

Artikel 7

Wege des Informationsaustauschs

Der Austausch von Informationen nach Artikel 4 und 5 erfolgt unmittelbar zwischen den nationalen Zentralstellen. Der Informationsaustausch kann auch unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden erfolgen, soweit

1. dieser zwischen zuständigen Behörden im Grenzgebiet stattfindet und sich auf Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder auf Straftaten oder

Article 7

Canaux d'échange d'informations

Les échanges d'informations visés aux articles 4 et 5 ont lieu directement entre les services centraux nationaux. Ces échanges d'informations peuvent également avoir lieu directement entre les autorités compétentes, dans la mesure où

1. ils s'effectuent entre des autorités compétentes situées dans la zone frontalière et sont relatifs à une menace à la sécurité ou à l'ordre publics ou à une infra-

Artikel 7

Kanalen voor de informatie-uitwisseling

De uitwisseling van informatie zoals bedoeld in artikel 4 en 5 geschiedt rechtstreeks tussen de nationale centrale organen. De informatie-uitwisseling kan ook rechtstreeks tussen de bevoegde autoriteiten geschieden, voor zover

1. ze plaatsvindt tussen bevoegde autoriteiten in het grensgebied en betrekking heeft op gevaren voor de openbare orde en veiligheid of op strafbare feiten of

Ordnungswidrigkeiten im Grenzgebiet bezieht oder

2. die Übermittlung der Informationen zwischen den nationalen Zentralstellen zu einer Verzögerung führen würde, die die Aufgabenwahrnehmung der betroffenen zuständigen Behörden gefährden würde, oder
3. der Informationsaustausch während einer grenzüberschreitenden Maßnahme nach Teil III zwischen hieran teilnehmenden zuständigen Beamtinnen und Beamten stattfindet oder
4. eine unmittelbare Zusammenarbeit zweckmäßig ist und hierzu das Einvernehmen ihrer nationalen Zentralstellen vorliegt.

Die nationalen Zentralstellen werden nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts über den Informationsaustausch unterrichtet.

Artikel 8

Form des Informationsaustauschs

(1) Ersuchen und deren Beantwortung werden schriftlich übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich mit unverzüglich darauffolgender schriftlicher Bestätigung erfolgen.

(2) Die Übermittlung der Ersuchen und deren Beantwortung auf elektronischem Weg ist zulässig, soweit die genutzten Mittel gesichert sind und deren Nutzung in beiden Vertragsstaaten gestattet ist.

(3) Dem Ersuchen wird eine Übersetzung in eine Amtssprache des ersuchten Vertragsstaats oder in die englische Sprache beigefügt, sofern das Ersuchen nicht in einer Amtssprache des ersuchten Vertragsstaats oder in englischer Sprache gestellt wird.

Artikel 9

Gemeinsame Zentren

(1) Die Vertragsstaaten können in auf Dauer angelegten und wenn möglich in der Nähe der Staatsgrenze eingerichteten Gemeinsamen Zentren zusammenarbeiten.

(2) Im Einklang mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht und vorbehaltlich der Zuständigkeit der nationalen Zentralstellen arbeiten die Bediensteten in den Gemeinsamen Zentren im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten unmittelbar zusammen, um Informationen mit einem Bezug zur örtlichen Zuständigkeit des betroffenen Gemeinsamen Zentrums auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten. Sofern die Informationsübermittlung zwischen den nationalen Zentralstellen zu einer Verzögerung führen würde, die die Aufgabenwahrnehmung der betroffenen Behörde gefährden würde, können die Gemeinsamen Zentren ausnahmsweise auch dann in Anspruch genommen werden, wenn kein Bezug zu ihrer örtlichen Zuständigkeit besteht.

ction pénale ou administrative se situant dans la zone frontalière, ou

2. la transmission des informations entre les services centraux nationaux impliquerait un retard qui entraverait l'exécution des missions des autorités compétentes concernées, ou
3. les échanges d'informations s'effectuent au cours d'une opération transfrontalière visée à la Partie III, entre des fonctionnaires compétents y participant, ou
4. une coopération directe est opportune et autorisée par leurs services centraux nationaux.

Les services centraux nationaux sont informés des échanges d'informations dans les conditions prévues par leur droit national respectif.

Article 8

Forme de l'échange d'informations

(1) Les demandes et les réponses à celles-ci sont transmises par écrit. En cas d'urgence, une demande peut également être faite oralement, avec confirmation écrite subséquente sans délai.

(2) La transmission des demandes et des réponses à celles-ci par voie électronique est admise dans la mesure où les moyens utilisés sont sécurisés et où leur utilisation est autorisée dans les deux États contractants.

(3) Si elle n'est pas soumise dans une langue officielle de l'État contractant requis ou en anglais, la demande est accompagnée d'une traduction dans une langue officielle de l'État contractant requis ou d'une traduction en anglais.

Article 9

Centres communs

(1) Les États contractants peuvent coopérer dans des centres communs permanents installés si possible à proximité de la frontière nationale.

(2) Conformément à leur droit national respectif et sous réserve de la compétence des services centraux nationaux, les membres du personnel dans les centres communs coopèrent directement, dans le cadre de leurs compétences respectives, en vue de l'échange, de l'analyse et du transfert d'informations en lien avec le champ de compétence territoriale du centre commun concerné. Dans la mesure où la transmission des informations entre les services centraux nationaux impliquerait un retard qui entraverait l'exécution des missions du service concerné, les centres communs peuvent exceptionnellement être également sollicités pour des cas n'ayant pas de lien avec leur champ de compétence territoriale.

administratieve overtredingen in het grensgebied, of

2. de verstrekking van de informatie via de nationale centrale organen tot een vertraging zou leiden die de uitvoering van de taken van de betrokken bevoegde autoriteiten in het gedrang zou brengen, of
3. de informatie-uitwisseling plaatsvindt tijdens een grensoverschrijdende actie zoals bedoeld in deel III tussen hieraan deelnemende bevoegde ambtenaren, of
4. een rechtstreekse samenwerking doelmatig is en werd toegestaan door hun nationale centrale organen.

De nationale centrale organen worden met inachtneming van hun respectieve nationale recht van de informatie-uitwisseling op de hoogte gebracht.

Artikel 8

Vorm van de informatie-uitwisseling

(1) Verzoeken en de antwoorden daarop worden schriftelijk verzonden. In spoedeisende gevallen kan het verzoek ook mondeling worden gedaan met een onverwijld daaropvolgende schriftelijke bevestiging.

(2) De verzending van de verzoeken en de antwoorden daarop via elektronische weg is toegestaan voor zover de gebruikte middelen beveiligd zijn en het gebruik ervan in beide Verdragsluitende Staten is toegestaan.

(3) Indien het verzoek niet in een officiële taal van de aangezochte Verdragsluitende Staat of in het Engels wordt ingediend, wordt een vertaling in een officiële taal van de aangezochte Verdragsluitende Staat of in het Engels bij het verzoek gevoegd.

Artikel 9

Gemeenschappelijke centra

(1) De Verdragsluitende Staten kunnen samenwerken in permanente en indien mogelijk in de buurt van de staatsgrens ingerichte gemeenschappelijke centra.

(2) Overeenkomstig hun respectieve nationale recht en behoudens de bevoegdheid van de nationale centrale organen werken de personeelsleden in de gemeenschappelijke centra in het kader van hun respectieve bevoegdheden rechtstreeks samen, om informatie in verband met het territoriale bevoegdheidsgebied van het betrokken gemeenschappelijke centrum uit te wisselen, te analyseren en door te zenden. Indien de verstrekking van informatie via de nationale centrale organen tot een vertraging zou leiden die de uitvoering van de taken van de betrokken autoriteit in het gedrang zou brengen, kan bij wijze van uitzondering ook een beroep worden gedaan op de gemeenschappelijke centra in gevallen waarin er geen verband is met hun territoriale bevoegdheidsgebied.

(3) Die Bediensteten in den Gemeinsamen Zentren wirken bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mit.

(4) Den Bediensteten in den Gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Maßnahmen. Sie unterstehen ausschließlich den Weisungen und der Disziplinargewalt ihrer Entsendebehörden.

(5) Die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums nach diesem Artikel, sein örtlicher Zuständigkeitsbereich, die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Aufteilung der Kosten werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt. Das Übereinkommen vom 24. Oktober 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet bleibt hiervon unberührt.

(6) Die Vertragsstaaten können mit einem oder mehreren gemeinsamen Nachbarstaaten vereinbaren, auf Dauer angelegte Gemeinsame Zentren einzurichten. Die zuständigen Behörden eines Vertragsstaats können sich auch an auf Dauer angelegten Gemeinsamen Zentren, die der andere Vertragsstaat mit einem gemeinsamen Nachbarstaat betreibt, beteiligen, wenn und soweit dieser Nachbarstaat einer solchen Beteiligung zustimmt. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Aufteilung der Kosten werden zwischen allen beteiligten Staaten einvernehmlich geregelt.

(7) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können auch in zeitlich befristet angelegten Gemeinsamen Zentren im Einklang mit ihrem jeweiligen innerstaatlichen Recht zusammenarbeiten. Die zuständigen Behörden legen dafür insbesondere den Umfang und die Modalitäten der Zusammenarbeit, darunter die Aufteilung der Kosten der Errichtung, der Ausstattung und des Betriebs, in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 2 fest. Absatz 6 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 10

Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte

(1) Jeder Vertragsstaat kann mit Zustimmung des anderen Vertragsstaats Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte der Polizei- und Zollbehörden in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsenden.

(2) Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte übermitteln Informationen und nehmen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen wahr, die ihnen von dem Ent-

(3) Les membres du personnel dans les centres communs apportent un appui à la coordination de la coopération transfrontalière en vertu du présent Traité.

(4) Il n'incombe pas aux membres du personnel dans les centres communs d'exécuter des mesures opérationnelles de manière indépendante. Ils sont exclusivement soumis aux instructions et au pouvoir disciplinaire de leurs autorités d'envoi.

(5) La mise en place d'un centre commun au sens du présent article, son champ de compétence territoriale, les détails de la coopération ainsi que la répartition des frais sont réglés dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1. Il n'est en outre pas porté atteinte à l'Accord entre le Gouvernement du Royaume de Belgique, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg concernant la mise en place et l'exploitation d'un centre commun de coopération policière et douanière dans la zone frontalière commune, en date du 24 octobre 2008.

(6) Les États contractants peuvent convenir avec un ou plusieurs États limitrophes communs de mettre en place des centres communs permanents. Les autorités compétentes d'un État contractant peuvent également participer à des centres communs permanents que l'autre État contractant exploite avec un État limitrophe commun, si et dans la mesure où cet État limitrophe consent à une telle participation. Les détails de la coopération et la répartition des frais sont réglés d'un commun accord entre tous les États concernés.

(7) Les autorités compétentes des États contractants peuvent également coopérer, conformément à leur droit national respectif, dans des centres communs temporaires. À cet effet, les autorités compétentes fixent, dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 2, notamment la portée et les modalités de la coopération, dont la répartition des frais inhérents à la mise en place, à la dotation et à l'exploitation. Le paragraphe 6 s'applique par analogie.

Article 10

Officiers de liaison

(1) Chaque État contractant peut, avec le consentement de l'autre État contractant, détacher des officiers de liaison des autorités policières et douanières sur le territoire national de l'autre État contractant.

(2) Les officiers de liaison transmettent des informations et remplissent leurs missions dans le cadre des instructions qui leur sont données par l'État contractant d'envoi

(3) De personeelsleden in de gemeenschappelijke centra werken ondersteunend mee aan de coördinatie van de grensoverschrijdende samenwerking op grond van dit Verdrag.

(4) Het zelfstandig uitvoeren van operationele maatregelen valt niet onder de bevoegdheid van de personeelsleden in de gemeenschappelijke centra. Zij zijn uitsluitend onderworpen aan de instructies en de tuchtrechtelijke bevoegdheid van hun autoriteiten in de zendstaat.

(5) De inrichting van een gemeenschappelijk centrum in de zin van dit artikel, zijn territoriaal bevoegdheidsgebied, de details van de samenwerking en de verdeling van de kosten worden in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, geregeld. Het Akkoord van 24 oktober 2008 tussen de Regering van het Koninkrijk België, de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland, de Regering van de Franse Republiek en de Regering van het Groothertogdom Luxemburg betreffende de inwerkingstelling en de exploitatie van een gemeenschappelijk centrum voor politie- en douanesamenwerking in de gemeenschappelijke grensstreek blijft onverlet.

(6) De Verdragsluitende Staten kunnen met een of meerdere gemeenschappelijke buurlanden overeenkomen permanente gemeenschappelijke centra in te richten. De bevoegde autoriteiten van een Verdragsluitende Staat kunnen ook deelnemen aan permanente gemeenschappelijke centra die de andere Verdragsluitende Staat met een gemeenschappelijk buurland exploiteert, indien en voor zover dit buurland toestemming verleent voor een dergelijke deelname. De details van de samenwerking en de verdeling van de kosten worden tussen alle betrokken staten in onderlinge overeenstemming geregeld.

(7) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen ook in tijdelijke gemeenschappelijke centra samenwerken overeenkomstig hun respectieve nationale recht. De bevoegde autoriteiten leggen daarvoor in het bijzonder de reikwijdte en de modaliteiten van de samenwerking, waaronder de verdeling van de kosten van de oprichting, de uitrusting en de exploitatie, vast in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 2. Paragraaf 6 is van overeenkomstige toepassing.

Artikel 10

Verbindingsofficieren

(1) Elke Verdragsluitende Staat kan met toestemming van de andere Verdragsluitende Staat verbindingsofficieren van de politie- en douaneautoriteiten naar het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat uitsturen.

(2) Verbindingsofficieren verstrekken informatie en vervullen hun taken binnen het kader van de instructies die hun worden gegeven door de zendstaat en door de

sendestaat und von dem Vertragsstaat, in den sie entsandt worden sind, erteilt werden. Sie unterstützen und beraten, ohne Hoheitsbefugnisse auszuüben.

(3) In einen dritten Staat entsandte Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte eines Vertragsstaats können im gegenseitigen Einvernehmen beider Vertragsstaaten und unter der Voraussetzung der Zustimmung des Drittstaats auch die Interessen des anderen Vertragsstaats wahrnehmen.

et par l'État contractant auprès duquel ils sont détachés. Ils fournissent conseils et assistance sans exercer de prérogatives de puissance publique.

(3) Les officiers de liaison d'un État contractant détachés auprès d'un État tiers peuvent, d'un commun accord entre les deux États contractants et sous réserve du consentement de l'État tiers, également défendre les intérêts de l'autre État contractant.

Verdragsluitende Staat naar waar ze zijn uitgestuurd. Ze ondersteunen en adviseren, zonder bevoegdheden van openbaar gezag uit te oefenen.

(3) Naar een derde staat uitgestuurde verbindingsofficieren van een Verdragsluitende Staat kunnen, in onderlinge overeenstemming tussen beide Verdragsluitende Staten en mits de derde staat toestemming geeft, ook de belangen van de andere Verdragsluitende Staat waarnemen.

Artikel 11

Besondere Formen des Informationsaustauschs

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können, soweit dies zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib und Leben oder zur Verhütung oder Verfolgung einer schweren Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2023/977 aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erforderlich ist, nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts Referenzdaten zum Zweck ihrer vorübergehenden und örtlich begrenzten Nutzung für den automatisierten Kennzeichenabgleich mittels der hierfür bestehenden Systeme austauschen. Die Datenkategorien, die Bedingungen und Modalitäten für den Austausch von Referenzdaten und für die Übermittlung von Daten im Fall einer Übereinstimmung sowie die datenschutzrechtlichen Aspekte – insbesondere im Hinblick auf Zweckbindung, Zugriffsberechtigungen, Protokollierung und Löschpflichten – werden unter Achtung des innerstaatlichen Rechts in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt.

(2) Die Vertragsstaaten können nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts einander für die Zusammenarbeit nach Artikel 13, 14 und 28 direkten Zugriff auf nationale Datenbanken gewähren, auf die ihre Polizei- und Zollbehörden Zugriff haben, soweit diese Möglichkeit nicht bereits nach dem Recht der Europäischen Union oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften besteht. Dieser Zugriff ist beschränkt auf das Lesen der Daten, auf die die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Vertragsstaats, dessen Datenbanken abgefragt werden, während des betreffenden gemeinsamen Einsatzes Zugriff haben. Besondere Zugriffsbeschränkungen oder andere Formen der Beschränkung nach dem Recht des Vertragsstaats, dessen Datenbanken abgefragt werden sollen, sind zu beachten. Die Datenkategorien, die Bedingungen und die Modalitäten des direkten Zugriffs sowie die datenschutzrechtlichen Aspekte – insbesondere Zweckbindung und Protokollierung – werden unter Achtung des innerstaatlichen Rechts in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können nach Maßgabe ihres

Article 11

Formes spécifiques d'échange d'informations

(1) Dans la mesure où, sur la base d'éléments factuels, cela est nécessaire pour la prévention d'un danger concret pour la vie ou l'intégrité physique ou pour la prévention ou la répression d'une infraction pénale grave au sens de la directive (UE) 2023/977, les autorités compétentes des États contractants peuvent, dans les conditions prévues par leur droit national respectif, échanger des données de référence en vue de leur utilisation temporaire et limitée dans l'espace pour la comparaison automatisée des plaques d'immatriculation au moyen des systèmes existant à cet effet. Les catégories de données, les conditions et les modalités de l'échange de données de référence et de la transmission de données en cas de concordance, ainsi que les aspects relatifs à la protection des données, notamment en ce qui concerne la limitation de la finalité, les droits d'accès, la journalisation et les obligations d'effacement, sont réglés, dans le respect du droit national, dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1.

(2) Les États contractants peuvent, dans les conditions prévues par leur droit national respectif, s'accorder mutuellement, pour la coopération en vertu des articles 13, 14 et 28, un accès direct aux bases de données nationales auxquelles leurs autorités policières et douanières ont accès, dans la mesure où cette possibilité n'existe pas encore en vertu du droit de l'Union européenne ou d'autres instruments de droit international. Cet accès reste limité à la lecture des données auxquelles ont accès, durant l'intervention commune concernée, les fonctionnaires compétents de l'État contractant dont les bases de données sont consultées. Les limites d'accès spécifiques ou toute autre forme de limite en vertu du droit de l'État contractant dont les bases de données doivent être consultées, doivent être respectées. Les catégories de données, les conditions et les modalités de l'accès direct ainsi que les aspects relatifs à la protection des données, notamment en ce qui concerne la limitation de la finalité et la journalisation, sont réglés, dans le respect du droit national, dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1.

(3) Les autorités compétentes des États contractants peuvent, dans les conditions

Artikel 11

Bijzondere vormen van informatie-uitwisseling

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen, voor zover dit ter voorkoming van een concreet gevaar voor de fysieke integriteit of het leven of ter voorkoming of vervolging van een ernstig strafbaar feit in de zin van Richtlijn (EU) 2023/977 op grond van feitelijke aanwijzingen noodzakelijk is, met inachtneming van hun respectieve nationale recht referentiegegevens uitwisselen met het oog op hun tijdelijke en in ruimte beperkte gebruik voor de geautomatiseerde vergelijking van kentekens door middel van de daartoe bestaande systemen. De gegevenscategorieën, de voorwaarden en modaliteiten voor de uitwisseling van referentiegegevens en voor de verstrekking van gegevens in geval van een overeenstemming, evenals de aspecten inzake gegevensbescherming, in het bijzonder met betrekking tot doelbinding, toegangsrechten, logging en verplichtingen tot wissen, worden met inachtneming van het nationale recht in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, geregeld.

(2) De Verdragsluitende Staten kunnen elkaar, met inachtneming van hun respectieve nationale recht, voor de samenwerking zoals bedoeld in artikel 13, 14 en 28 rechtstreeks toegang verlenen tot nationale databanken waartoe hun politie- en douaneautoriteiten toegang hebben, voor zover deze mogelijkheid niet reeds bestaat krachtens het recht van de Europese Unie of andere overeenkomsten van internationaal recht. Deze toegang is beperkt tot het lezen van de gegevens waartoe de bevoegde ambtenaren van de Verdragsluitende Staat wiens databanken geraadpleegd worden, tijdens het betreffende gezamenlijke optreden toegang hebben. Bijzondere toegangsbeperkingen of andere beperkingen krachtens het recht van de Verdragsluitende Staat wiens databanken zouden worden geraadpleegd, dienen in acht genomen te worden. De gegevenscategorieën, de voorwaarden en modaliteiten van de rechtstreekse toegang, evenals de aspecten inzake gegevensbescherming, in het bijzonder met betrekking tot doelbinding en logging, worden met inachtneming van het nationale recht in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, geregeld.

(3) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen, met inachtne-

jeweiligen innerstaatlichen Rechts gemeinsame Datenbanken für den Austausch und die Analyse von Polizei- und Zollinformationen einrichten. Die Datenkategorien, die Bedingungen und die Modalitäten für die Einrichtung und Nutzung solcher gemeinsamer Datenbanken sowie die datenschutzrechtlichen Aspekte – insbesondere Zweckbindung, Zugriffsberechtigungen, Protokollierung und Löschpflichten – werden unter Achtung des innerstaatlichen Rechts in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt.

prévues par leur droit national respectif, établir des bases de données communes en vue de l'échange et de l'analyse d'informations policières ou douanières. Les catégories de données, les conditions et les modalités de l'établissement et de l'utilisation de ces bases de données communes, ainsi que les aspects relatifs à la protection des données, notamment en ce qui concerne la limitation de la finalité, les droits d'accès, la journalisation et les obligations d'effacement, sont réglés, dans le respect du droit national, dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1.

ming van hun respectieve nationale recht, gemeenschappelijke databanken opzetten voor de uitwisseling en de analyse van politie- en douanegegevens. De gegevenscategorieën, de voorwaarden en modaliteiten voor het opzetten en gebruiken van dergelijke gemeenschappelijke databanken, evenals de aspecten inzake gegevensbescherming, in het bijzonder met betrekking tot doelbinding, toegangsrechten, logging en verplichtingen tot wissen, worden met inachtneming van het nationale recht in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, geregeld.

Artikel 12

Verwendung der empfangenen Informationen

(1) Informationen, die auf der Grundlage dieses Vertrags von einer zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats an eine zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats übermittelt werden, dürfen von den zuständigen Behörden dieses letztgenannten Vertragsstaats und von jeder anderen Behörde, an die sie nach Maßgabe von Absatz 4 weitergeleitet wurden, für die in Artikel 1 genannten Zwecke verwendet werden, soweit diese Behörden befugt sind, solche Informationen für den vorgesehenen Zweck zu verarbeiten und die Verarbeitung für diesen Zweck verhältnismäßig ist.

(2) Verlangt die übermittelnde zuständige Behörde bei der Übermittlung jedoch, dass die Informationen nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind, so halten die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats und jede andere Behörde, an die sie nach Maßgabe von Absatz 4 weitergeleitet wurden, diese Verwendungsbeschränkungen ein. Sie dürfen die empfangenen Informationen nur dann für einen anderen in Artikel 1 genannten Zweck verwenden, wenn die übermittelnde zuständige Behörde im Einzelfall oder im Allgemeinen eine vorherige schriftliche Zustimmung erteilt hat.

(3) Ein Vertragsstaat darf die von dem anderen Vertragsstaat übermittelten Informationen nur mit dessen Zustimmung als Beweismittel in einem Strafverfahren verwenden; zuständig für die Erteilung der Zustimmung sind die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zuständigen Justiz-, Polizei- oder Zollbehörden.

(4) Mit Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats und nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts dürfen die zuständigen Behörden des einen Vertragsstaats Informationen, die sie auf der Grundlage dieses Vertrags von den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats empfangen haben, an eigene andere Behörden, die nicht zuständige Behörden im Sinne dieses Vertrags sind, weiterleiten, soweit dies für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erforderlich ist, soweit diese Behörden befugt sind, diese Informa-

Article 12

Utilisation des informations reçues

(1) Les informations transmises en vertu du présent Traité par une autorité compétente d'un État contractant à une autorité compétente de l'autre État contractant peuvent être utilisées, pour les finalités visées à l'article 1er, par les autorités compétentes de ce dernier et par toute autre autorité publique à laquelle elles ont été transférées dans les conditions prévues au paragraphe 4, dans la mesure où ces autorités sont autorisées à traiter ces informations pour la finalité poursuivie et où le traitement pour cette finalité est proportionné.

(2) Toutefois, si l'autorité compétente émettrice demande lors de la transmission des informations de n'utiliser ces dernières que pour certaines finalités, les autorités compétentes de l'autre État contractant et toute autre autorité publique à laquelle elles ont été transférées dans les conditions prévues au paragraphe 4 respectent ces limites d'utilisation. Elles ne peuvent utiliser les informations reçues pour une autre finalité visée à l'article 1er qu'avec le consentement écrit préalable de l'autorité compétente émettrice, donné au cas par cas ou de manière générale.

(3) Un État contractant ne peut utiliser les informations transmises par l'autre État contractant comme moyen de preuve dans le cadre d'une procédure pénale qu'avec le consentement de ce dernier ; la délivrance du consentement relève des autorités judiciaires, policières ou douanières qui sont compétentes en vertu du droit national.

(4) Avec le consentement de l'État contractant émetteur et dans les conditions prévues par leur droit national respectif, les autorités compétentes d'un État contractant peuvent transférer à d'autres autorités publiques de ce dernier, qui ne sont pas des autorités compétentes au sens du présent Traité, des informations reçues des autorités compétentes de l'autre État contractant en vertu du présent Traité, dans la mesure où cela est nécessaire pour la prévention de menaces à la sécurité ou à l'ordre publics ou pour la prévention et la répression d'infractions pénales et administratives ainsi que dans la mesure où ces autorités

Artikel 12

Gebruik van de ontvangen informatie

(1) Informatie die op grond van dit Verdrag door een bevoegde autoriteit van de ene Verdragsluitende Staat aan een bevoegde autoriteit van de andere Verdragsluitende Staat wordt verstrekt, mag door de bevoegde autoriteiten van deze laatstgenoemde Verdragsluitende Staat en door iedere andere overheidsinstantie naar wie ze met inachtneming van paragraaf 4 werd doorgezonden, voor de in artikel 1 genoemde doeleinden worden gebruikt, voor zover deze autoriteiten bevoegd zijn dergelijke informatie voor het beoogde doel te verwerken en de verwerking voor dit doel proportioneel is.

(2) Indien de verstrekkende bevoegde autoriteit bij de verstrekking evenwel aangeeft dat de informatie slechts voor bepaalde doeleinden mag worden gebruikt, houden de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat en iedere andere overheidsinstantie naar wie ze met inachtneming van paragraaf 4 werd doorgezonden, zich aan deze gebruiksbeperkingen. Zij mogen de ontvangen informatie enkel voor een ander in artikel 1 genoemd doel gebruiken indien de verstrekkende bevoegde autoriteit voorafgaand schriftelijk toestemming heeft gegeven in individuele gevallen of in het algemeen.

(3) Een Verdragsluitende Staat mag de door de andere Verdragsluitende Staat verstrekte informatie slechts met diens toestemming als bewijsmiddel in een strafrechtelijke procedure gebruiken; bevoegd voor het geven van de toestemming zijn de volgens het nationale recht bevoegde gerechtelijke, politie- of douaneautoriteiten.

(4) Met toestemming van de verstrekkende Verdragsluitende Staat en met inachtneming van hun respectieve nationale recht mogen de bevoegde autoriteiten van een Verdragsluitende Staat informatie die ze op grond van dit Verdrag van de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat hebben ontvangen, doorzenden naar andere overheidsinstanties in eigen land die geen bevoegde autoriteiten zijn in de zin van dit Verdrag, voor zover dit voor de voorkoming van gevaren voor de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming en vervolging van strafbare feiten en administratieve overtredingen noodzakelijk is, voor zover

tionen für den vorgesehenen Zweck zu verarbeiten und soweit die Verarbeitung zu diesem Zweck verhältnismäßig ist.

(5) Die Verwendung der empfangenen Informationen in einer Weise, die zur vollständigen oder teilweisen Offenlegung dieser Informationen gegenüber der betroffenen Person oder Dritten führt, ist in jedem Fall nur mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats zulässig, unbeschadet der Rechte betroffener Personen nach den innerstaatlichen, europäischen und internationalen Rechtsvorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

publiques sont autorisées à traiter ces informations pour la finalité poursuivie et où le traitement pour cette finalité est proportionné.

(5) L'utilisation des informations reçues d'une manière qui entraîne la divulgation de celles-ci, ou d'une partie d'entre elles, à la personne concernée ou à des tiers n'est en toute hypothèse admise qu'avec le consentement écrit préalable de l'État contractant émetteur, sans préjudice des droits des personnes concernées tels qu'attribués par le droit national, européen et international en matière de protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel.

deze overheidsinstanties bevoegd zijn deze informatie voor het beoogde doel te verwerken en voor zover de verwerking voor dit doel proportioneel is.

(5) Het gebruik van de ontvangen informatie op een manier die de volledige of gedeeltelijke bekendmaking van deze informatie aan de betrokken persoon of aan derden tot gevolg heeft, is in ieder geval slechts toegestaan met de voorafgaande schriftelijke toestemming van de verstrekkende Verdragsluitende Staat, onverminderd de rechten van betrokken personen overeenkomstig de bepalingen van nationaal, Europees en internationaal recht ter bescherming van natuurlijke personen bij de verwerking van persoonsgegevens.

Teil III

Grenzüberschreitende Maßnahmen

Artikel 13

Gemeinsame Einsatzformen und Unterstellung

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemischte Streifen oder gemeinsame Kontrollen durchführen oder andere gemeinsame Einsatzformen bilden, in deren Rahmen zuständige Beamtinnen und Beamte an Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats mitwirken.

(2) Mit Zustimmung der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können ferner zuständige Beamtinnen und Beamte des einen Vertragsstaats auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingesetzt und deren zuständigen Behörden unterstellt werden, um diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Unterstellungen können auch zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr, bei Großereignissen, Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie bei grenzüberschreitenden Sport- und Großveranstaltungen erfolgen.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten können nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts dieses Vertragsstaats Hoheitsbefugnisse ausüben. Die Ausübung dieser Befugnisse erfolgt nur unter Leitung und in der Regel in Anwesenheit einer zuständigen Beamtin oder eines zuständigen Beamten dieses Vertragsstaats.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten legen die Einzelheiten der Zusammenarbeit nach diesem Artikel gemeinsam fest. Hierbei regeln sie insbesondere Zweck, Dauer und Leitung der Maßnahme. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten informieren sich gegenseitig über die für die Durchführung der Einsätze nach diesem Artikel einzuhaltenden Verfahren.

Partie III

Opérations transfrontalières

Article 13

Formes d'intervention commune et subordination

(1) Les autorités compétentes des États contractants peuvent mettre en œuvre des patrouilles mixtes ou des contrôles communs, ou mettre en place d'autres formes d'intervention commune dans le cadre desquelles des fonctionnaires compétents participent à des interventions sur le territoire national de l'autre État contractant.

(2) Des fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent, avec le consentement des autorités compétentes des États contractants, être en outre affectés sur le territoire national de l'autre État contractant et subordonnés aux autorités compétentes de celui-ci afin de les soutenir dans l'exécution de leurs missions. Il peut également y avoir subordination pour assurer la sécurité routière, en cas d'événements de grande envergure, de catastrophes ou d'accidents graves ainsi que lors de manifestations sportives ou de masse revêtant une dimension transfrontalière.

(3) Les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu des paragraphes 1 et 2 peuvent exercer des prérogatives de puissance publique conformément au droit national de cet État contractant. Ces prérogatives s'exercent uniquement sous la direction et, en règle générale, en présence d'un fonctionnaire compétent de cet État contractant.

(4) Les autorités compétentes des États contractants fixent conjointement les détails de la coopération en vertu du présent article. À cet égard, elles règlent notamment la finalité, la durée et la direction de l'opération. Les autorités compétentes des États contractants s'informent mutuellement des procédures à suivre quant à l'exécution des interventions visées au présent article.

Deel III

Grensoverschrijdende acties

Artikel 13

Vormen van gezamenlijk optreden en subordinatie

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen gemengde patrouilles of gezamenlijke controles uitvoeren of andere vormen van gezamenlijk optreden, in het kader waarvan bevoegde ambtenaren meewerken aan optredens op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat, instellen.

(2) Met toestemming van de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen bevoegde ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat ook op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden ingezet en aan diens bevoegde autoriteiten worden gesubordineerd, om deze bij de uitvoering van hun taken te ondersteunen. Subordinaties kunnen ook plaatsvinden voor het waarborgen van de verkeersveiligheid, bij grootschalige gebeurtenissen, rampen of zware ongevallen en bij grensoverschrijdende sport- en massa-evenementen.

(3) De bevoegde ambtenaren die op grond van paragraaf 1 en 2 op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optreden, kunnen bevoegdheden van openbaar gezag uitoefenen in overeenstemming met het nationale recht van deze Verdragsluitende Staat. Deze bevoegdheden worden uitsluitend onder leiding en in beginsel in aanwezigheid van een bevoegde ambtenaar van deze Verdragsluitende Staat uitgeoefend.

(4) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten leggen de details van de samenwerking in de zin van dit artikel gezamenlijk vast. Hierbij regelen ze in het bijzonder het doel, de duur en de leiding van de actie. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de te volgen procedures voor de uitvoering van de optredens in de zin van dit artikel.

Artikel 14

Gegenseitige Hilfeleistung auf Ersuchen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterstützen sich nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen und im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, indem sie

1. sich gegenseitig so bald wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und relevante Erkenntnisse unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die auf ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. dem Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eingetreten ist, auf dessen Ersuchen soweit möglich zuständige Beamtinnen und Beamte, Spezialistinnen und Spezialisten und Beraterinnen und Berater zur Verfügung stellen.

(2) Im Übrigen bleiben das Abkommen vom 6. November 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie der Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union unberührt.

Article 14

Assistance mutuelle sur demande

(1) Les autorités compétentes des États contractants se prêtent mutuellement assistance, conformément à leur droit national respectif, en cas d'événements de grande envergure, de catastrophes ou d'accidents graves ainsi que dans le cadre du maintien de la sécurité ou de l'ordre publics en

1. se notifiant, dès que possible, les événements de ce type ayant des implications transfrontalières et en se communiquant les informations pertinentes à cet égard,
2. prenant et en coordonnant, sur leur territoire national, les mesures policières qui s'imposent dans des situations ayant des implications transfrontalières,
3. mettant, dans la mesure du possible, fonctionnaires compétents, spécialistes et conseillers à la disposition de l'État contractant qui en fait la demande et sur le territoire national duquel la situation est survenue.

(2) Il n'est en outre pas porté atteinte à la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves, en date du 6 novembre 1980, ni à la décision n° 1313/2013/UE du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 relative au mécanisme de protection civile de l'Union.

Artikel 14

Wederzijdse bijstand op verzoek

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten verlenen elkaar in overeenstemming met hun respectieve nationale recht wederzijdse bijstand bij grootschalige gebeurtenissen, rampen en zware ongevallen en in het kader van de handhaving van de openbare orde en veiligheid, door

1. elkaar zo spoedig mogelijk over dergelijke gebeurtenissen met grensoverschrijdende gevolgen te informeren en relevante informatie uit te wisselen,
2. in situaties met grensoverschrijdende gevolgen de op hun grondgebied noodzakelijke politiemaatregelen te treffen en te coördineren,
3. aan de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de situatie zich voordoet, op diens verzoek, voor zover mogelijk, bevoegde ambtenaren, specialisten en adviseurs ter beschikking te stellen.

(2) Voor het overige blijven de Overeenkomst van 6 november 1980 tussen het Koninkrijk België en de Bondsrepubliek Duitsland inzake wederzijdse hulpverlening bij rampen of ernstige ongevallen en het Besluit nr. 1313/2013/EU van het Europees Parlement en de Raad van 17 december 2013 betreffende een Uniemechanisme voor civiele bescherming onverlet.

Artikel 15

Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr

(1) Zuständige Beamtinnen und Beamte eines Vertragsstaats können im Fall eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaats die gemeinsame Staatsgrenze überschreiten, um auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats im Einklang mit dessen innerstaatlichem Recht vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben von Personen oder für Sachen von erheblichem Wert erforderlich sind. Zu den vorläufigen Maßnahmen kann auch das Festhalten einer Person gehören.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne des Absatzes 1 liegt dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats die Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die nach diesem Artikel einschreitenden zuständigen Beamtinnen und Beamten haben die zuständige Behörde des Gebietsstaats unverzüglich zu unterrichten. Die zuständige Behörde trifft unverzüglich Maßnahmen, die zur Abwehr der Gefahr und zur

Article 15

Mesures en cas de danger présent

(1) En cas de besoin urgent, les fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent franchir la frontière nationale commune sans autorisation préalable de l'autre État contractant en vue de prendre, sur le territoire national de cet autre État contractant et conformément au droit national de celui-ci, des mesures provisoires nécessaires afin d'écarter un danger présent pour la vie ou l'intégrité physique de personnes ou pour des biens de valeur. Les mesures provisoires peuvent également comprendre la rétention d'une personne.

(2) Il existe un besoin urgent au sens du paragraphe 1 lorsque le fait d'attendre l'intervention des fonctionnaires compétents de l'État d'accueil risque d'entraîner la réalisation du danger.

(3) Les fonctionnaires compétents intervenant en vertu du présent article sont tenus d'informer sans délai l'autorité compétente de l'État d'accueil. Cette dernière prend sans délai les mesures nécessaires afin d'écarter le danger et de reprendre l'inter-

Artikel 15

Maatregelen bij acuut gevaar

(1) Bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat kunnen in geval van een spoedeisende situatie zonder voorafgaande toestemming van de andere Verdragsluitende Staat de gemeenschappelijke staatsgrens overschrijden teneinde op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat, in overeenstemming met diens nationale recht, voorlopige maatregelen te treffen die noodzakelijk zijn ter voorkoming van een acuut gevaar voor de fysieke integriteit of het leven van personen of voor goederen van aanzienlijke waarde. Tot de voorlopige maatregelen kan ook het vasthouden van een persoon behoren.

(2) Van een spoedeisende situatie zoals bedoeld in paragraaf 1 is sprake wanneer het risico bestaat dat het gevaar zich daadwerkelijk manifesteert bij het wachten op het optreden van de bevoegde ambtenaren van de gaststaat.

(3) De bevoegde ambtenaren die optreden op grond van dit artikel, dienen de bevoegde autoriteit van de gaststaat onverwijld in kennis te stellen. Deze laatste treft onverwijld maatregelen die voor de voorkoming van het gevaar en voor de overname

Übernahme des Einsatzes erforderlich sind. Der Einsatz ist zu beenden, sobald der Gebietsstaat dies verlangt.

(4) Die einschreitenden zuständigen Beamtinnen und Beamten haben die Weisungen der Behörden des Gebietsstaats zu befolgen.

(5) Zuständige Beamtinnen und Beamte, die sich auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet, können im Fall eines dringenden Bedarfs nach Absatz 2 nach Maßgabe der Absätze 1, 3 und 4 tätig werden.

vention en main. Il doit être mis fin à l'intervention dès que l'État d'accueil le demande.

(4) Les fonctionnaires compétents intervenants sont tenus de suivre les instructions des autorités de l'État d'accueil.

(5) Les fonctionnaires compétents qui se trouvent sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité peuvent, en cas de besoin urgent tel que visé au paragraphe 2, intervenir conformément aux paragraphes 1, 3 et 4.

van het optreden noodzakelijk zijn. Het optreden dient te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft.

(4) De optredende bevoegde ambtenaren dienen de instructies van de autoriteiten van de gaststaat op te volgen.

(5) Bevoegde ambtenaren die zich op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden, kunnen in geval van een spoedeisende situatie zoals bedoeld in paragraaf 2 optreden overeenkomstig paragraaf 1, 3 en 4.

Artikel 16

Koordinierte Fahndungsaktionen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsame Maßnahmen durchführen und sich gegenseitig bei der Fahndung nach Personen oder Sachen zur Verfolgung von Straftaten, zur Gefahrenabwehr und zur Strafvollstreckung unterstützen. Sie stimmen sich insbesondere bei der Einrichtung und Durchführung von Kontrollen eng miteinander ab.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Bedarfsfall gemeinsame Einsatzleitungen zur Koordinierung von beiderseits der Staatsgrenze durchgeführten Maßnahmen bilden.

(3) Zuständige Beamtinnen und Beamte des einen Vertragsstaats können zum Zweck der Erteilung von Informationen und zu Konsultationszwecken bei Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ohne Ausübung von Hoheitsbefugnissen teilnehmen.

Article 16

Opérations de recherche coordonnées

(1) Les autorités compétentes des États contractants peuvent exécuter des opérations conjointes et se prêter mutuellement assistance lors de la recherche de personnes ou d'objets à des fins de répression d'infractions pénales, de prévention de menaces ou d'exécution des peines. Elles se concertent étroitement notamment pour l'établissement et la mise en œuvre de contrôles.

(2) Les autorités compétentes des États contractants peuvent, en cas de besoin, former des commandements conjoints en vue de coordonner les opérations exécutées de part et d'autre de la frontière nationale.

(3) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent participer à des opérations exécutées sur le territoire national de l'autre État contractant en vue de la communication d'informations ou à des fins de consultation, sans exercer de prérogatives de puissance publique.

Artikel 16

Gecoördineerde opsporingsacties

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen gemeenschappelijke acties uitvoeren en elkaar bijstand verlenen bij de opsporing van personen of voorwerpen met het oog op de vervolging van strafbare feiten, de voorkoming van gevaren en de tenuitvoerlegging van straffen. Ze plegen in het bijzonder bij de inrichting en uitvoering van controles nauw overleg met elkaar.

(2) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen indien nodig gemeenschappelijke commandocentra inrichten voor de coördinatie van acties uitgevoerd aan beide kanten van de staatsgrens.

(3) Bevoegde ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat kunnen deelnemen aan acties op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat om informatie te verstrekken en overleg te plegen, zonder bevoegdheden van openbaar gezag uit te oefenen.

Artikel 17

Grenzüberschreitende Observation

(1) Für die Durchführung der grenzüberschreitenden Observation gelten das Schengener Durchführungsübereinkommen und das Neapel-II-Übereinkommen mit den in diesem Artikel festgelegten Ergänzungen.

(2) In Ergänzung von Artikel 40 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens und Artikel 21 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten die Observation, die nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts begonnen wurde, auf der anderen Seite der Grenze nach folgenden Maßgaben fortsetzen:

1. Eine grenzüberschreitende Observation ist auch zulässig, wenn diese Personen betrifft, die sich der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung von mindestens vier Monaten entzogen haben, und Personen, bei denen ernsthaft anzunehmen ist, dass sie zur Identifizierung oder zur Auffindung der vorgenannten Personen führen können.

Article 17

Observation transfrontalière

(1) L'exécution d'une observation transfrontalière est réglée par la Convention d'application Schengen et la Convention Naples II avec les compléments fixés dans le présent article.

(2) En complément de l'article 40, paragraphe 1, de la Convention d'application Schengen et de l'article 21, paragraphe 1, de la Convention Naples II, les fonctionnaires compétents peuvent continuer au-delà de la frontière l'observation entamée conformément au droit national respectif dans les conditions ci-après :

1. Une observation transfrontalière est également admise en ce qui concerne des personnes s'étant soustraites à l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté privatives de liberté d'au moins quatre mois et des personnes à l'égard desquelles il y a de sérieuses raisons de penser qu'elles peuvent mener à l'identification ou à la localisation des personnes précitées ;

Artikel 17

Grensoverschrijdende observatie

(1) Voor de uitvoering van een grensoverschrijdende observatie gelden de Schengenuitvoeringsovereenkomst en de Napels II-overeenkomst met de in dit artikel vastgelegde aanvullingen.

(2) Ter aanvulling op artikel 40, paragraaf 1, van de Schengenuitvoeringsovereenkomst en artikel 21, paragraaf 1, van de Napels II-overeenkomst mogen de bevoegde ambtenaren de observatie, die in overeenstemming met het respectieve nationale recht werd begonnen, aan de andere kant van de grens voortzetten onder de volgende voorwaarden:

1. Een grensoverschrijdende observatie is tevens toegestaan indien ze betrekking heeft op personen die zich aan de tenuitvoerlegging van een vrijheidsstraf of een vrijheidsbenemende veiligheidsmaatregel van ten minste vier maanden hebben onttrokken, en op personen ten aanzien van wie een ernstig vermoeden bestaat dat ze kunnen bijdragen tot de identificatie of de opsporing van de voornoemde personen;

2. Das Ersuchen um Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation ist zu richten

   a) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll, mit Kopie an die in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 benannte jeweils zuständige nationale Zentralstelle. Sofern bekannt ist, dass eine andere als die in Satz 1 bezeichnete Staatsanwaltschaft in derselben Sache bereits ein Verfahren führt, ist das Ersuchen an diese Staatsanwaltschaft zu richten;

   b) auf Seiten des Königreichs Belgien an die zuständige Justizbehörde.

(3) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats dürfen eine Observation der in Absatz 2 benannten Personen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beginnen, wenn anzunehmen ist, dass die Observation hauptsächlich auf dem Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats stattfinden wird, und wenn der zweite Vertragsstaat diese Observation auf der Grundlage eines im Voraus zugeschickten Rechtshilfeersuchens bewilligt hat. Die Bewilligung kann von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden und muss in allen Fällen eine Angabe darüber enthalten, wie viele Stunden die Observation auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats maximal dauern darf.

(4) In Ergänzung des Artikels 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens und des Artikels 21 Absatz 2 des Neapel-II-Übereinkommens dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten die Observation im Eilfall auf der anderen Seite der Grenze nach den folgenden Maßgaben fortsetzen:

1. Eine grenzüberschreitende Observation durch zuständige Beamtinnen und Beamte nach Absatz 7 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 Buchstabe a ist auch im Fall des Verdachts einer nicht in Artikel 40 Absatz 7 des Schengener Durchführungsabkommens genannten auslieferungsfähigen Straftat sowie in Fällen nach Absatz 2 Nummer 1 zulässig.

2. Der Grenzübertritt ist unverzüglich der zuständigen Zentralstelle des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Observation fortgesetzt wird, mitzuteilen. In der Bundesrepublik Deutschland kann anstatt der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 genannten Zentralstellen auch das örtlich zuständige Landeskriminalamt benachrichtigt werden, das auch das Bundeskriminalamt beziehungsweise das Zollkriminalamt informiert. Im Königreich Belgien ist die in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2

2. La demande d'exécution d'une observation transfrontalière doit être adressée

   a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, au ministère public dans le champ de compétence duquel le franchissement de la frontière devra probablement avoir lieu, avec copie au service central national respectivement compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 1. S'il est connu qu'un ministère public autre que celui désigné à la première phrase du présent paragraphe mène déjà une procédure dans la même affaire, la demande doit être adressée à ce ministère public ;

   b) en ce qui concerne le Royaume de Belgique, à l'autorité judiciaire compétente.

(3) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent entamer une observation à l'égard des personnes visées au paragraphe 2 sur le territoire national de l'autre État contractant, s'il est à prévoir que l'observation se déroulera principalement sur le territoire national du premier État contractant et si le second l'a autorisée sur la base d'une demande d'entraide judiciaire introduite au préalable. Cette autorisation peut être assortie de certaines conditions et doit, en toute hypothèse, mentionner le nombre maximum d'heures que peut durer l'observation sur le territoire national de l'État d'accueil.

(4) En complément de l'article 40, paragraphe 2, de la Convention d'application Schengen et de l'article 21, paragraphe 2, de la Convention Naples II, les fonctionnaires compétents peuvent, en cas d'urgence, continuer l'observation au-delà de la frontière dans les conditions ci-après :

1. Une observation transfrontalière par les fonctionnaires compétents en vertu du paragraphe 7, points 1 a) et 2 a), est également admise en cas de soupçon d'une infraction pénale pouvant donner lieu à remise non mentionnée à l'article 40, paragraphe 7, de la Convention d'application Schengen, ainsi que dans les cas visés au paragraphe 2, point 1 ;

2. Le franchissement de la frontière doit être communiqué sans délai au service central compétent de l'État contractant sur le territoire national duquel l'observation transfrontalière continue. En République fédérale d'Allemagne, cette communication peut également être adressée, au lieu des services centraux visés à l'article 2, paragraphe 3, point 1, à l'Office régional de police criminelle territorialement compétent, qui en informe également l'Office fédéral de police criminelle ou l'Office criminel

2. Het verzoek tot uitvoering van een grensoverschrijdende observatie dient te worden gericht

   a) voor de Bondsrepubliek Duitsland aan het openbaar ministerie in wiens bevoegdheidsgebied de grensoverschrijding vermoedelijk zal plaatsvinden, met afschrift aan het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde respectievelijk bevoegde nationale centrale orgaan. Indien bekend is dat een ander dan het in de eerste zin genoemde openbaar ministerie reeds een procedure voert in dezelfde zaak, dient het verzoek aan dat openbaar ministerie te worden gericht;

   b) voor het Koninkrijk België aan de bevoegde gerechtelijke autoriteit.

(3) De bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat mogen een observatie van de in paragraaf 2 bedoelde personen op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat beginnen, wanneer ervan kan worden uitgegaan dat de observatie voornamelijk op het grondgebied van de eerste Verdragsluitende Staat zal plaatsvinden, en de tweede Verdragsluitende Staat op basis van een van tevoren toegestuurd rechtshulpverzoek toestemming heeft gegeven voor deze observatie. De toestemming kan aan bepaalde voorwaarden worden verbonden en moet in elk geval melding maken van het maximum aantal uren dat de observatie op het grondgebied van de gaststaat mag duren.

(4) Ter aanvulling op artikel 40, paragraaf 2, van de Schengenuitvoeringsovereenkomst en artikel 21, paragraaf 2, van de Napels II-overeenkomst mogen de bevoegde ambtenaren de observatie in dringende gevallen aan de andere kant van de grens voortzetten onder de volgende voorwaarden:

1. Een grensoverschrijdende observatie door de bevoegde ambtenaren zoals bedoeld in paragraaf 7, nummer 1, onderdeel a), en nummer 2, onderdeel a), is tevens toegestaan in geval van verdenking van een niet in artikel 40, paragraaf 7, van de Schengenuitvoeringsovereenkomst genoemd strafbaar feit dat aanleiding kan geven tot overlevering en in gevallen zoals bedoeld in paragraaf 2, nummer 1;

2. De grensoverschrijding dient onverwijld te worden meegedeeld aan het bevoegde centrale orgaan van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de grensoverschrijdende observatie wordt voortgezet. In de Bondsrepubliek Duitsland kan in plaats van de in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde centrale organen ook de territoriaal bevoegde regionale recherchedienst in kennis worden gesteld, die tevens de federale recherchedienst respectievelijk de recherchedienst van de douane op de hoogte

Buchstabe b oder c genannte zuständige Zentralstelle zu benachrichtigen.

3. Ein förmliches Ersuchen zur Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Absatz 2 Nummer 2 findet entsprechende Anwendung.

4. Die grenzüberschreitende Observation ist einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt oder wenn die Zustimmung nicht innerhalb von acht Stunden nach Grenzübertritt vorliegt.

5. Die Verwertung von Ermittlungsergebnissen, die im Zuge einer ohne vorherige Zustimmung durchgeführten grenzüberschreitenden Observation gewonnen wurden, ist nur nach Bewilligung des förmlichen Ersuchens zur Durchführung der grenzüberschreitenden Observation durch den Gebietsstaat zulässig.

(5) Wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts eines Vertragsstaats eine Observation außerhalb eines Gerichtsverfahrens durchgeführt, darf diese Observation auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nach folgenden Maßgaben fortgeführt werden:

1. Es besteht der begründete Verdacht, dass die Person, auf die die Observation gerichtet ist, eine auslieferungsfähige Straftat – ohne Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit nach Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI – begehen wird oder eine solche bereits begangen hat, ohne dass diese bereits aufgedeckt wäre.

2. Die nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats verantwortliche Behörde, die die Fortführung der Observation auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beabsichtigt, übermittelt vorab ein entsprechendes Ersuchen.

3. Die nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats verantwortliche Behörde, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgeführt werden soll, hat vor Überschreiten der Grenze die Fortführung der Observation bewilligt.

4. Das Ersuchen nach Nummer 2 ist zu richten

   a) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland an das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz,

des douanes. Dans le Royaume de Belgique, cette communication doit être adressée au service central compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b) ou c) ;

3. Une demande formelle relative à l'exécution d'une observation transfrontalière exposant également les motifs justifiant le franchissement de la frontière en l'absence d'autorisation préalable, doit être transmise sans délai. Le paragraphe 2, point 2, s'applique par analogie ;

4. Il doit être mis fin à l'observation transfrontalière dès que l'État d'accueil le demande, ou si l'autorisation n'est pas délivrée dans les huit heures qui suivent le franchissement de la frontière ;

5. L'utilisation de résultats d'enquête obtenus sur la base d'une observation transfrontalière exécutée sans autorisation préalable n'est admise qu'après l'approbation par l'État d'accueil de la demande formelle relative à l'exécution de cette observation transfrontalière.

(5) Lorsque, dans les conditions prévues par le droit national d'un État contractant, une observation est exécutée en dehors du cadre d'une enquête judiciaire, cette observation peut être continuée sur le territoire national de l'autre État contractant dans les conditions ci-après :

1. Il existe une suspicion raisonnable que la personne faisant l'objet de l'observation va commettre ou a commis, sans que cela ne soit encore connu, une infraction pénale pouvant donner lieu à remise sans contrôle de la double incrimination du fait en vertu de l'article 2, paragraphe 2, de la décision-cadre 2002/584/JAI ;

2. L'autorité responsable en vertu du droit national de l'État contractant qui envisage de continuer l'observation sur le territoire national de l'autre État contractant transmet au préalable une demande à cette fin ;

3. L'autorité responsable en vertu du droit national de l'État contractant sur le territoire national duquel l'observation doit être continuée a autorisé la continuation de l'observation avant le franchissement de la frontière ;

4. La demande visée au point 2 doit être adressée

   a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, à l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ;

brengt. In het Koninkrijk België dient het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b) of c), genoemde bevoegde centrale orgaan in kennis te worden gesteld;

3. Een formeel verzoek tot uitvoering van een grensoverschrijdende observatie, waarin tevens de redenen zijn aangegeven waarom zonder voorafgaande toestemming tot grensoverschrijding is overgegaan, dient onverwijld alsnog te worden ingediend. Paragraaf 2, nummer 2, is van overeenkomstige toepassing;

4. De grensoverschrijdende observatie dient te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft, of indien de toestemming acht uren na de grensoverschrijding nog niet is verleend;

5. Het gebruik van onderzoeksresultaten die in het kader van een zonder voorafgaande toestemming uitgevoerde grensoverschrijdende observatie werden verworven, is uitsluitend toegestaan na inwilliging door de gaststaat van het formele verzoek tot uitvoering van de grensoverschrijdende observatie.

(5) Indien een observatie, in overeenstemming met het nationale recht van een Verdragsluitende Staat, buiten het kader van een gerechtelijk onderzoek wordt uitgevoerd, mag deze observatie op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden voortgezet onder de volgende voorwaarden:

1. Er bestaat een redelijk vermoeden dat de persoon die het voorwerp is van de observatie, een strafbaar feit dat – zonder toetsing van de dubbele strafbaarheid zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 2, van het Kaderbesluit 2002/584/JBZ – aanleiding kan geven tot overlevering, zal plegen of reeds heeft gepleegd zonder dat dit reeds bekend raakte;

2. De volgens het nationale recht van de Verdragsluitende Staat verantwoordelijke autoriteit die de voortzetting van de observatie op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat overweegt, verzendt vooraf een overeenkomstig verzoek;

3. De volgens het nationale recht verantwoordelijke autoriteit van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de observatie zou worden voortgezet, heeft vóór het overschrijden van de grens toestemming gegeven voor de voortzetting van de observatie;

4. Het verzoek zoals bedoeld in nummer 2 dient te worden gericht

   a) voor de Bondsrepubliek Duitsland aan de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts;

b) auf Seiten des Königreichs Belgien an die zuständige Justizbehörde.

(6) Die grenzüberschreitende Observation nach den Absätzen 2 bis 5 ist in Ergänzung zu Artikel 40 Absatz 3 des Schengener Durchführungsübereinkommens und Artikel 21 Absatz 3 des Neapel-II-Übereinkommens unter folgenden allgemeinen Bedingungen zulässig:

1. Das Ersuchen um Bewilligung der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation ist zu übermitteln

   a) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland über das Bundeskriminalamt, das Bundespolizeipräsidium oder das Zollkriminalamt oder das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz,

   b) auf Seiten des Königreichs Belgien an die zentrale Zollbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c oder an die zuständige Justizbehörde mit Kopie an die Zentralbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b.

2. Die Bewilligung zur Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation erstreckt sich im Fall der Absätze 2, 3 und 4 auf das gesamte Hoheitsgebiet des bewilligenden Vertragsstaats, im Fall von Absatz 5 auf den Zuständigkeitsbereich der bewilligenden Behörde.

3. Wenn ein Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts die Bewilligung zur Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation auf seinem Hoheitsgebiet von der Erfüllung von Bedingungen hinsichtlich der Verwertung der im Zuge dieser Observation gewonnenen Ermittlungsergebnisse abhängig macht oder derartige Verwertungsbeschränkungen nachträglich, während oder unverzüglich nach Beendigung der grenzüberschreitenden Observation mitteilt, hält der andere Vertragsstaat diese Verwertungsbeschränkungen ein.

4. Verlangt der Gebietsstaat die Einstellung der grenzüberschreitenden Observation, da die Bedingungen, von denen die Bewilligung zur Durchführung der Observation abhängig gemacht wurde, nicht eingehalten wurden, ist die Zustimmung des Gebietsstaats für die Verwertung der gewonnenen Ermittlungsergebnisse einzuholen.

5. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können entscheiden, die grenzüberschreitende Observation gemeinsam durchzuführen; in diesem Fall unterliegen die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats observierenden zuständigen Beamtinnen und Beamten

b) en ce qui concerne le Royaume de Belgique, à l'autorité judiciaire compétente.

(6) L'observation transfrontalière en vertu des paragraphes 2 à 5 est admise en complément de l'article 40, paragraphe 3, de la Convention d'application Schengen et de l'article 21, paragraphe 3, de la Convention Naples II dans les conditions générales ci-après :

1. La demande d'autorisation relative à l'exécution d'une observation transfrontalière doit être transmise

   a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, via l'Office fédéral de police criminelle, l'Office central de la Police fédérale ou l'Office criminel des douanes, ou l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ;

   b) en ce qui concerne le Royaume de Belgique, au service central des douanes visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 c), ou à l'autorité judiciaire compétente avec copie au service central visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b) ;

2. L'autorisation relative à l'exécution de l'observation transfrontalière s'étend, dans les cas visés aux paragraphes 2, 3 et 4, à l'ensemble du territoire national de l'État contractant délivrant cette autorisation et, dans les cas visés au paragraphe 5, au champ de compétence de l'autorité délivrant l'autorisation ;

3. Si, conformément à son droit national, un État contractant assortit l'autorisation d'exécuter une observation transfrontalière sur son territoire national de conditions relatives à l'utilisation des résultats d'enquête obtenus sur la base de cette observation ou fait part ultérieurement, pendant ou sans délai après l'observation transfrontalière, de telles limites d'utilisation, l'autre État contractant respecte celles-ci ;

4. Si l'État d'accueil demande qu'il soit mis fin à l'observation transfrontalière en raison du non-respect des conditions dont l'autorisation relative à l'exécution de l'observation a été assortie, l'utilisation des résultats d'enquête obtenus requiert l'autorisation de l'État d'accueil ;

5. Les autorités compétentes des États contractants peuvent décider d'exécuter conjointement l'observation transfrontalière ; dans ce cas, les fonctionnaires compétents exécutant une observation sur le territoire national de l'autre État contractant sont placés sous la direction

b) voor het Koninkrijk België aan de bevoegde gerechtelijke autoriteit.

(6) De grensoverschrijdende observatie zoals bedoeld in paragraaf 2 tot 5 is ter aanvulling op artikel 40, paragraaf 3, van de Schengenuitvoeringsovereenkomst en artikel 21, paragraaf 3, van de Napels II-overeenkomst toegestaan onder de volgende algemene voorwaarden:

1. Het verzoek om toestemming voor de uitvoering van een grensoverschrijdende observatie dient te worden verzonden

   a) voor de Bondsrepubliek Duitsland via de federale recherchedienst, het hoofdkwartier van de federale politie of de recherchedienst van de douane of de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts;

   b) voor het Koninkrijk België naar de centrale douaneautoriteit zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel c), of de bevoegde gerechtelijke autoriteit met afschrift aan de centrale autoriteit zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b);

2. De toestemming voor de uitvoering van een grensoverschrijdende observatie bestrijkt in het geval van paragraaf 2, 3 en 4 het gehele grondgebied van de Verdragsluitende Staat die de toestemming geeft, en in het geval van paragraaf 5 het bevoegdheidsgebied van de autoriteit die de toestemming geeft;

3. Indien een Verdragsluitende Staat in overeenstemming met zijn nationale recht de toestemming voor de uitvoering van een grensoverschrijdende observatie op zijn grondgebied verbindt aan voorwaarden met betrekking tot het gebruik van de in het kader van deze observatie verworven onderzoeksresultaten of dergelijke gebruiksbeperkingen achteraf, tijdens of onverwijld na het beëindigen van de grensoverschrijdende observatie meedeelt, houdt de andere Verdragsluitende Staat zich aan deze gebruiksbeperkingen;

4. Indien de gaststaat om de stopzetting van de grensoverschrijdende observatie verzoekt omdat de voorwaarden waaraan de toestemming voor de uitvoering van de observatie werd verbonden niet in acht worden genomen, dient de toestemming van de gaststaat voor het gebruik van de verworven onderzoeksresultaten te worden verkregen;

5. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen beslissen om de grensoverschrijdende observatie gemeenschappelijk uit te voeren; in dat geval staan de op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat observerende bevoegde ambtenaren onder

der Leitung der zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats.

6. Die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats observierenden zuständigen Beamtinnen und Beamten sind befugt, im Fall eines dringenden Bedarfs nach Artikel 15 Absatz 2 eine Person, die auf frischer Tat bei der Begehung einer Straftat betroffen wird, anzuhalten oder festzuhalten, diese Person, die von ihr mitgeführten Sachen und ihr Fahrzeug zu durchsuchen, um sicherzustellen, dass sie keine Gegenstände mitführt, die die Sicherheit oder Leib und Leben von Personen gefährden, solche Gegenstände vorläufig sicherzustellen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die die Flucht der betroffenen Person verhindern. Die zuständigen Beamtinnen und Beamten sind verpflichtet, ihre Funktion gegenüber der observierten Person unverzüglich zu erkennen zu geben und diese unverzüglich den zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats zu übergeben.

7. Die Offenlegung der Identität einer zuständigen Beamtin oder eines zuständigen Beamten erfolgt nur nach vorheriger Zustimmung des Vertragsstaats, dessen Beamter oder Beamtin identifiziert werden soll.

(7) Unbeschadet des Absatzes 4 Nummer 1 sind die für die Durchführung grenzüberschreitender Observationen zuständigen Beamtinnen und Beamten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland:
   a) die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Bundes und der Länder sowie
   b) die Vollzugsbediensteten des Zollfahndungsdienstes;
2. auf Seiten des Königreichs Belgien:
   a) die Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten der Föderalen Polizei und der Lokalen Polizei und
   b) die Bediensteten der Generalverwaltung Zoll und Akzisen.

des fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ;

6. En cas de besoin urgent tel que visé à l'article 15, paragraphe 2, les fonctionnaires compétents exécutant une observation sur le territoire national de l'autre État contractant sont autorisés à interpeller ou à retenir une personne prise en flagrant délit de commission d'une infraction pénale, à fouiller la personne, les objets en sa possession ainsi que son véhicule afin de s'assurer qu'elle ne détient aucun objet mettant en danger la sécurité, la vie ou l'intégrité physique de personnes, à mettre en sécurité de tels objets et à prendre les mesures nécessaires pour éviter la fuite de ladite personne. Les fonctionnaires compétents sont tenus de spécifier sans délai leur qualité vis-à-vis de la personne observée et de remettre cette dernière sans délai aux fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ;

7. L'identité d'un fonctionnaire compétent ne peut être divulguée qu'avec le consentement préalable de l'État contractant dont le fonctionnaire compétent doit être identifié.

(7) Sans préjudice du paragraphe 4, point 1, les fonctionnaires compétents pour l'exécution d'observations transfrontalières sont

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :
   a) les fonctionnaires de police de la Fédération et des Länder,
   b) les agents opérationnels du service de recherches douanières ;
2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique :
   a) les fonctionnaires opérationnels de la Police fédérale et de la Police locale,
   b) les agents de l'Administration générale des douanes et accises.

leiding van de bevoegde ambtenaren van de gaststaat;

6. De op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat observerende bevoegde ambtenaren zijn bevoegd, in geval van een spoedeisende situatie zoals bedoeld in artikel 15, paragraaf 2, een persoon die op heterdaad wordt betrapt bij het plegen van een strafbaar feit, staande te houden of vast te houden, deze persoon, de zaken die hij bij zich draagt en zijn voertuig te fouilleren om te verzekeren dat hij geen voorwerpen bij zich draagt die een gevaar vormen voor de veiligheid, de fysieke integriteit of het leven van personen, dergelijke voorwerpen veilig te stellen en de noodzakelijke maatregelen te nemen die de vlucht van de betrokken persoon beletten. De bevoegde ambtenaren zijn verplicht hun functie onverwijld kenbaar te maken aan de geobserveerde persoon en deze onverwijld over te dragen aan de bevoegde ambtenaren van de gaststaat;

7. De bekendmaking van de identiteit van een bevoegde ambtenaar geschiedt uitsluitend na voorafgaande toestemming van de Verdragsluitende Staat wiens ambtenaar zou worden geïdentificeerd.

(7) Onverminderd het bepaalde in paragraaf 4, nummer 1, zijn de voor de uitvoering van grensoverschrijdende observaties bevoegde ambtenaren

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:
   a) de politieambtenaren van de Bond en de deelstaten,
   b) de operationele ambtenaren van de douanerecherche;
2. voor het Koninkrijk België:
   a) de operationele ambtenaren van de Federale Politie en de Lokale Politie,
   b) de ambtenaren van de Algemene Administratie van de Douane en Accijnzen.

Artikel 18

Kontrollierte Lieferung

(1) Für das Ersuchen und die Bewilligung zur Durchführung einer kontrollierten Lieferung von Gegenständen, die aus auslieferungsfähigen Straftaten herrühren oder zur Begehung von auslieferungsfähigen Straftaten bestimmt sind, gelten die Richtlinie 2014/41/EU und die entsprechenden Umsetzungsgesetze mit den in diesem Artikel festgelegten Ergänzungen.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu richten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren

Article 18

Livraison surveillée

(1) La demande et l'autorisation relatives à l'exécution d'une livraison surveillée d'objets provenant de ou destinés à la commission d'infractions pénales pouvant donner lieu à remise sont réglées par la directive 2014/41/UE et les lois de transposition respectives, avec les compléments fixés dans le présent article.

(2) La demande visée au paragraphe 1 doit être adressée

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, au ministère

Artikel 18

Gecontroleerde aflevering

(1) Voor het verzoek tot en de toestemming voor de uitvoering van een gecontroleerde aflevering van voorwerpen die afkomstig zijn van strafbare feiten die aanleiding kunnen geven tot overlevering of bestemd zijn voor het plegen van strafbare feiten die aanleiding kunnen geven tot overlevering, gelden de Richtlijn 2014/41/EU en de overeenkomstige omzettingswetten met de in dit artikel vastgelegde aanvullingen.

(2) Het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 dient te worden gericht

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland aan het openbaar ministerie in wiens be-

Zuständigkeitsbereich der Transport beginnt, unter gleichzeitiger Unterrichtung der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 benannten jeweils zuständigen nationalen Zentralstelle, oder direkt an die nationale Zentralstelle. In den Fällen, in denen sich die kontrollierte Lieferung in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränkt oder im Fall besonderer Dringlichkeit, kann das Ersuchen auch an das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz oder das örtliche Zollfahndungsamt gerichtet werden, die auch die nationale Zentralstelle unterrichten.

2. auf Seiten des Königreichs Belgien an die zuständige Justizbehörde.

(3) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu übermitteln

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland über das Bundeskriminalamt, das Bundespolizeipräsidium oder das Zollkriminalamt oder das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz,

2. auf Seiten des Königreichs Belgien an die zentrale Zollbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c oder an die zuständige Justizbehörde mit Kopie an die Zentralbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat übernimmt die kontrollierte Lieferung am Ort des Grenzübertritts oder an einem anderen vereinbarten Ort. Die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats stellt die Fortsetzung der Überwachung der Lieferung in der Form sicher, dass die Möglichkeit des Zugriffs auf die Lieferung und der Festnahme der Täter zu jeder Zeit gegeben ist. Bei Bedarf können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbaren, dass die kontrollierte Lieferung durch die zuständigen Beamtinnen und Beamten beider Vertragsstaaten gemeinsam durchgeführt wird. Auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaats sind die zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats an das innerstaatliche Recht des ersuchten Vertragsstaats gebunden und verpflichtet, die Anordnungen von deren zuständigen Beamtinnen und Beamten zu befolgen. Die kontrollierte Lieferung oder die Mitwirkung der zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats ist einzustellen, sobald der ersuchte Vertragsstaat dies verlangt.

(5) Sofern wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht gestellt werden kann und die Gefahr des Verlusts einer kontrollierten Lieferung besteht,

public dans le champ de compétence duquel le transport commence, avec information simultanée au service central national respectivement compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 1, ou directement au service central national. Dans les cas où la livraison surveillée en République fédérale d'Allemagne restera probablement limitée à la zone frontalière visée à l'article 3 ou en cas d'urgence particulière, la demande peut également être adressée à l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ou au bureau local de recherches douanières, qui en informe également le service central national ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, à l'autorité judiciaire compétente.

(3) La demande visée au paragraphe 1 doit être transmise

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, via l'Office fédéral de police criminelle, l'Office central de la Police fédérale ou l'Office criminel des douanes, ou l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, au service central des douanes visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 c), ou à l'autorité judiciaire compétente avec copie au service central visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b).

(4) L'État contractant requis reprend la livraison surveillée à l'endroit du franchissement de la frontière ou à un autre endroit convenu. L'autorité compétente de l'État contractant requis garantit la continuation de la surveillance de la livraison dans des conditions permettant d'intercepter la livraison ou d'arrêter les auteurs à tout moment. En cas de besoin, les autorités compétentes des États contractants peuvent convenir que la livraison surveillée sera réalisée conjointement par les fonctionnaires compétents des deux États contractants. Sur le territoire national de l'État contractant requis, les fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant doivent se conformer au droit national de l'État contractant requis et sont tenus d'obtempérer aux injonctions de ses fonctionnaires compétents. Il doit être mis fin à la livraison surveillée ou à la participation des fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant dès que l'État contractant requis le demande.

(5) Si, en raison d'une urgence particulière, la demande visée au paragraphe 1 ne peut pas être présentée et s'il existe un risque de perdre la livraison surveillée, les

voegdheidsgebied het vervoer begint, met gelijktijdige kennisgeving aan het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde respectievelijk bevoegde nationale centrale orgaan, of rechtstreeks aan het nationale centrale orgaan. In de gevallen waarin de gecontroleerde aflevering in de Bondsrepubliek Duitsland zich naar verwachting zal beperken tot het grensgebied zoals bedoeld in artikel 3 of in gevallen met een bijzonder spoedeisend karakter, kan het verzoek tevens aan de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts of aan het lokale rechercheburau van de douane worden gericht, die tevens het nationale centrale orgaan op de hoogte brengen;

2. voor het Koninkrijk België aan de bevoegde gerechtelijke autoriteit.

(3) Het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 dient te worden verzonden

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland via de federale recherchedienst, het hoofdkwartier van de federale politie of de recherchedienst van de douane of de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts;

2. voor het Koninkrijk België naar de centrale douaneautoriteit zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel c), of naar de bevoegde gerechtelijke autoriteit met afschrift aan het centrale orgaan zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b).

(4) De aangezochte Verdragsluitende Staat neemt de gecontroleerde aflevering over op de plaats van de grensoverschrijding of op een andere overeengekomen plaats. De bevoegde autoriteit van de aangezochte Verdragsluitende Staat zorgt ervoor dat het toezicht op de aflevering wordt voortgezet, en wel zodanig dat te allen tijde de mogelijkheid bestaat de af te leveren voorwerpen in beslag te nemen en de daders aan te houden. Indien nodig kunnen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten overeenkomen dat de gecontroleerde aflevering gemeenschappelijk wordt uitgevoerd door de bevoegde ambtenaren van beide Verdragsluitende Staten. Op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat zijn de bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat gebonden aan het nationale recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat en verplicht de aanwijzingen van diens bevoegde ambtenaren op te volgen. De gecontroleerde aflevering of de medewerking van de bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat dient te worden afgebroken zodra de aangezochte Verdragsluitende Staat zulks te verstaan geeft.

(5) Indien wegens het bijzonder spoedeisend karakter een verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 niet kan worden ingediend en het risico bestaat een gecontroleerde afle-

können die auf dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats begonnenen Maßnahmen ausnahmsweise im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nach folgenden Maßgaben fortgesetzt werden:

1. Der Grenzübertritt ist unverzüglich der zuständigen Zentralstelle des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die kontrollierte Lieferung fortgesetzt wird, mitzuteilen. In der Bundesrepublik Deutschland kann anstatt der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 genannten Zentralstellen auch das örtlich zuständige Landeskriminalamt benachrichtigt werden, das auch das Bundeskriminalamt beziehungsweise das Zollkriminalamt informiert. Im Königreich Belgien ist die in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b oder c genannte zuständige Zentralstelle zu benachrichtigen.

2. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe für die besondere Dringlichkeit und die Fortsetzung der Maßnahmen ohne vorherige Bewilligung dargelegt werden, ist unverzüglich nachzureichen. Absatz 2 findet entsprechende Anwendung.

3. Sobald der ersuchte Vertragsstaat dies verlangt, stellen die zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats die kontrollierte Lieferung ein und berichten den zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats über den Einsatzverlauf auf dessen Hoheitsgebiet.

4. Die Verwertung von Ermittlungsergebnissen, die im Zuge einer ohne vorherige Zustimmung durchgeführten kontrollierten Lieferung gewonnen wurden, ist nur nach Bewilligung des förmlichen Ersuchens zur Durchführung dieser kontrollierten Lieferung durch den Gebietsstaat zulässig.

Artikel 19

Grenzüberschreitender Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler

(1) Für das Ersuchen und die Bewilligung zur Durchführung verdeckter Ermittlungen durch zuständige Beamtinnen und Beamte des ersuchenden Vertragsstaats, die nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchenden Vertragsstaats die Stellung einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers haben, gelten die Richtlinie 2014/41/EU und die entsprechenden Umsetzungsgesetze mit den in diesem Artikel festgelegten Ergänzungen.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu richten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, die für die Bewilligung der verdeckten Ermittlungen zuständig wäre, wenn diese von den zuständigen Behörden des ersuch-

mesures entamées sur le territoire national d'un État contractant peuvent exceptionnellement être continuées sur le territoire national de l'autre État contractant dans les conditions ci-après :

1. Le franchissement de la frontière doit être communiqué sans délai au service central compétent de l'État contractant sur le territoire national duquel la livraison surveillée continue. En République fédérale d'Allemagne, la communication peut également être adressée, au lieu des services centraux visés à l'article 2, paragraphe 3, point 1, à l'Office régional de police criminelle territorialement compétent, qui en informe également l'Office fédéral de police criminelle ou l'Office criminel des douanes. Dans le Royaume de Belgique, cette communication doit être adressée au service central compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b) ou c) ;

2. Une demande en vertu du paragraphe 1, exposant également les motifs justifiant l'urgence particulière et la continuation des mesures en l'absence d'autorisation préalable, doit être transmise sans délai. Le paragraphe 2 s'applique par analogie ;

3. Dès que l'État contractant requis le demande, les fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant doivent mettre fin à la livraison surveillée et faire rapport aux autorités compétentes de l'autre État contractant sur le déroulement de l'intervention sur le territoire national de ce dernier ;

4. L'utilisation de résultats d'enquête obtenus sur la base d'une livraison surveillée exécutée sans autorisation préalable n'est admise qu'après l'approbation par l'État d'accueil de la demande formelle relative à l'exécution de cette livraison surveillée.

Article 19

Intervention transfrontalière d'agents infiltrés

(1) La demande et l'autorisation relatives à l'exécution d'une opération d'infiltration par des fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant ayant le statut d'agent infiltré en vertu du droit national de ce dernier, sont réglées par la directive 2014/41/UE et les lois de transposition respectives, avec les compléments fixés au présent article.

(2) La demande visée au paragraphe 1 doit être adressée

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, au ministère public qui serait compétent pour autoriser les opérations d'infiltration si celles-ci devaient être exécutées par les autorités compé-

vering kwijt te raken, kunnen de op het grondgebied van de ene Verdragsluitende Staat begonnen maatregelen bij wijze van uitzondering op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden voortgezet onder de volgende voorwaarden:

1. De grensoverschrijding dient onverwijld te worden meegedeeld aan het bevoegde centrale orgaan van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de gecontroleerde aflevering wordt voortgezet. In de Bondsrepubliek Duitsland kan in plaats van de in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde centrale organen ook de territoriaal bevoegde regionale recherchedienst in kennis worden gesteld, die tevens de federale recherchedienst respectievelijk de recherchedienst van de douane op de hoogte brengt. In het Koninkrijk België dient het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b) of c), genoemde bevoegde centrale orgaan in kennis te worden gesteld;

2. Een verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1, waarin tevens de redenen voor het bijzonder spoedeisend karakter en de voortzetting van de maatregelen zonder voorafgaande toestemming zijn aangegeven, dient onverwijld alsnog te worden ingediend. Paragraaf 2 is van overeenkomstige toepassing;

3. Zodra de aangezochte Verdragsluitende Staat zulks te verstaan geeft, breken de bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat de gecontroleerde aflevering af en brengen ze bij de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat verslag uit over het verloop van het optreden op diens grondgebied;

4. Het gebruik van onderzoeksresultaten die in het kader van een zonder voorafgaande toestemming uitgevoerde gecontroleerde aflevering werden verworven, is uitsluitend toegestaan na inwilliging door de gaststaat van het formele verzoek tot uitvoering van deze gecontroleerde aflevering.

Artikel 19

Grensoverschrijdend optreden van infiltranten

(1) Voor het verzoek tot en de toestemming voor de uitvoering van een infiltratieoperatie door bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat die volgens het nationale recht van de verzoekende Verdragsluitende Staat de status van infiltrant hebben, gelden de Richtlijn 2014/41/EU en de overeenkomstige omzettingswetten met de in dit artikel vastgelegde aanvullingen.

(2) Het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 dient te worden gericht

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland aan het openbaar ministerie dat voor de toestemming voor de infiltratieoperatie bevoegd zou zijn indien ze door de bevoegde autoriteiten van de aangezochte

ten Vertragsstaats durchgeführt würde, unter gleichzeitiger Unterrichtung der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 benannten jeweils zuständigen nationalen Zentralstelle oder direkt an die nationale Zentralstelle. In den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf das Grenzgebiet nach Artikel 3 beschränken werden, ist das Ersuchen in Kopie zusätzlich an das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz zu richten.

2. auf Seiten des Königreichs Belgien an die zuständige Justizbehörde.

(3) Das Ersuchen nach Absatz 1 ist zu übermitteln

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland über das Bundeskriminalamt, das Bundespolizeipräsidium, das Zollkriminalamt oder das jeweils zuständige Landeskriminalamt.

2. auf Seiten des Königreichs Belgien an die zuständige Justizbehörde mit Kopie an die zuständige Zentralbehörde nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b oder c.

(4) Sofern wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 nicht gestellt werden kann, darf eine zuständige Beamtin oder ein zuständiger Beamter, die oder der den Status einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers nach dem innerstaatlichen Recht seines oder ihres Vertragsstaats hat, die auf seinem oder ihrem Hoheitsgebiet begonnenen verdeckten Ermittlungen ausnahmsweise im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortsetzen, wenn eine ernsthafte Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der verdeckten Ermittlerin oder des verdeckten Ermittlers oder einer anderen Person besteht oder wenn anderenfalls die Identität der verdeckten Ermittlerin oder des verdeckten Ermittlers aufgedeckt oder der Erfolg der Maßnahme gefährdet werden könnte. Die Fortsetzung der verdeckten Ermittlungen ist unverzüglich der zuständigen Zentralstelle des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung fortgesetzt wird, mitzuteilen. In der Bundesrepublik Deutschland kann anstatt der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 genannten Zentralstellen auch das örtlich zuständige Landeskriminalamt benachrichtigt werden, das auch das Bundeskriminalamt beziehungsweise das Zollkriminalamt informiert. Im Königreich Belgien ist die in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b oder c genannte zuständige Zentralstelle zu benachrichtigen. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die den Einsatz ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Absatz 2 findet entsprechende Anwendung. Die Verwertung von Ermittlungsergebnissen, die im Zuge einer ohne vorherige Zustimmung durch-

tentes de l'État contractant requis, avec information simultanée au service central national respectivement compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 1, ou directement au service central national. Dans les cas où les opérations d'infiltration en République fédérale d'Allemagne resteront probablement limitées à la zone frontalière visée à l'article 3, une copie de la demande doit en outre être adressée à l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, à l'autorité judiciaire compétente.

(3) La demande visée au paragraphe 1 doit être transmise

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, via l'Office fédéral de police criminelle, l'Office central de la Police fédérale, l'Office criminel des douanes ou l'Office régional de police criminelle respectivement compétent ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, à l'autorité judiciaire compétente avec copie au service central compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b) ou c).

(4) Si, en raison d'une urgence particulière, la demande visée au paragraphe 1 ne peut pas être présentée, le fonctionnaire compétent ayant le statut d'agent infiltré en vertu du droit national de son État contractant qui a entamé une opération d'infiltration sur le territoire national de ce dernier, peut exceptionnellement continuer celle-ci sur le territoire national de l'autre État contractant s'il existe un danger sérieux pour la vie, l'intégrité physique ou la liberté de l'agent infiltré ou d'une autre personne ou si, dès lors que ladite opération n'est pas continuée, l'identité de l'agent infiltré risque d'être dévoilée ou le succès de l'opération, compromis. La continuation des opérations d'infiltration doit être communiquée sans délai au service central compétent de l'État contractant sur le territoire national duquel l'opération d'infiltration continue. En République fédérale d'Allemagne, la communication peut également être adressée, au lieu des services centraux visés à l'article 2, paragraphe 3, point 1, à l'Office régional de police criminelle territorialement compétent, qui en informe également l'Office fédéral de police criminelle ou l'Office criminel des douanes. Dans le Royaume de Belgique, cette communication doit être adressée au service central compétent visé à l'article 2, paragraphe 3, point 2 b) ou c). Une demande au sens du paragraphe 1, exposant également les motifs justifiant l'intervention en l'absence d'autorisation préalable, doit être transmise sans délai. Le paragraphe 2 s'applique par analogie. L'utilisation de résultats d'enquête obtenus sur la base d'une opération d'infiltration exécutée sans autorisation préalable n'est admise qu'après l'approbation par l'État d'accueil de la de-

Verdragsluitende Staat zou worden uitgevoerd, met gelijktijdige kennisgeving aan het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde respectievelijk bevoegde nationale centrale orgaan, of rechtstreeks aan het nationale centrale orgaan. In de gevallen waarin de infiltratieoperatie in de Bondsrepubliek Duitsland zich naar verwachting zal beperken tot het grensgebied zoals bedoeld in artikel 3, dient bovendien een afschrift van het verzoek te worden gericht aan de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts;

2. voor het Koninkrijk België aan de bevoegde gerechtelijke autoriteit.

(3) Het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 dient te worden verzonden

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland via de federale recherchedienst, het hoofdkwartier van de federale politie, de recherchedienst van de douane of de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst;

2. voor het Koninkrijk België naar de bevoegde gerechtelijke autoriteit met afschrift aan het bevoegde centrale orgaan zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b) of c).

(4) Indien wegens het bijzonder spoedeisend karakter een verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 niet kan worden ingediend, mag de bevoegde ambtenaar die de status van infiltrant heeft volgens het nationale recht van zijn Verdragsluitende Staat, bij wijze van uitzondering de op diens grondgebied begonnen infiltratieoperatie op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat voortzetten, indien een ernstig gevaar bestaat voor de fysieke integriteit, het leven of de vrijheid van de infiltrant of van een ander persoon, of indien anders de identiteit van de infiltrant bekend dreigt te worden of het slagen van de actie in gevaar dreigt te komen. De voortzetting van de infiltratieoperatie dient onverwijld te worden meegedeeld aan het bevoegde centrale orgaan van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de infiltratieoperatie wordt voortgezet. In de Bondsrepubliek Duitsland kan in plaats van de in artikel 2, paragraaf 3, nummer 1, genoemde centrale organen ook de territoriaal bevoegde regionale recherchedienst in kennis worden gesteld, die tevens de federale recherchedienst respectievelijk de recherchedienst van de douane op de hoogte brengt. In het Koninkrijk België dient het in artikel 2, paragraaf 3, nummer 2, onderdeel b) of c), genoemde bevoegde centrale orgaan in kennis gesteld te worden. Een verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1, waarin tevens de redenen zijn aangegeven waarom zonder voorafgaande toestemming tot optreden is overgegaan, dient onverwijld alsnog te worden ingediend. Paragraaf 2 is van overeenkomstige toepassing. Het gebruik van onderzoeksresultaten die werden verworven in het kader van een zonder voorafgaande toestemming uitgevoerde in-

geführten verdeckten Ermittlung gewonnen wurden, ist nur nach Bewilligung des förmlichen Ersuchens zur Durchführung dieser verdeckten Ermittlung durch den Gebietsstaat zulässig.

(5) Wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts eines Vertragsstaats eine verdeckte Ermittlung außerhalb eines Gerichtsverfahrens durchgeführt, so darf diese verdeckte Ermittlung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats unter folgenden Voraussetzungen fortgeführt werden:

1. Es besteht der begründete Verdacht, dass die Person, auf die die verdeckte Ermittlung gerichtet ist, eine auslieferungsfähige Straftat – ohne Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit nach Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union 2002/584/JI – begehen wird oder eine solche bereits begangen hat, ohne dass diese bereits aufgedeckt wäre.
2. Die nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats verantwortliche Behörde, die die Fortführung der verdeckten Ermittlung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beabsichtigt, übermittelt vorab ein entsprechendes Ersuchen.
3. Die nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats verantwortliche Behörde, auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung fortgeführt werden soll, hat vor Überschreiten der Grenze der Fortführung der verdeckten Ermittlung zugestimmt.

(6) Verdeckte Ermittlungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaats beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze, die in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben sind. Die zuständigen Behörden des ersuchenden Vertragsstaats stimmen sich bei der Vorbereitung des Einsatzes mit den zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaats eng ab. Die Leitung des Einsatzes obliegt einer zuständigen Beamtin beziehungsweise einem zuständigen Beamten des ersuchten Vertragsstaats. Die zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats führen die verdeckten Ermittlungen auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaats im Einklang mit dessen innerstaatlichen Recht durch.

(7) Die verdeckten Ermittlungen sind an die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats zu übergeben oder einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt.

(8) Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats werden unverzüglich über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler schriftlich unterrichtet.

(9) Der ersuchte Vertragsstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um den ersuchenden Vertragsstaat bei der Durchführung der verdeckten Ermittlungen personell,

mande formelle relative à l'exécution de cette opération d'infiltration.

(5) Lorsque, dans les conditions prévues par le droit national d'un État contractant, une opération d'infiltration est exécutée en dehors du cadre d'une enquête judiciaire, cette opération d'infiltration peut être continuée sur le territoire national de l'autre État contractant dans les conditions ci-après :

1. Il existe une suspicion raisonnable que la personne faisant l'objet de l'opération d'infiltration va commettre ou a commis, sans que cela ne soit encore connu, une infraction pénale pouvant donner lieu à remise sans contrôle de la double incrimination du fait en vertu de l'article 2, paragraphe 2, de la décision-cadre 2002/584/JAI ;
2. L'autorité responsable en vertu du droit national de l'État contractant qui envisage de continuer l'opération d'infiltration sur le territoire national de l'autre État contractant transmet au préalable une demande à cette fin ;
3. L'autorité responsable en vertu du droit national de l'État contractant sur le territoire national duquel l'opération d'infiltration doit être continuée a autorisé la continuation de l'opération d'infiltration avant le franchissement de la frontière.

(6) Les opérations d'infiltration sur le territoire national de l'État contractant requis se limitent à des interventions ponctuelles, limitées dans le temps, qui doivent être indiquées dans la demande visée au paragraphe 1. Les autorités compétentes de l'État contractant requérant se concertent étroitement avec les autorités compétentes de l'État contractant requis pour la préparation de l'intervention. La direction de l'intervention incombe à un fonctionnaire compétent de l'État contractant requis. Les fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant exécutent les opérations d'infiltration sur le territoire national de l'État contractant requis conformément au droit national de ce dernier.

(7) Les opérations d'infiltration doivent être remises entre les mains des fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ou être arrêtées dès que l'État d'accueil le demande.

(8) Les autorités compétentes de l'État d'accueil sont informées sans délai par écrit de l'exécution de l'intervention des agents infiltrés et des résultats obtenus dans le cadre de celle-ci.

(9) L'État contractant requis prend les mesures nécessaires afin de soutenir l'État contractant requérant dans l'exécution des opérations d'infiltration en termes de per-

filtratieoperatie, is uitsluitend toegestaan na inwilliging door de gaststaat van het formele verzoek tot uitvoering van deze infiltratieoperatie.

(5) Indien een infiltratieoperatie, in overeenstemming met het nationale recht van een Verdragsluitende Staat, buiten het kader van een gerechtelijk onderzoek wordt uitgevoerd, mag deze infiltratieoperatie op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden voortgezet onder de volgende voorwaarden:

1. Er bestaat een redelijk vermoeden dat de persoon die het voorwerp is van de infiltratieoperatie, een strafbaar feit dat – zonder toetsing van de dubbele strafbaarheid zoals bedoeld in artikel 2, paragraaf 2, van het Kaderbesluit 2002/584/JBZ – aanleiding kan geven tot overlevering, zal plegen of reeds heeft gepleegd zonder dat dit reeds bekend raakte;
2. De volgens het nationale recht van de Verdragsluitende Staat verantwoordelijke autoriteit die de voortzetting van de infiltratieoperatie op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat overweegt, verzendt vooraf een overeenkomstig verzoek;
3. De volgens het nationale recht verantwoordelijke autoriteit van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de infiltratieoperatie zou worden voortgezet, heeft vóór het overschrijden van de grens toestemming gegeven voor de voortzetting van de infiltratieoperatie.

(6) Infiltratieoperaties op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat blijven beperkt tot afzonderlijke optredens van beperkte duur die in het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 moeten worden vermeld. De bevoegde autoriteiten van de verzoekende Verdragsluitende Staat plegen bij de voorbereiding van het optreden nauw overleg met de bevoegde autoriteiten van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De leiding van het optreden berust bij een bevoegde ambtenaar van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat voeren de infiltratieoperatie op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat overeenkomstig diens nationale recht uit.

(7) De infiltratieoperatie dient aan de bevoegde ambtenaren van de gaststaat te worden overgedragen of te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft.

(8) De bevoegde autoriteiten van de gaststaat worden onverwijld schriftelijk in kennis gesteld van de uitvoering en de resultaten van het optreden van de infiltranten.

(9) De aangezochte Verdragsluitende Staat neemt de vereiste maatregelen om de verzoekende Verdragsluitende Staat bij de uitvoering van de infiltratieoperatie te onder-

logistisch und technisch zu unterstützen und um die zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats während ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaats zu schützen.

(10) Auf Ersuchen kann ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter der Leitung von dessen zuständiger Behörde tätig werden.

(11) Die Identität der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler wird auch nach Beendigung der verdeckten Ermittlung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des ersuchten Vertragsstaats geheim gehalten.

Artikel 20

Technische Einsatzmittel

(1) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats, die auf der Grundlage von Artikel 17, 18 oder 19 tätig werden, können technische Einsatzmittel im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einsetzen, sofern

1. dies nach dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats zulässig ist und
2. die Behörde des ersuchten Vertragsstaats, die die Maßnahme bewilligt hat, dem zugestimmt hat.

(2) Soweit technische Einsatzmittel eingesetzt werden dürfen, enthält das Ersuchen nach Artikel 17, 18 oder 19 eine Liste dieser Einsatzmittel.

(3) Im Fall besonderer Dringlichkeit nach Artikel 17 Absatz 4, Artikel 18 Absatz 5 oder Artikel 19 Absatz 4 unterrichtet der Entsendestaat den Gebietsstaat unverzüglich über die im Einzelfall mitgeführten technischen Einsatzmittel.

Artikel 21

Tarnmittel

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können bei der Gestaltung und dem Austausch von Tarnmitteln nach Maßgabe ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts zusammenarbeiten.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten legen die Bedingungen für die Nutzung, Aufbewahrung und Rückgabe der Tarnmittel sowie das Verfahren im Fall ihres Verlustes oder ihrer Vernichtung einvernehmlich fest.

Artikel 22

Nacheile

(1) Für die Durchführung der Nacheile gelten das Schengener Durchführungsübereinkommen und das Neapel-II-Übereinkommen mit den in diesem Artikel festgelegten Modalitäten, Erweiterungen und Ergänzungen.

sonnel, de logistique et de moyens techniques et afin de protéger les fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant lors de leur intervention sur le territoire national de l'État contractant requis.

(10) Sur demande, un État contractant peut mettre à la disposition de l'autre État contractant des agents infiltrés qui agissent pour le compte et sous la direction de l'autorité compétente de ce dernier.

(11) L'identité des agents infiltrés est tenue secrète, également après la cessation de l'opération d'infiltration, dans les conditions prévues par le droit national de l'État contractant requis.

Article 20

Moyens techniques

(1) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant agissant en vertu de l'article 17, 18 ou 19 peuvent utiliser des moyens techniques sur le territoire national de l'autre État contractant, dans la mesure où

1. ceci est admis en vertu du droit national de l'État d'accueil et où
2. l'autorité de l'État contractant requis qui a autorisé l'opération y a consenti.

(2) Dans la mesure où des moyens techniques peuvent être utilisés, la demande visée à l'article 17, 18 ou 19 comprend une liste de ces derniers.

(3) En cas d'urgence particulière telle que visée à l'article 17, paragraphe 4, à l'article 18, paragraphe 5, ou à l'article 19, paragraphe 4, l'État d'envoi informe sans délai l'État d'accueil des moyens techniques emportés dans le cas d'espèce.

Article 21

Moyens de couverture

(1) Les autorités compétentes des États contractants peuvent, dans les conditions prévues par leur droit national respectif, coopérer en ce qui concerne l'élaboration et l'échange de moyens de couverture.

(2) Les autorités compétentes des États contractants fixent d'un commun accord les conditions quant à l'utilisation, à la conservation et à la restitution des moyens de couverture, ainsi que la procédure en cas de perte ou de destruction de ces derniers.

Article 22

Poursuite transfrontalière

(1) L'exécution d'une poursuite transfrontalière est réglée par la Convention d'application Schengen et la Convention Naples II, avec les modalités, extensions et compléments fixés dans le présent article.

steunen op het vlak van personeel, logistiek en technische hulpmiddelen, en om de bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat tijdens hun optreden op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat te beschermen.

(10) Op verzoek kan een Verdragsluitende Staat infiltranten ter beschikking stellen van de andere Verdragsluitende Staat, die in opdracht en onder leiding van diens bevoegde autoriteit optreden.

(11) De identiteit van de infiltranten wordt ook na het beëindigen van de infiltratieoperatie geheim gehouden met inachtneming van het nationale recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

Artikel 20

Technische hulpmiddelen

(1) De bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die op grond van artikel 17, 18 of 19 optreden, kunnen technische hulpmiddelen op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat inzetten indien

1. dit volgens het nationale recht van de gaststaat toegestaan is en
2. de autoriteit van de aangezochte Verdragsluitende Staat, die de actie heeft toegestaan, daartoe toestemming heeft gegeven.

(2) Voor zover technische hulpmiddelen mogen worden ingezet, bevat het verzoek zoals bedoeld in artikel 17, 18 of 19 een lijst van deze hulpmiddelen.

(3) In gevallen met een bijzonder spoedeisend karakter zoals bedoeld in artikel 17, paragraaf 4, artikel 18, paragraaf 5, of artikel 19, paragraaf 4, informeert de zendstaat de gaststaat onverwijld over de in het desbetreffende geval meegevoerde technische hulpmiddelen.

Artikel 21

Afschermmiddelen

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen, met inachtneming van hun respectieve nationale recht, samenwerken op het gebied van de uitwerking en uitwisseling van afschermmiddelen.

(2) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten leggen zowel de voorwaarden voor het gebruik, de bewaring en de teruggave van de afschermmiddelen als de procedure in geval van verlies of vernietiging ervan in onderlinge overeenstemming vast.

Artikel 22

Grensoverschrijdende achtervolging

(1) Voor de uitvoering van een grensoverschrijdende achtervolging gelden de Schengenuitvoeringsovereenkomst en de Napels II-overeenkomst met de in dit artikel vastgelegde modaliteiten, uitbreidingen en aanvullingen.

(2) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats, die eine Person auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats verfolgen, weil

1. sie verdächtigt wird, eine Straftat begangen oder sich einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung oder einer vorläufigen Festnahme entzogen zu haben, oder
2. sie sich einer polizeilichen Maßnahme durch Flucht entzogen hat oder
3. dies zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erforderlich ist,

dürfen die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ohne dessen vorherige Zustimmung fortsetzen, wenn die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats nicht rechtzeitig zur Stelle sein können, um die Verfolgung zu übernehmen. Sie informieren die zuständigen Stellen des Gebietsstaats spätestens im Moment des Grenzübertritts. Die Nacheile ist einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt. Wenn die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats die Verfolgung übernehmen, können sie die nacheilenden Beamtinnen und Beamten bitten, an der Verfolgung unter ihrer Leitung und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaats mitzuwirken. Sie können die Verfolgung auch grenzüberschreitend fortsetzen, wenn die Person in das Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem die Nacheile begonnen hat, zurückkehrt.

(3) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten üben das Recht der Nacheile ohne jede zeitliche oder räumliche Beschränkung, auch über die Luft- und Wassergrenzen, aus.

(4) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten können die Nacheile in Ergänzung des Artikels 41 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens und des Artikels 20 Absatz 4 des Neapel-II-Übereinkommens unter folgenden allgemeinen Bedingungen durchführen:

1. Sie sind an die Bestimmungen dieses Vertrags und das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats gebunden; sie haben Weisungen von dessen zuständigen Behörden zu befolgen.
2. Sofern kein Einstellungsverlangen vorliegt und die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats nicht rechtzeitig einschreiten können, sind die nacheilenden Beamtinnen und Beamten unter Achtung des Rechts des Gebietsstaats befugt,
   a) die verfolgte Person anzuhalten oder vor Ort festzuhalten, bis sie von den zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats übernommen werden kann,
   b) ihre Identität anhand vorhandener Ausweispapiere festzustellen,

(2) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant qui poursuivent une personne sur le territoire national de leur État contractant parce que

1. celle-ci est suspectée d'avoir commis une infraction pénale ou de s'être soustraite à une peine ou à une mesure de sûreté privatives de liberté ou à une détention provisoire ou
2. celle-ci s'est soustraite à une mesure policière en prenant la fuite ou
3. cela est nécessaire pour la prévention d'une menace à la sécurité ou à l'ordre publics,

peuvent continuer la poursuite sur le territoire national de l'autre État contractant sans autorisation préalable de ce dernier lorsque les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ne peuvent arriver sur place à temps pour reprendre la poursuite. Ils en informent les services compétents de l'État d'accueil au plus tard au moment du franchissement de la frontière. Il doit être mis fin à la poursuite transfrontalière dès que l'État d'accueil le demande. Lorsque les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil reprennent la poursuite, ils peuvent demander que les fonctionnaires poursuivants participent à la poursuite sous leur direction et conformément au droit national de l'État d'accueil. Ils peuvent également continuer la poursuite au-delà de la frontière si la personne retourne sur le territoire national de l'État contractant sur lequel la poursuite transfrontalière a commencé.

(3) Les fonctionnaires compétents exercent le droit à la poursuite transfrontalière sans aucune limitation dans le temps ou l'espace, également par-delà les frontières aériennes et fluviales.

(4) Les fonctionnaires compétents peuvent exécuter la poursuite transfrontalière, en complément de l'article 41, paragraphe 5, de la Convention d'application Schengen et de l'article 20, paragraphe 4, de la Convention Naples II, dans les conditions générales ci-après :

1. Ils doivent se conformer aux dispositions du présent Traité et au droit national de l'État d'accueil ; ils sont tenus de suivre les instructions des autorités compétentes de ce dernier ;
2. Dans la mesure où il n'a pas été demandé de mettre fin à la poursuite et où les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ne peuvent intervenir à temps, les fonctionnaires poursuivants sont autorisés, dans le respect du droit national de l'État d'accueil, à
   a) interpeller la personne poursuivie ou à la retenir sur place jusqu'à ce qu'elle puisse être reprise par les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil,
   b) établir son identité sur la base des documents d'identité disponibles,

(2) De bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die een persoon op het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat achtervolgen omdat

1. hij ervan verdacht wordt een strafbaar feit te hebben gepleegd of zich te hebben onttrokken aan een vrijheidsstraf, een vrijheidsbenemende veiligheidsmaatregel of een voorlopige aanhouding of
2. hij zich door te vluchten aan een politiemaatregel onttrokken heeft of
3. dit noodzakelijk is ter voorkoming van een gevaar voor de openbare orde en veiligheid,

mogen de achtervolging op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat zonder diens voorafgaande toestemming voortzetten indien de bevoegde ambtenaren van de gaststaat niet tijdig ter plaatse kunnen zijn om de achtervolging over te nemen. Ze brengen de bevoegde diensten van de gaststaat uiterlijk op het moment van de grensoverschrijding op de hoogte. De grensoverschrijdende achtervolging dient te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft. Wanneer de bevoegde ambtenaren van de gaststaat de achtervolging overnemen, kunnen ze de achtervolgende ambtenaren vragen onder hun leiding en met inachtneming van het nationale recht van de gaststaat mee te werken aan de achtervolging. Ze kunnen de achtervolging ook over de grens voortzetten indien de persoon terugkeert naar het grondgebied van de Verdragsluitende Staat waar de grensoverschrijdende achtervolging begonnen is.

(3) De bevoegde ambtenaren oefenen het grensoverschrijdende achtervolgingsrecht zonder enige beperkingen in tijd of ruimte uit, ook over de lucht- en watergrenzen.

(4) Ter aanvulling op artikel 41, paragraaf 5, van de Schengenuitvoeringsovereenkomst en artikel 20, paragraaf 4, van de Napels II-overeenkomst, kunnen de bevoegde ambtenaren de grensoverschrijdende achtervolging uitvoeren onder de volgende algemene voorwaarden:

1. Ze zijn gebonden aan de bepalingen van dit Verdrag en het nationale recht van de gaststaat; ze dienen de instructies van diens bevoegde autoriteiten op te volgen;
2. Indien geen stopzetting wordt gevorderd en de bevoegde ambtenaren van de gaststaat niet tijdig kunnen optreden, zijn de achtervolgende ambtenaren bevoegd, met inachtneming van het recht van de gaststaat,
   a) de achtervolgde persoon staande te houden of ter plaatse vast te houden tot hij door de bevoegde ambtenaren van de gaststaat kan worden overgenomen,
   b) zijn identiteit aan de hand van beschikbare legitimatiedocumenten vast te stellen,

c) diese Person, von ihr mitgeführte Sachen und ihr Fahrzeug zum Schutz der Beamtinnen und Beamten, Dritter oder der Person selbst vor einer Gefahr für Leib und Leben einer Sicherheitsdurchsuchung zu unterziehen,

d) die Person zu fesseln, soweit dies erforderlich ist,

– um zu verhindern, dass die Person flieht, oder

– zum Schutz der Beamtinnen und Beamten, Dritter oder der Person selbst vor einer Gefahr für Leib und Leben,

e) von der Person mitgeführte Sachen oder das Fahrzeug vorläufig sicherzustellen, bis die Sachen oder das Fahrzeug von den zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats übernommen werden können.

3. Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben besteht und die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats nicht rechtzeitig zur Stelle sein können, dürfen die nacheilenden Beamtinnen und Beamten mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Behörden des Gebietsstaats die betreffende Person zur nächstgelegenen Polizei- oder Zolldienststelle oder an einen sonstigen nahegelegenen besser geeigneten Ort auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats befördern.

(5) Eine verfolgte Person, die von den zuständigen nacheilenden Beamtinnen und Beamten angehalten oder festgehalten wird und verdächtigt wird, eine auslieferungsfähige Straftat begangen zu haben, oder die sich einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung oder einer vorläufigen Festnahme entzogen hat, kann unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit durch die zuständigen Behörden des Gebietsstaats zum Zweck der Vernehmung festgehalten werden. Diese Person ist spätestens zwölf Stunden ab dem Zeitpunkt, zu dem sie angehalten oder festgehalten wurde, freizulassen, wobei die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen, es sei denn, die zuständige Behörde des Gebietsstaats erhält vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zweck der Übergabe. Innerstaatliche Rechtsvorschriften, die aus anderen Gründen die Einschränkung der persönlichen Freiheit ermöglichen, sowie innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Vorführung vor den Richter, bleiben unberührt.

(6) Im Fall der Nacheile sind zu unterrichten

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

a) in Nordrhein-Westfalen die Bundespolizeidirektion St. Augustin beziehungsweise die Polizeibehörde,

c) soumettre ladite personne, les objets en sa possession et son véhicule à une fouille de sécurité pour protéger les fonctionnaires, des tiers ou la personne même d'un danger pour leur vie ou leur intégrité physique,

d) menotter ladite personne dans la mesure où cela est nécessaire

– pour prévenir la fuite de celle-ci ou

– pour protéger les fonctionnaires, des tiers ou la personne même d'un danger pour leur vie ou leur intégrité physique,

e) mettre en sécurité des objets en la possession de ladite personne ou son véhicule jusqu'à ce que ces objets ou ce véhicule puissent être repris par les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ;

3. Dans des circonstances exceptionnelles où il existe un danger présent pour la vie ou l'intégrité physique et où les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil ne peuvent arriver sur place à temps, les fonctionnaires poursuivants peuvent, avec l'autorisation expresse des autorités compétentes de l'État d'accueil, transporter ladite personne au poste de police ou des douanes le plus proche ou à tout autre endroit plus approprié à proximité sur le territoire national de ce dernier.

(5) Une personne poursuivie qui est interpellée ou retenue par les fonctionnaires compétents poursuivants et qui est suspectée d'une infraction pénale pouvant donner lieu à remise ou s'est soustraite à une peine ou à une mesure de sûreté privatives de liberté ou à une détention provisoire, peut, quelle que soit sa nationalité, être retenue aux fins d'audition par les autorités compétentes de l'État d'accueil. Ladite personne doit être remise en liberté au plus tard douze heures après avoir été interpellée ou retenue – les heures entre 21 heures et 9 heures non comptées – à moins que l'autorité compétente de l'État d'accueil ne reçoive, avant l'écoulement de ce délai, une demande d'arrestation provisoire aux fins de remise. Il n'est pas porté atteinte aux dispositions du droit national permettant de restreindre la liberté personnelle pour d'autres raisons, ni aux dispositions du droit national régissant les comparutions devant un juge.

(6) En cas de poursuite transfrontalière, doivent être informés

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

a) en Rhénanie du Nord-Westphalie, la Direction de la Police fédérale à St. Augustin ou l'autorité policière

c) deze persoon, de zaken die hij bij zich draagt en zijn voertuig te onderwerpen aan een veiligheidsfouillering ter bescherming van de ambtenaren, derden of de persoon zelf tegen een gevaar voor de fysieke integriteit of het leven,

d) de persoon te boeien, voor zover dit noodzakelijk is

– om te beletten dat de persoon op de vlucht slaat of

– ter bescherming van de ambtenaren, derden of de persoon zelf tegen een gevaar voor de fysieke integriteit of het leven,

e) zaken die de persoon bij zich draagt of zijn voertuig veilig te stellen tot deze zaken of het voertuig door de bevoegde ambtenaren van de gaststaat kunnen worden overgenomen;

3. In uitzonderlijke omstandigheden waarin een acuut gevaar voor de fysieke integriteit of het leven bestaat en de bevoegde ambtenaren van de gaststaat niet tijdig ter plaatse kunnen zijn, mogen de achtervolgende ambtenaren met uitdrukkelijke toestemming van de bevoegde autoriteiten van de gaststaat de betrokken persoon overbrengen naar de dichtstbijzijnde politie- of douanepost of naar een andere meer geschikte nabijgelegen plaats op het grondgebied van de gaststaat.

(5) Een achtervolgde persoon die door de bevoegde achtervolgende ambtenaren staande gehouden of vastgehouden wordt en die ervan verdacht wordt een strafbaar feit te hebben gepleegd dat aanleiding kan geven tot overlevering of zich heeft onttrokken aan een vrijheidsstraf, een vrijheidsbenemende veiligheidsmaatregel of een voorlopige aanhouding, kan ongeacht zijn nationaliteit door de bevoegde autoriteiten van de gaststaat voor verhoor worden opgehouden. Deze persoon dient uiterlijk twaalf uren vanaf het tijdstip waarop hij werd staande gehouden of vastgehouden, in vrijheid te worden gesteld, waarbij de uren tussen 21 uur en 9 uur niet meetellen, tenzij de bevoegde autoriteit van de gaststaat vóór het verstrijken van deze termijn een verzoek tot voorlopige aanhouding met het oog op overlevering ontvangt. Bepalingen van nationaal recht die om andere redenen de beperking van de persoonlijke vrijheid mogelijk maken, alsmede bepalingen van nationaal recht betreffende de voorgeleiding aan de rechter, blijven onverlet.

(6) In geval van een grensoverschrijdende achtervolging dienen op de hoogte te worden gebracht

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:

a) in Noordrijn-Westfalen de directie van de federale politie in St. Augustin respectievelijk de politieautoriteit in

in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt erfolgt oder erfolgen wird; in Rheinland-Pfalz die Bundespolizeidirektion Koblenz beziehungsweise die Polizeibehörde, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt erfolgt oder erfolgen wird,

b) für die Zollverwaltung das Zollkriminalamt;

2. auf Seiten des Königreichs Belgien

a) der Kommunikations- und Informationsdienst des Bezirks, in dessen Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt erfolgt oder erfolgen wird,

b) für die Zollverwaltung die Zentralbehörde der Verwaltung Fahndung der Generalverwaltung Zoll und Akzisen.

dans le champ de compétence de laquelle le franchissement de la frontière a ou aura lieu, en Rhénanie-Palatinat, la Direction de la Police fédérale à Coblence ou l'autorité policière dans le champ de compétence de laquelle le franchissement de la frontière a ou aura lieu,

b) pour l'administration douanière, l'Office criminel des douanes ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique :

a) le Service d'information et de communication de l'arrondissement où le franchissement de la frontière a ou aura lieu,

b) pour l'administration douanière, la Composante centrale de l'Administration Recherche de l'Administration générale des douanes et accises.

wier bevoegdheidsgebied de grensoverschrijding plaatsvindt of zal plaatsvinden, in Rijnland-Palts de directie van de federale politie in Koblenz respectievelijk de politieautoriteit in wier bevoegdheidsgebied de grensoverschrijding plaatsvindt of zal plaatsvinden,

b) voor de douaneadministratie, de recherchedienst van de douane;

2. voor het Koninkrijk België:

a) de informatie- en communicatiedienst van het arrondissement in wiens bevoegdheidsgebied de grensoverschrijding plaatsvindt of zal plaatsvinden,

b) voor de douaneadministratie de Centrale Component van de Administratie Opsporing van de Algemene Administratie van de Douane en Accijnzen.

Artikel 23

Maßnahmen im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr

(1) Zuständige Beamtinnen und Beamte dürfen zur Wahrnehmung von Aufgaben in einem grenzüberschreitenden Zug auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats bereits auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in den Zug bei der letzten Haltestelle, an der dieser Zug fahrplanmäßig anhält, einsteigen oder erst aus dem Zug an der ersten Haltestelle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, an der dieser Zug fahrplanmäßig anhält, aussteigen. Der zuständigen Behörde dieses letztgenannten Vertragsstaats wird der Grenzübertritt spätestens in dem Moment des Überschreitens mitgeteilt.

(2) Haben die zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats eine Maßnahme gegenüber einer Person oder in Bezug auf die von ihr mitgeführten Sachen begonnen, aber noch nicht vor dem Grenzübertritt abschließen können, so dürfen sie diese Maßnahme im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats so lange wie bis zu ihrem Abschluss nötig fortsetzen. In diesem Fall führen sie die Maßnahme über deren gesamte Dauer nach ihrem innerstaatlichen Recht durch.

(3) Für gemeinsame Einsatzformen im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr gilt Artikel 13 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Vertragsstaaten bei der Festlegung der Einzelheiten der Zusammenarbeit nach Artikel 13 Absatz 4 für die Einsatzleitung jeweils für ihr eigenes Hoheitsgebiet einen zuständigen Beamten oder eine zuständige Beamtin benennen. Wird eine Handlung, die als Straftat betrachtet werden kann, an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges auf dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats begangen, ist dieser Vertragsstaat für die weitere Bearbeitung zuständig. Kann der Ort der Begehung

Article 23

Mesures relatives au transport ferroviaire transfrontalier

(1) Les fonctionnaires compétents peuvent, pour exécuter une mission à bord d'un train transfrontalier sur le territoire national de leur État contractant, déjà monter à bord du train au dernier arrêt régulier prévu pour ce train sur le territoire national de l'autre État contractant, ou ne descendre du train qu'au premier arrêt régulier prévu pour ce train sur le territoire national de l'autre État contractant. L'autorité compétente de ce dernier État contractant est informée du franchissement de la frontière au plus tard au moment où il s'effectue.

(2) Lorsque les fonctionnaires compétents ont entamé une mesure à l'égard d'une personne ou des objets en sa possession sur le territoire national de leur État contractant sans avoir pu l'achever avant le franchissement de la frontière, ils peuvent continuer cette mesure sur le territoire national de l'autre État contractant aussi longtemps que nécessaire pour l'achever. Dans ce cas, ils exécutent la mesure, pour toute sa durée, conformément à leur droit national.

(3) L'article 13 s'applique par analogie aux formes d'intervention commune dans le transport ferroviaire transfrontalier, à condition que les États contractants désignent, lors de la fixation des détails de la coopération en vertu de l'article 13, paragraphe 4, chacun pour ce qui est de son propre territoire national, un fonctionnaire compétent, qui assumera la direction de l'intervention. Lorsqu'un fait pouvant être considéré comme une infraction pénale est commis à bord d'un train transfrontalier sur le territoire national d'un État contractant, ce dernier est compétent pour son traitement ultérieur. S'il est impossible de déterminer où le fait a été

Artikel 23

Maatregelen in het grensoverschrijdende spoorwegvervoer

(1) Bevoegde ambtenaren mogen, voor de uitvoering van taken in een grensoverschrijdende trein op het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat, reeds in de trein stappen bij de laatste halteplaats die volgens de dienstregeling wordt aangedaan op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat, of pas uit de trein stappen bij de eerste halteplaats die volgens de dienstregeling wordt aangedaan op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat. De bevoegde autoriteit van deze laatstgenoemde Verdragsluitende Staat wordt uiterlijk op het moment van het overschrijden op de hoogte gebracht van de grensoverschrijding.

(2) Indien de bevoegde ambtenaren op het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat een maatregel jegens een persoon of ten aanzien van de zaken die hij bij zich draagt zijn begonnen maar deze nog niet kunnen voltooien vóór het overschrijden van de grens, mogen ze deze maatregel zo lang voortzetten op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat als nodig is om hem te voltooien. In dat geval voeren ze de maatregel voor de volledige duur ervan uit, overeenkomstig hun nationale recht.

(3) Artikel 13 is van overeenkomstige toepassing op vormen van gezamenlijk optreden in het grensoverschrijdende spoorwegvervoer, met dien verstande dat de Verdragsluitende Staten bij het vastleggen van de details van de samenwerking in de zin van artikel 13, paragraaf 4, ieder voor zijn eigen grondgebied een bevoegde ambtenaar aanwijst die de leiding heeft over het optreden. Indien aan boord van een grensoverschrijdende trein op het grondgebied van een Verdragsluitende Staat een feit wordt gepleegd dat als strafbaar feit kan worden beschouwd, is deze Verdragsluitende Staat bevoegd voor de verdere

dieser Handlung nicht festgestellt werden, ist der Vertragsstaat für die weitere Bearbeitung zuständig, auf dessen Hoheitsgebiet der nächste fahrplanmäßige Halt des Zuges liegt, nachdem die zuständigen Beamtinnen und Beamten von der Handlung Kenntnis erlangt haben.

(4) Zuständige Beamtinnen und Beamte, die einen Einsatz nach Absatz 3 durchführen oder eine Maßnahme nach Absatz 2 fortsetzen, sind befugt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats bis zum Eintreffen der zuständigen Beamtinnen und Beamten dieses Vertragsstaats eine Person anzuhalten, festzuhalten, sie und von ihr mitgeführte Sachen zu durchsuchen und Gegenstände vorläufig sicherzustellen, wenn dies zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhütung oder Verfolgung einer Straftat erforderlich ist. Es gilt das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats. Die angehaltene oder festgehaltene Person sowie vorläufig sichergestellte Gegenstände werden den zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats unverzüglich übergeben. Beruht das Anhalten, Festhalten oder die vorläufige Sicherstellung auf einer vor dem Grenzübertritt eintretenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder einer Straftat, gilt Artikel 22 Absatz 4 und 5 entsprechend.

(5) Soweit bei einem Einsatz an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats auf dem eigenen Hoheitsgebiet einer Person die Freiheit entziehen oder einen Gegenstand sicherstellen und nicht mehr vor dem Überschreiten der Grenze aus dem Zug aussteigen können, behalten sie die Amtsgewalt über diese Person oder diesen Gegenstand während ihres Aufenthalts auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats. Die zuständigen Behörden dieses letztgenannten Vertragsstaats werden unverzüglich über diese Situation in Kenntnis gesetzt. Diese Person ist spätestens zwölf Stunden ab dem Zeitpunkt, zu dem ihr die Freiheit entzogen wurde, freizulassen – wobei die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen –, es sei denn die zuständige Behörde des Gebietsstaats erhält vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zweck der Übergabe. Innerstaatliche Rechtsvorschriften, die aus anderen Gründen die Einschränkung der persönlichen Freiheit ermöglichen, sowie innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Vorführung vor den Richter bleiben unberührt.

commis, l'État contractant sur le territoire national duquel se trouve le premier arrêt régulier prévu du train après que les fonctionnaires compétents ont pris connaissance du fait est compétent pour son traitement ultérieur.

(4) Les fonctionnaires compétents qui effectuent une intervention visée au paragraphe 3 ou qui continuent une mesure visée au paragraphe 2 sont autorisés à interpeller ou à retenir une personne, à fouiller cette dernière ainsi que les objets en sa possession et à mettre en sécurité des objets sur le territoire national de l'autre État contractant jusqu'à l'arrivée des fonctionnaires compétents de ce dernier, si cela est nécessaire pour la prévention de menaces à la sécurité ou à l'ordre publics ou pour la prévention ou la répression d'une infraction pénale. Le droit national de l'État d'accueil est applicable. La personne interpellée ou retenue ainsi que les objets mis en sécurité sont remis sans délai aux fonctionnaires compétents de l'autre État contractant. Si l'interpellation, la rétention ou la mise en sécurité s'effectue sur la base d'une menace à la sécurité ou à l'ordre publics ou d'une infraction pénale qui s'est produite avant le franchissement de la frontière, l'article 22, paragraphes 4 et 5, s'applique par analogie.

(5) Si, dans le cadre d'une intervention à bord d'un train transfrontalier, les fonctionnaires compétents d'un État contractant privent une personne de liberté ou saisissent un objet sur leur propre territoire national et ne peuvent plus descendre du train avant le franchissement de la frontière, ils maintiennent l'autorité sur cette personne ou cet objet pendant la durée de leur présence sur le territoire national de l'autre État contractant. Les autorités compétentes de ce dernier sont informées de cette situation sans délai. Ladite personne doit être remise en liberté au plus tard douze heures après avoir été privée de liberté – les heures entre 21 heures et 9 heures non comptées – à moins que l'autorité compétente de l'État d'accueil ne reçoive, avant l'écoulement de ce délai, une demande d'arrestation provisoire aux fins de remise. Il n'est pas porté atteinte aux dispositions du droit national permettant de restreindre la liberté personnelle pour d'autres raisons, ni aux dispositions du droit national régissant les comparutions devant un juge.

afhandeling. Indien de plaats waar dit feit werd gepleegd, niet kan worden vastgesteld, is de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de volgens de dienstregeling eerstvolgende halteplaats van de trein ligt nadat de bevoegde ambtenaren kennis hebben gekregen van het feit, bevoegd voor de verdere afhandeling.

(4) Bevoegde ambtenaren die optreden zoals bedoeld in paragraaf 3 of een maatregel zoals bedoeld in paragraaf 2 voortzetten, zijn bevoegd op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat, totdat diens bevoegde ambtenaren aankomen, een persoon staande te houden of vast te houden, deze persoon en de zaken die hij bij zich draagt te fouilleren en voorwerpen veilig te stellen, indien dit noodzakelijk is ter voorkoming van gevaren voor de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming of vervolging van een strafbaar feit. Het nationale recht van de gaststaat is van toepassing. De staande gehouden of vastgehouden persoon en veiliggestelde voorwerpen worden onverwijld overgedragen aan de bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat. Indien het staande houden, vasthouden of veiligstellen plaatsvindt op grond van een gevaar voor de openbare orde en veiligheid of een strafbaar feit dat zich vóór het overschrijden van de grens heeft voorgedaan, is artikel 22, paragraaf 4 en 5, van overeenkomstige toepassing.

(5) Indien, bij een optreden aan boord van een grensoverschrijdende trein, de bevoegde ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat op het eigen grondgebied een persoon van zijn vrijheid beroven of een voorwerp in beslag nemen, en niet meer vóór het overschrijden van de grens uit de trein kunnen stappen, behouden ze het gezag over deze persoon of dit voorwerp gedurende hun aanwezigheid op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat. De bevoegde autoriteiten van deze laatste worden onverwijld van deze situatie in kennis gesteld. Deze persoon dient uiterlijk twaalf uren vanaf het tijdstip waarop hij van zijn vrijheid werd beroofd, in vrijheid te worden gesteld, waarbij de uren tussen 21 uur en 9 uur niet meetellen, tenzij de bevoegde autoriteit van de gaststaat vóór het verstrijken van deze termijn een verzoek tot voorlopige aanhouding met het oog op overlevering ontvangt. Bepalingen van nationaal recht die om andere redenen de beperking van de persoonlijke vrijheid mogelijk maken, alsmede bepalingen van nationaal recht betreffende de voorgeleiding aan de rechter, blijven onverlet.

Artikel 24

Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat den zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchenden Vertragsstaats, soweit das innerstaatliche Recht, das europäische Recht oder das Völkerrecht dem nicht entgegensteht, gestatten, auf seinem

Article 24

Transport et accompagnement de personnes et de biens

(1) Sur demande, l'État contractant requis peut, dans la mesure où le droit national, européen ou international ne s'y oppose pas, autoriser les fonctionnaires compétents de l'État contractant requérant à transporter ou à accompagner sur son territoire national

Artikel 24

Vervoer en begeleiding van personen en goederen

(1) Op verzoek kan de aangezochte Verdragsluitende Staat de bevoegde ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat, voor zover zulks niet in strijd is met het nationale, Europese of internationale recht, toestemming geven om op zijn grond-

Hoheitsgebiet Personen oder Sachen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben zu befördern oder zu begleiten, einschließlich um in einen Drittstaat zu gelangen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten legen hierbei einvernehmlich und nach den Bestimmungen ihres innerstaatlichen Rechts die Modalitäten für die Beförderung oder Begleitung nach diesem Vertrag fest.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 muss die Personalien der zu befördernden oder soweit bekannt zu begleitenden Personen enthalten. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbaren insbesondere Datum und Uhrzeit, die Strecke und das Verkehrsmittel.

(3) Auf Verlangen des Gebietsstaats erfolgt die Beförderung oder die Begleitung gemeinsam mit seinen zuständigen Beamtinnen und Beamten. In diesem Fall haben die Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats dieselben Hoheitsbefugnisse wie die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats und unterstehen deren Leitung.

(4) Erfolgt die Beförderung oder die Begleitung ohne Anwesenheit von zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats, beschränken sich die Hoheitsbefugnisse der zuständigen Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats darauf, im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats nur die für ihre Eigensicherung, die Sicherheit der von ihnen beförderten oder begleiteten Personen oder Sachen und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung im Rahmen der Beförderung oder Begleitung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Sie melden den zuständigen Behörden des Gebietsstaats unverzüglich alle Zwischenfälle, zu denen es auf dessen Hoheitsgebiet kommt.

(5) Darf der nach Absatz 1 zu befördernden Person in dem ersuchenden Vertragsstaat aufgrund eines in diesem gültigen Freiheitsentziehungstitels die Freiheit entzogen werden, so darf die Freiheitsentziehung während der Dauer der Beförderung auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats angewandt werden, wenn dieser der Freiheitsentziehung nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts zustimmt.

(6) Im Fall eines Entweichens der zu befördernden Person verfolgen die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats diese, soweit die Umstände es ermöglichen, und verständigen unverzüglich die zuständigen Behörden des Gebietsstaats. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt. Artikel 22 Absätze 4 und 5 gelten entsprechend.

(7) Zu befördernde Personen benötigen weder ein Reisedokument noch ein Visum, um über das Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten zu fahren.

des personnes ou des biens dans le cadre de leurs missions légales, y compris pour se rendre dans un État tiers. Les autorités compétentes des États contractants fixent les modalités du transport ou de l'accompagnement en vertu du présent Traité d'un commun accord et conformément aux dispositions de leur droit national.

(2) La demande visée au paragraphe 1 doit contenir les données relatives à l'identité des personnes à transporter ou, si connues, des personnes à accompagner. Les autorités compétentes des États contractants conviennent notamment des date et heure, de l'itinéraire et du moyen de transport.

(3) À la demande de l'État d'accueil, le transport ou l'accompagnement s'effectue conjointement avec ses fonctionnaires compétents. Dans ce cas, les fonctionnaires compétents de l'État d'envoi sont dotés des mêmes prérogatives de puissance publique que les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil et sont placés sous la direction de ces derniers.

(4) Si le transport ou l'accompagnement s'effectue sans la présence de fonctionnaires compétents de l'État d'accueil, les prérogatives de puissance publique des fonctionnaires compétents de l'État d'envoi se limitent à la prise, conformément au droit national de l'État d'accueil, des mesures nécessaires dans le cadre du transport ou de l'accompagnement en vue d'assurer leur sécurité et celle des personnes ou des biens transportés ou accompagnés ainsi que la sécurité ou l'ordre publics. Ils signalent sans délai aux autorités compétentes de l'État d'accueil tout incident survenant sur le territoire national de ce dernier.

(5) Si la personne à transporter en vertu du paragraphe 1 peut être privée de liberté dans l'État contractant requérant sur la base d'un titre de privation de liberté valable dans ce dernier, la privation de liberté peut être appliquée durant toute la durée du transport sur le territoire national de l'État d'accueil lorsque ce dernier consent à la privation de liberté conformément à son droit national.

(6) En cas d'évasion de la personne à transporter, les fonctionnaires compétents de l'État d'envoi la poursuivent dans la mesure où les circonstances le permettent et avisent sans délai les autorités compétentes de l'État d'accueil. Il doit être mis fin à la poursuite dès que l'État d'accueil le demande. L'article 22, paragraphes 4 et 5, s'applique par analogie.

(7) Les personnes à transporter n'ont besoin ni d'un document de voyage ni d'un visa pour se déplacer sur le territoire national des États contractants.

gebied personen of goederen te vervoeren of te begeleiden in het kader van hun wettelijke taken, inclusief om zich naar een derde staat te begeven. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten leggen hierbij in onderlinge overeenstemming en overeenkomstig de bepalingen van hun nationale recht de modaliteiten voor het vervoer of de begeleiding op grond van dit Verdrag vast.

(2) Het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 moet de identiteitsgegevens van de te vervoeren of voor zover bekend van de te begeleiden personen bevatten. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten spreken in het bijzonder de datum en het uur, het traject en het vervoermiddel af.

(3) Op verzoek van de gaststaat wordt het vervoer of de begeleiding gemeenschappelijk uitgevoerd met zijn bevoegde ambtenaren. In dat geval beschikken de ambtenaren van de zendstaat over dezelfde bevoegdheden van openbaar gezag als de bevoegde ambtenaren van de gaststaat en staan ze onder hun leiding.

(4) Indien het vervoer of de begeleiding niet in aanwezigheid van bevoegde ambtenaren van de gaststaat wordt uitgevoerd, beperken de bevoegdheden van openbaar gezag van de bevoegde ambtenaren van de zendstaat zich tot het nemen, overeenkomstig het nationale recht van de gaststaat, van de maatregelen die in het kader van het vervoer of de begeleiding noodzakelijk zijn voor hun eigen veiligheid, de veiligheid van de door hen vervoerde of begeleide personen of goederen en voor het waarborgen van de openbare orde en veiligheid. Ze melden aan de bevoegde autoriteiten van de gaststaat onverwijld alle incidenten die zich op diens grondgebied voordoen.

(5) Indien de te vervoeren persoon zoals bedoeld in paragraaf 1 in de verzoekende Verdragsluitende Staat van zijn vrijheid mag worden beroofd op grond van een aldaar geldige titel van vrijheidsbeneming, mag de vrijheidsbeneming tijdens de duur van het vervoer op het grondgebied van de gaststaat worden toegepast indien deze met inachtneming van zijn nationale recht toestemming verleent voor de vrijheidsbeneming.

(6) In geval van ontsnapping van de te vervoeren persoon zetten de bevoegde ambtenaren van de zendstaat de achtervolging in voor zover de omstandigheden het mogelijk maken en brengen ze de bevoegde autoriteiten van de gaststaat onverwijld op de hoogte. De achtervolging dient te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft. Artikel 22, paragraaf 4 en 5, is van overeenkomstige toepassing.

(7) Te vervoeren personen hebben noch een reisdocument noch een visum nodig om zich over het grondgebied van de Verdragsluitende Staten te verplaatsen.

(8) Die weiteren Modalitäten der Umsetzung werden erforderlichenfalls in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 2 geregelt.

(9) Für die Zwecke dieses Artikels gelten auch als zuständige Beamtinnen und Beamte:

1. für die Bundesrepublik Deutschland Angehörige der Justizvollzugsbehörden,

2. für das Königreich Belgien Angehörige des Referats Überstellungen der Generaldirektion Ausländeramt des Innenministeriums.

(8) Les modalités de mise en œuvre sont, si nécessaire, réglées dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 2.

(9) Aux fins du présent article, sont également considérés comme fonctionnaires compétents

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les membres du personnel des autorités pénitentiaires ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, les membres du personnel du Bureau Transfert de la Direction générale Office des étrangers du Service public fédéral Intérieur.

(8) De verdere uitvoeringsmodaliteiten worden zo nodig in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 2, geregeld.

(9) Voor de doeleinden van dit artikel worden tevens als bevoegde ambtenaren in aanmerking genomen

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland personeelsleden van de penitentiaire autoriteiten;

2. voor het Koninkrijk België personeelsleden van het Bureau Transfer van de Algemene Directie Dienst Vreemdelingenzaken van de Federale Overheidsdienst Binnenlandse Zaken.

Artikel 25

Übergabe von Personen und Sachen

(1) Die Übergabe von Personen oder Sachen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten kann an einem im jeweiligen Einzelfall zwischen den Vertragsstaaten vereinbarten Ort stattfinden. Dieser Ort muss für eine sichere Übergabe geeignet sein.

(2) Für die Beförderung oder Begleitung von Personen oder Sachen von der Staatsgrenze zum Übergabeort oder vom Übergabeort zur Staatsgrenze findet Artikel 24 entsprechende Anwendung.

Article 25

Transfert de personnes et de biens

(1) Le transfert de personnes ou de biens entre les autorités compétentes des États contractants peut s'effectuer à un endroit convenu au cas par cas entre les États contractants. Cet endroit doit être approprié pour un transfert sûr.

(2) L'article 24 s'applique par analogie au transport ou à l'accompagnement de personnes ou de biens depuis la frontière nationale jusqu'au lieu de leur transfert ou depuis le lieu de leur transfert jusqu'à la frontière nationale.

Artikel 25

Overdracht van personen en goederen

(1) De overdracht van personen of goederen tussen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kan worden uitgevoerd op een tussen de Verdragsluitende Staten per geval overeengekomen plaats. Deze plaats moet geschikt zijn voor een veilige overdracht.

(2) Voor het vervoer of de begeleiding van personen of goederen van de staatsgrens tot de plaats van overdracht of van de plaats van overdracht tot de staatsgrens is artikel 24 van overeenkomstige toepassing.

Artikel 26

Grenzüberschreitender Schutz von gefährdeten Personen

(1) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten des einen Vertragsstaats dürfen ihren Auftrag zum Schutz gefährdeter Personen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortsetzen. Dieser wird vor Überschreiten der Grenze über die Fortführung des Schutzauftrags auf seinem Hoheitsgebiet informiert.

(2) Im Fall eines unvorhergesehenen Grenzübertritts darf der Auftrag zum Schutz gefährdeter Personen ausnahmsweise auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortgesetzt werden, selbst wenn dieser nicht vor dem Grenzübertritt unterrichtet werden kann. In diesem Fall sind die zuständigen Behörden des Gebietsstaats unverzüglich über den Grenzübertritt zu informieren

1. auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland über das Bundeskriminalamt oder das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz,

2. auf Seiten des Königreichs Belgien über die Direktion der Einsätze in verwaltungspolizeilichen Angelegenheiten (DAO) der Föderalen Polizei.

(3) Der Gebietsstaat kann die Fortführung des Schutzauftrags nach Absatz 1

Article 26

Protection transfrontalière de personnes exposées

(1) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent continuer leur mission de protection de personnes exposées sur le territoire national de l'autre État contractant. Ce dernier est informé, préalablement au franchissement de la frontière, de la continuation de la mission de protection sur son territoire national.

(2) En cas de franchissement imprévu de la frontière, la mission de protection de personnes exposées peut exceptionnellement être continuée sur le territoire national de l'autre État contractant même si ce dernier ne peut être informé préalablement au franchissement de la frontière. Dans ce cas, les autorités compétentes de l'État d'accueil doivent être informées sans délai du franchissement de la frontière

1. en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, via l'Office fédéral de police criminelle ou l'Office régional de police criminelle respectivement compétent en Rhénanie du Nord-Westphalie ou en Rhénanie-Palatinat ;

2. en ce qui concerne le Royaume de Belgique, via la Direction des opérations de police administrative (DAO) de la Police fédérale.

(3) L'État d'accueil peut assortir la continuation de la mission de protection en vertu

Artikel 26

Grensoverschrijdende bescherming van in gevaar verkerende personen

(1) De bevoegde ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat mogen hun opdracht tot bescherming van in gevaar verkerende personen op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat voortzetten. Deze wordt vóór het overschrijden van de grens op de hoogte gebracht van de voortzetting van de beschermingsopdracht op zijn grondgebied.

(2) In geval van een niet geplande grensoverschrijding mag de opdracht tot bescherming van in gevaar verkerende personen bij wijze van uitzondering op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden voortgezet, zelfs indien deze niet vóór het overschrijden van de grens op de hoogte gebracht kan worden. In dat geval dienen de bevoegde autoriteiten van de gaststaat onverwijld van de grensoverschrijding op de hoogte te worden gebracht

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland via de federale recherchedienst of de respectievelijk bevoegde regionale recherchedienst in Noordrijn-Westfalen of Rijnland-Palts;

2. voor het Koninkrijk België via de Directie van de operaties inzake bestuurlijke politie (DAO) van de Federale Politie.

(3) De gaststaat kan de voortzetting van de beschermingsopdracht zoals bedoeld in

oder 2 von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig machen.

Artikel 27

Zusammenarbeit bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

(1) Im Fall der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Union durch einen oder beide Vertragsstaaten können Grenzkontrollstellen auch auf dem grenznahen Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats errichtet werden, soweit

1. keine geeignete Örtlichkeit auf dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaats zur Verfügung steht, der diese Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wiedereinführt,
2. dies zur Durchführung einer Grenzkontrolle an den Binnengrenzen erforderlich ist,
3. der andere Vertragsstaat dem im Einzelfall zustimmt und
4. die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen so organisiert werden, dass sie sich lediglich auf Personen beziehen, die die Grenze überschreiten wollen.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden. Die Durchführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 ist einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt.

(3) Das Verfahren und die Modalitäten der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 festgelegt.

(4) Die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 werden im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, der die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wiedereingeführt hat, und dem Recht der Europäischen Union, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) durchgeführt. Die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen werden durch zuständige Beamtinnen und Beamte dieses Vertragsstaats durchgeführt. Ihre Handlungen gelten als auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats ausgeübte Handlungen.

(5) Bei der Durchführung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 können die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten alle in ihrem innerstaatlichen Recht oder dem Recht der Europäischen Union, insbesondere dem Schengener Grenzkodex, vorge-

du paragraphe 1 ou 2 de certaines conditions.

Article 27

Coopération en matière de rétablissement temporaire des contrôles frontaliers aux frontières intérieures

(1) En cas de rétablissement temporaire, par un État contractant ou par les deux États contractants, des contrôles frontaliers aux frontières intérieures dans les conditions prévues par le droit de l'Union européenne, des postes de contrôle frontalier peuvent également être installés sur le territoire national de l'autre État contractant, à proximité de la frontière, dans la mesure où

1. aucun emplacement adapté n'est à disposition sur le territoire national de l'État contractant rétablissant ces contrôles frontaliers aux frontières intérieures,
2. ceci est nécessaire pour effectuer un contrôle frontalier aux frontières intérieures,
3. l'autre État contractant y consent dans le cas d'espèce, et
4. les contrôles frontaliers aux frontières intérieures sont organisés de manière à ne viser que les personnes qui veulent franchir la frontière.

(2) Le consentement visé au paragraphe 1 peut être assorti de certaines conditions. Il doit être mis fin aux contrôles frontaliers aux frontières intérieures en vertu du paragraphe 1 dès que l'État d'accueil le demande.

(3) La procédure et les modalités des contrôles frontaliers aux frontières intérieures en vertu du paragraphe 1 sont réglées dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1.

(4) Les contrôles frontaliers aux frontières intérieures en vertu du paragraphe 1 sont effectués conformément au droit national de l'État contractant ayant rétabli les contrôles frontaliers aux frontières intérieures et au droit de l'Union européenne, notamment au règlement (UE) 2016/399 du Parlement européen et du Conseil du 9 mars 2016 concernant un code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen). Les contrôles frontaliers aux frontières intérieures sont effectués par les fonctionnaires compétents de cet État contractant. Leurs actes sont considérés comme des actes accomplis sur le territoire national de leur État contractant.

(5) Lorsqu'ils effectuent les contrôles frontaliers aux frontières intérieures en vertu du paragraphe 1, les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant peuvent exercer toutes les prérogatives de puissance publique nécessaires prévues dans leur droit national ou dans le droit de l'Union

paragraaf 1 of 2 aan voorwaarden verbinden.

Artikel 27

Samenwerking bij de tijdelijke herinvoering van grenscontroles aan de binnengrenzen

(1) In geval van de tijdelijke herinvoering van grenscontroles aan de binnengrenzen met inachtneming van het recht van de Europese Unie door een of beide Verdragsluitende Staten kunnen grenscontroleposten ook op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat in de nabijheid van de grens worden opgericht, voor zover

1. geen geschikte locatie voorhanden is op het grondgebied van de Verdragsluitende Staat die deze grenscontroles aan de binnengrenzen opnieuw invoert,
2. zulks voor de uitvoering van een grenscontrole aan de binnengrenzen noodzakelijk is,
3. de andere Verdragsluitende Staat daarvoor per geval toestemming verleent en
4. de grenscontroles aan de binnengrenzen zodanig worden georganiseerd dat ze alleen van toepassing zijn op personen die de grens willen oversteken.

(2) De toestemming zoals bedoeld in paragraaf 1 kan aan bepaalde voorwaarden worden verbonden. De uitvoering van grenscontroles aan de binnengrenzen zoals bedoeld in paragraaf 1 dient te worden afgebroken zodra de gaststaat zulks te verstaan geeft.

(3) De procedure en modaliteiten voor de grenscontroles aan de binnengrenzen zoals bedoeld in paragraaf 1 worden in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1, vastgelegd.

(4) De grenscontroles aan de binnengrenzen zoals bedoeld in paragraaf 1 worden uitgevoerd overeenkomstig het nationale recht van de Verdragsluitende Staat die de grenscontroles aan de binnengrenzen opnieuw heeft ingevoerd en het recht van de Europese Unie, in het bijzonder de Verordening (EU) 2016/399 van het Europees Parlement en de Raad van 9 maart 2016 betreffende een Uniecode voor de overschrijding van de grenzen door personen (Schengengrenscode). De grenscontroles aan de binnengrenzen worden door de bevoegde ambtenaren van deze Verdragsluitende Staat uitgevoerd. Hun handelingen gelden als op het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat uitgevoerde handelingen.

(5) Bij de uitvoering van de grenscontroles aan de binnengrenzen zoals bedoeld in paragraaf 1 kunnen de op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optredende bevoegde ambtenaren alle noodzakelijke bevoegdheden van openbaar gezag voorzien in hun nationale recht of in het recht van de Europese Unie, in het bijzon-

sehenen erforderlichen Hoheitsbefugnisse ausüben, einschließlich des Anhaltens, der Identitätskontrolle, der Einreiseverweigerung und freiheitsbeschränkender Maßnahmen. Erforderlichenfalls können sie die betreffenden Personen in das Hoheitsgebiet des eigenen Vertragsstaats verbringen.

(6) Staatsangehörige des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen stattfinden, dürfen nicht auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verbracht werden. Sie können von den die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durchführenden zuständigen Beamtinnen und Beamten bis zum Zeitpunkt ihrer Übergabe an die zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats festgehalten werden. Die Übergabe erfolgt unverzüglich.

(7) Stellen die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten bei einer Grenzkontrolle eine Verletzung von mit dem Grenzübertritt zusammenhängenden Vorschriften ihres eigenen Vertragsstaats fest, so gilt dies als Verletzung, die auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats begangen wurde.

(8) Bei den Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Absatz 1 können auch zuständige Beamtinnen und Beamte des anderen Vertragsstaats anwesend sein.

(9) Führen die Vertragsstaaten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen gleichzeitig oder gemeinsam durch, so werden diese zuerst durch die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Vertragsstaats durchgeführt, den die zu kontrollierende Person oder Sache verlässt.

(10) Auf Grenzkontrollen an den Binnengrenzen in fahrenden Zügen auf den grenzüberschreitenden Strecken des Eisenbahnverkehrs findet Artikel 23 Absätze 1, 2 und 5 Anwendung.

européenne, notamment le code frontières Schengen, y compris l'interpellation, le contrôle d'identité, le refus d'entrée sur le territoire et des mesures restrictives de liberté. Si nécessaire, ils peuvent transférer les personnes concernées sur le territoire national de leur État contractant.

(6) Les ressortissants de l'État contractant sur le territoire national duquel les contrôles frontaliers aux frontières intérieures ont lieu ne peuvent pas être transférés sur le territoire national de l'autre État contractant. Ils peuvent être retenus par les fonctionnaires compétents effectuant les contrôles frontaliers aux frontières intérieures jusqu'au moment de leur remise aux fonctionnaires compétents de l'autre État contractant. La remise a lieu sans délai.

(7) Si, lors d'un contrôle frontalier, les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant constatent une violation de la règlementation de leur propre État contractant relative au franchissement de la frontière, cette violation est considérée comme ayant été commise sur le territoire national de leur État contractant.

(8) Des fonctionnaires compétents de l'autre État contractant peuvent également être présents lors des contrôles frontaliers aux frontières intérieures en vertu du paragraphe 1.

(9) Si les États contractants effectuent simultanément ou conjointement des contrôles frontaliers aux frontières intérieures, ceux-ci sont d'abord effectués par les fonctionnaires compétents de l'État contractant que quitte la personne ou le bien à contrôler.

(10) L'article 23, paragraphes 1, 2 et 5, s'applique aux contrôles frontaliers aux frontières intérieures à bord de trains en marche sur les lignes ferroviaires transfrontalières.

der in de Schengengrenscode, uitoefenen, inclusief het staande houden, het controleren van de identiteit, het weigeren van de toegang tot het grondgebied en vrijheidsbeperkende maatregelen. Zo nodig kunnen ze de betrokken personen naar het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat brengen.

(6) Onderdanen van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de grenscontroles aan de binnengrenzen plaatsvinden, mogen niet naar het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden gebracht. Zij kunnen door de bevoegde ambtenaren die de grenscontroles aan de binnengrenzen uitvoeren worden vastgehouden, tot aan het tijdstip van hun overdracht aan de bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat. De overdracht wordt onverwijld uitgevoerd.

(7) Indien de op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optredende bevoegde ambtenaren bij een grenscontrole een overtreding vaststellen van de regelgeving van hun eigen Verdragsluitende Staat die betrekking heeft op de grensoverschrijding, geldt zulks als een overtreding die op het grondgebied van hun Verdragsluitende Staat werd gepleegd.

(8) Bij de grenscontroles aan de binnengrenzen zoals bedoeld in paragraaf 1 kunnen ook bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat aanwezig zijn.

(9) Indien de Verdragsluitende Staten gelijktijdig of gemeenschappelijk grenscontroles aan de binnengrenzen uitvoeren, worden deze in eerste instantie uitgevoerd door de bevoegde ambtenaren van de Verdragsluitende Staat die de te controleren persoon of het te controleren goed verlaat.

(10) Artikel 23, paragraaf 1, 2 en 5, is van toepassing op grenscontroles aan de binnengrenzen in rijdende treinen op de grensoverschrijdende spoorlijnen.

Artikel 28

Unterstützung zwischen Spezialeinheiten in Gefahren- und Bedrohungslagen

(1) Im Fall einer Gefahren- und Bedrohungslage können sich die Spezialeinheiten der Vertragsstaaten mit Zustimmung ihrer verantwortlichen Behörden auf Ersuchen unterstützen, wenn die Mittel der Spezialeinheiten des ersuchenden Vertragsstaats nicht ausreichend sind oder nicht mobilisiert werden können oder wenn die durch die Spezialeinheiten des ersuchten Vertragsstaats geleistete Unterstützung dazu beiträgt, eine Verzögerung zu vermeiden, die die Bewältigung der Gefahren- und Bedrohungslage gefährden würde.

(2) Eine Gefahr oder Bedrohung im Sinne des Absatzes 1 liegt vor, wenn die verantwortlichen Behörden des ersuchenden Vertragsstaats berechtigten Grund zu der Annahme haben, dass eine Straftat vorliegt oder unmittelbar bevorsteht, die eine

Article 28

Assistance entre unités spéciales en situation de danger ou de menace

(1) En situation de danger ou de menace, les unités spéciales des États contractants peuvent, avec le consentement de leurs autorités responsables, se prêter assistance sur demande, lorsque les moyens des unités spéciales de l'État contractant requérant sont insuffisants ou ne peuvent être mobilisés ou lorsque l'assistance par les unités spéciales de l'État contractant requis permet d'éviter un retard qui entraverait le règlement de la situation de danger ou de menace.

(2) Il existe un danger ou une menace au sens du paragraphe 1 lorsque les autorités responsables de l'État contractant requérant ont des motifs raisonnables de considérer qu'une infraction pénale a été commise ou est sur le point de l'être et que celle-ci

Artikel 28

Bijstand tussen speciale eenheden in geval van gevaar of dreiging

(1) In geval van gevaar of dreiging kunnen de speciale eenheden van de Verdragsluitende Staten, met toestemming van hun verantwoordelijke autoriteiten, elkaar op verzoek bijstand verlenen indien de middelen van de speciale eenheden van de verzoekende Verdragsluitende Staat ontoereikend of niet inzetbaar zijn, of indien de door de speciale eenheden van de aangezochte Verdragsluitende Staat verleende bijstand ertoe bijdraagt een vertraging te vermijden die de beheersing van het gevaar of de dreiging in het gedrang zou brengen.

(2) Van een gevaar of dreiging zoals bedoeld in paragraaf 1 is sprake wanneer de verantwoordelijke autoriteiten van de verzoekende Verdragsluitende Staat redelijke gronden hebben om aan te nemen dat een strafbaar feit werd gepleegd of ophanden is

ernste unmittelbare physische Gefahr oder Bedrohung für Personen, Eigentum, Infrastrukturen oder Institutionen in diesem Vertragsstaat darstellt.

(3) Die Unterstützung kann durch Bereitstellung von Personal und Material geleistet werden.

(4) Das Ersuchen um Unterstützung wird von den Spezialeinheiten des ersuchenden Vertragsstaats an die Spezialeinheiten des ersuchten Vertragsstaats mit Zustimmung der verantwortlichen Behörden des ersuchenden Vertragsstaats unmittelbar übermittelt.

(5) Das Ersuchen enthält eine Beschreibung der Art, des Umfangs, der Dauer und des spezifischen Zieles des erbetenen grenzüberschreitenden Einsatzes.

(6) Der ersuchte Vertragsstaat trifft unverzüglich eine begründete Entscheidung zu dem Ersuchen. Die Spezialeinheiten des ersuchten Vertragsstaats unterrichten die Spezialeinheiten des ersuchenden Vertragsstaats so schnell wie möglich schriftlich über diese Entscheidung.

(7) Die beteiligten Spezialeinheiten treffen praktische Absprachen zur Umsetzung der Unterstützung.

(8) Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten können grundsätzlich Hoheitsbefugnisse, die den Spezialeinheiten des Gebietsstaats zustehen, ausüben. Die Ausübung dieser Befugnisse erfolgt unter Leitung der Beamtin oder des Beamten, die oder der den Einsatz der Spezialeinheiten des Gebietsstaats leitet und soweit möglich in Anwesenheit von Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten des Gebietsstaats. Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten dürfen auf keinen Fall Befugnisse ausüben, über die sie im eigenen Vertragsstaat nicht auch verfügen.

constitue un danger ou une menace physiques directs et graves pour les personnes, les biens, les infrastructures ou les institutions dans cet État contractant.

(3) L'assistance peut être fournie par la mise à disposition de personnel ou de matériel.

(4) La demande d'assistance est adressée directement par les unités spéciales de l'État contractant requérant aux unités spéciales de l'État contractant requis, avec le consentement des autorités responsables de l'État contractant requérant.

(5) La demande contient une description de la nature, de la portée, de la durée et de l'objectif spécifique de l'intervention transfrontalière souhaitée.

(6) L'État contractant requis prend sans délai une décision motivée quant à la demande. Les unités spéciales de l'État contractant requis informent les unités spéciales de l'État contractant requérant de cette décision le plus rapidement possible et par écrit.

(7) Les unités spéciales impliquées conviennent des modalités pratiques concernant la mise en œuvre de l'assistance.

(8) Les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant peuvent, en principe, exercer les prérogatives de puissance publique dont sont dotées les unités spéciales de l'État d'accueil. Ces prérogatives sont exercées sous la direction du fonctionnaire dirigeant l'intervention des unités spéciales de l'État d'accueil et, dans la mesure du possible, en présence de fonctionnaires des unités spéciales de l'État d'accueil. Les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant ne peuvent en aucun cas exercer de prérogatives dont ils ne sont pas dotés dans leur propre État contractant.

dat een ernstige rechtstreekse fysieke of materiële dreiging of gevaar vormt voor personen, eigendommen, infrastructuren of instellingen in deze Verdragsluitende Staat.

(3) De bijstand kan worden verleend door het ter beschikking stellen van personeel of materiaal.

(4) Het verzoek om bijstand wordt door de speciale eenheden van de verzoekende Verdragsluitende Staat rechtstreeks naar de speciale eenheden van de aangezochte Verdragsluitende Staat verzonden, met toestemming van de verantwoordelijke autoriteiten van de verzoekende Verdragsluitende Staat.

(5) Het verzoek bevat een beschrijving van de aard, de omvang, de duur en het specifieke doel van het gevraagde grensoverschrijdende optreden.

(6) De aangezochte Verdragsluitende Staat neemt onverwijld een met redenen omklede beslissing over het verzoek. De speciale eenheden van de aangezochte Verdragsluitende Staat brengen de speciale eenheden van de verzoekende Verdragsluitende Staat zo spoedig mogelijk schriftelijk van deze beslissing op de hoogte.

(7) De betrokken speciale eenheden maken praktische afspraken over de uitvoering van de bijstand.

(8) De op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optredende bevoegde ambtenaren kunnen in beginsel bevoegdheden van openbaar gezag uitoefenen waarover de speciale eenheden van de gaststaat beschikken. Deze bevoegdheden worden uitgeoefend onder leiding van de ambtenaar die het optreden van de speciale eenheden van de gaststaat leidt en voor zover mogelijk in aanwezigheid van ambtenaren van de speciale eenheden van de gaststaat. De op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optredende bevoegde ambtenaren mogen in geen geval bevoegdheden uitoefenen waarover ze in hun eigen Verdragsluitende Staat niet beschikken.

Teil IV

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Artikel 29

Zeugenschutz

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander mit Zustimmung ihrer nach innerstaatlichem Recht verantwortlichen Behörden beim Schutz von Zeugen und diesen nahestehenden Personen (im Folgenden als „zu schützende Person" bezeichnet) Hilfe leisten.

(2) Die Hilfe umfasst insbesondere den Austausch von personenbezogenen Daten und anderen Informationen, die logistische Hilfe sowie die Übernahme von zu schützenden Personen. Die Modalitäten, einschließlich die Dauer der Maßnahmen und

Partie IV

Autres formes de coopération

Article 29

Protection des témoins

(1) Les autorités compétentes des États contractants peuvent, avec le consentement de leurs autorités responsables en vertu du droit national, se prêter mutuellement assistance pour la protection des témoins et des personnes qui leur sont proches, ci-après dénommés « personnes à protéger ».

(2) Cette assistance comprend notamment l'échange de données à caractère personnel et d'autres informations, l'appui logistique ainsi que la prise en charge de personnes à protéger. Les modalités, y compris la durée des mesures et la réparti-

Deel IV

Overige vormen van samenwerking

Artikel 29

Getuigenbescherming

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen, met toestemming van hun volgens het nationale recht verantwoordelijke autoriteiten, elkaar bijstand verlenen bij de bescherming van getuigen en van personen die nauw met hen verbonden zijn, hierna "te beschermen personen" genoemd.

(2) De bijstand omvat in het bijzonder de uitwisseling van persoonsgegevens en andere informatie, logistieke steun en de overname van te beschermen personen. De modaliteiten, inclusief de duur van de maatregelen en de verdeling van de kosten, wor-

die Kostentragung, werden zwischen den nach innerstaatlichem Recht verantwortlichen Behörden vereinbart.

(3) Die zu schützende Person, die übernommen wird, muss durch den ersuchenden Vertragsstaat in den Zeugenschutz aufgenommen worden sein; sie wird nicht in den Zeugenschutz des ersuchten Vertragsstaats aufgenommen. Die Maßnahmen zum Schutz der zu schützenden Person richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaats. Der ersuchende Vertragsstaat stellt alle zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendigen Informationen zur Verfügung.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe und nach vorheriger Konsultation des ersuchenden Vertragsstaats die Maßnahmen nach Absatz 3 beenden. Der ersuchende Vertragsstaat ist in diesem Fall verpflichtet, die zu schützende Person wieder zu übernehmen.

Artikel 30

Ersuchen um Spuren- und Beweissicherung am oder im Körper von Personen in dringenden Fällen

(1) In Fällen, in denen Spuren oder Beweismittel am oder im Körper einer Person auf der Grundlage einer Anordnung im Sinne der Richtlinie 2014/41/EU und der entsprechenden Umsetzungsgesetze nicht rechtzeitig gesichert werden können, können die zuständigen Behörden des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet sich diese Person befindet, auf Ersuchen der zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Ermittlungsmaßnahme durchführen oder durchführen lassen.

(2) Erfolgt das Ersuchen nach Absatz 1 mündlich, ist es schnellstmöglich und schriftlich zu bestätigen. Die zuständigen Behörden jedes Vertragsstaats unterrichten ihre zuständigen Justizbehörden unverzüglich unter Angabe der Gründe für die Eilbedürftigkeit.

(3) Ermittlungsmaßnahmen nach Absatz 1 erfolgen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden. Sofern das innerstaatliche Recht dieses Vertragsstaats vorsieht, dass solche Ermittlungsmaßnahmen die Zustimmung des Betroffenen oder der Betroffenen beziehungsweise dritter Parteien, oder eine Anordnung der Justizbehörden dieses Vertragsstaats erfordern, führt die ersuchte zuständige Behörde die dafür erforderlichen Handlungen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch, als wäre die dem Ersuchen zugrundeliegende Straftat auf dem Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats begangen worden.

(4) Die Übermittlung der Ergebnisse der Ermittlungsmaßnahmen nach Absatz 1 an

tion des frais, sont convenues entre les autorités responsables en vertu du droit national.

(3) La personne à protéger qui est prise en charge doit avoir été inscrite dans le programme de protection des témoins par l'État contractant requérant ; elle n'est pas inscrite dans le programme de protection des témoins de l'État contractant requis. Les mesures de protection pour la personne à protéger sont régies par le droit national de l'État contractant requis. L'État contractant requérant met à disposition toutes les informations nécessaires à l'exécution de ces mesures.

(4) En présence de motifs graves et après consultation préalable de l'État contractant requérant, l'État contractant requis peut mettre fin aux mesures visées au paragraphe 3. Dans ce cas, l'État contractant requérant est tenu de reprendre en charge la personne à protéger.

Article 30

Demande de mise en sécurité des traces et des preuves sur et dans le corps de personnes en cas d'urgence

(1) Dans les cas où des traces et des preuves sur ou dans le corps d'une personne ne peuvent être mises en sécurité à temps en vertu d'une décision au sens de la directive 2014/41/UE et des lois de transposition respectives, les autorités compétentes de l'État contractant sur le territoire national duquel se trouve cette personne peuvent, à la demande des autorités compétentes de l'autre État contractant, exécuter ou faire exécuter cette mesure d'enquête.

(2) Si la demande visée au paragraphe 1 a lieu oralement, elle doit faire l'objet d'une confirmation écrite le plus rapidement possible. Les autorités compétentes de chaque État contractant informent sans délai leurs autorités judiciaires compétentes en exposant les motifs de l'urgence.

(3) Les mesures d'enquête visées au paragraphe 1 sont exécutées conformément au droit national de l'État contractant sur le territoire national duquel elles ont lieu. Si le droit national de cet État contractant prévoit que de telles mesures d'enquête requièrent le consentement de l'intéressé ou de tiers ou une décision des autorités judiciaires de cet État contractant, l'autorité compétente requise accomplit les actes nécessaires à cette fin conformément à son droit national, comme si l'infraction pénale qui est à la base de cette demande avait été commise sur le territoire national de cet État contractant.

(4) La transmission à l'État contractant requérant des résultats des mesures d'en-

den tussen de volgens het nationale recht verantwoordelijke autoriteiten overeengekomen.

(3) De te beschermen persoon die wordt overgenomen, moet door de verzoekende Verdragsluitende Staat in een getuigenbeschermingsprogramma opgenomen zijn; hij wordt niet in het getuigenbeschermingsprogramma van de aangezochte Verdragsluitende Staat opgenomen. De maatregelen ter bescherming van de te beschermen persoon worden bepaald door het nationale recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De verzoekende Verdragsluitende Staat stelt alle informatie ter beschikking die nodig is voor de uitvoering van deze maatregelen.

(4) De aangezochte Verdragsluitende Staat kan om ernstige redenen en na voorafgaande raadpleging van de verzoekende Verdragsluitende Staat de maatregelen zoals bedoeld in paragraaf 3 beëindigen. De verzoekende Verdragsluitende Staat is in dat geval verplicht de te beschermen persoon opnieuw over te nemen.

Artikel 30

Verzoek tot het veiligstellen van sporen en van bewijsmateriaal op of in het lichaam van personen in spoedeisende gevallen

(1) Wanneer sporen of bewijsmateriaal op of in het lichaam van een persoon niet tijdig veiliggesteld kunnen worden op grond van een bevel in de zin van de Richtlijn 2014/41/EU en de respectieve omzettingswetten, kunnen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied deze persoon zich bevindt, deze onderzoeksmaatregel uitvoeren of laten uitvoeren op verzoek van de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat.

(2) Indien het verzoek zoals bedoeld in paragraaf 1 mondeling is gedaan, dient het zo spoedig mogelijk en schriftelijk te worden bevestigd. De bevoegde autoriteiten van iedere Verdragsluitende Staat brengen hun bevoegde gerechtelijke autoriteiten onverwijld op de hoogte met vermelding van de redenen van de spoedeisendheid.

(3) Onderzoeksmaatregelen zoals bedoeld in paragraaf 1 worden genomen in overeenstemming met het nationale recht van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied ze uitgevoerd worden. Indien het nationale recht van deze Verdragsluitende Staat voorziet dat dergelijke onderzoeksmaatregelen de toestemming van de betrokkene of van derden of een bevel van de gerechtelijke autoriteiten van deze Verdragsluitende Staat vereisen, voert de aangezochte bevoegde autoriteit de daarvoor vereiste handelingen uit in overeenstemming met haar nationale recht, alsof het strafbare feit dat aan het verzoek ten grondslag ligt op het grondgebied van deze Verdragsluitende Staat was gepleegd.

(4) Voor de verzending van de resultaten van de onderzoeksmaatregelen zoals be-

den ersuchenden Vertragsstaat bedarf einer Europäischen Ermittlungsanordnung nach Richtlinie 2014/41/EU.

quête visées au paragraphe 1 requiert une décision d'enquête européenne conformément à la directive 2014/41/UE.

doeld in paragraaf 1 aan de verzoekende Verdragsluitende Staat is een Europees onderzoeksbevel in de zin van de Richtlijn 2014/41/EU vereist.

Artikel 31

Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten und die zuständigen Aus- und Fortbildungseinrichtungen können insbesondere

1. einander Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung stellen,
2. Angehörigen der zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats die Möglichkeit zur Teilnahme an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Praktika und Hospitationen anbieten,
3. gemeinsame Programme für die Aus- und Fortbildung erarbeiten,
4. gemeinsame Übungen und Seminare durchführen sowie Angehörige der zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats als Beobachter zu Übungen und speziellen Einsätzen einladen.

Article 31

Coopération en matière de formation de base et de formation continuée

Les autorités compétentes des États contractants et les institutions compétentes en matière de formation de base et de formation continuée peuvent notamment :

1. se mettre à disposition des programmes d'études pour la formation de base et la formation continuée ;
2. offrir aux membres du personnel des autorités compétentes de l'autre État contractant la possibilité de participer aux actions de formation de base et de formation continuée, aux stages et aux visites d'études ;
3. développer des programmes communs de formation de base et de formation continuée ;
4. organiser des exercices et séminaires communs ainsi qu'inviter des membres du personnel des autorités compétentes de l'autre État contractant en tant qu'observateurs à des exercices et à des interventions particulières.

Artikel 31

Samenwerking op het gebied van basisopleiding en voortgezette opleiding

De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten en de instituten bevoegd voor basisopleiding en voortgezette opleiding kunnen in het bijzonder:

1. elkaar leerplannen voor de basisopleiding en voortgezette opleiding ter beschikking stellen;
2. aan personeelsleden van de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat de mogelijkheid bieden tot deelname aan basisopleidings- en voortgezette opleidingsactiviteiten, stages en studiebezoeken;
3. gemeenschappelijke programma's voor de basisopleiding en voortgezette opleiding ontwikkelen;
4. gemeenschappelijke oefeningen en seminars organiseren en personeelsleden van de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat als waarnemers uitnodigen voor oefeningen en bijzondere optredens.

Artikel 32

Bereitstellung von Mitteln und Material

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander auf Ersuchen durch Bereitstellung von Mitteln und Material einschließlich Führungs- und Einsatzmitteln Hilfe leisten. Die Bereitstellung kann mit oder ohne Begleitung durch zuständige Beamtinnen und Beamte des bereitstellenden Vertragsstaats erfolgen. Der Vertragsstaat, der Mittel und Material zur Verfügung stellt, übernimmt die Einweisung in oder soweit erforderlich die Ausbildung für deren Benutzung. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die Bedingungen der Bereitstellung von Mitteln und Material und die Aufteilung der mit ihr zusammenhängenden Kosten nach Artikel 54 Absatz 2 vorab schriftlich vereinbaren.

(2) Alle Beschädigungen und Verluste von Mitteln und Material müssen unverzüglich der bereitstellenden zuständigen Behörde angezeigt werden. Die Kosten, die bei Beschädigung oder Verlust entstehen, sind von dem Vertragsstaat zu tragen, der um die Bereitstellung der Mittel oder des Materials ersucht hat.

Article 32

Mise à disposition de moyens et de matériel

(1) Sur demande, les autorités compétentes des États contractants peuvent se prêter mutuellement assistance par la mise à disposition de moyens ou de matériel, y compris de commandement et d'intervention. La mise à disposition de ces derniers peut avoir lieu avec ou sans l'accompagnement de fonctionnaires compétents de l'État contractant les mettant à disposition. L'État contractant qui met à disposition des moyens ou du matériel se charge de fournir les instructions et, si nécessaire, une formation en ce qui concerne l'utilisation de ceux-ci. Les autorités compétentes des États contractants peuvent convenir préalablement par écrit, conformément à l'article 54, paragraphe 2, des conditions régissant la mise à disposition de moyens ou de matériel et de la répartition des frais y afférents.

(2) Toute dégradation ou perte de moyens ou de matériel doit être notifiée sans délai à l'autorité compétente les ayant mis à disposition. Les frais résultant de la dégradation ou de la perte sont à la charge de l'État contractant ayant demandé la mise à disposition des moyens ou du matériel.

Artikel 32

Ter beschikking stellen van middelen en materiaal

(1) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen elkaar op verzoek bijstand verlenen door het ter beschikking stellen van middelen en materiaal, inclusief middelen voor bevelvoering en optredens. Het ter beschikking stellen kan gebeuren met of zonder begeleiding door bevoegde ambtenaren van de ter beschikking stellende Verdragsluitende Staat. De Verdragsluitende Staat die middelen of materiaal ter beschikking stelt, staat in voor de toelichting en, indien nodig, voor de opleiding ten behoeve van het gebruik ervan. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen in onderling overleg de voorwaarden voor het ter beschikking stellen van middelen of materiaal en de verdeling van de daarmee samenhangende kosten vooraf schriftelijk bepalen overeenkomstig artikel 54, paragraaf 2.

(2) Elke beschadiging of verlies van middelen of materiaal moet onverwijld aan de ter beschikking stellende bevoegde autoriteit worden gemeld. De kosten ontstaan bij beschadiging of verlies dienen te worden gedragen door de Verdragsluitende Staat die om het ter beschikking stellen van de middelen of het materiaal heeft verzocht.

Artikel 33

Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

Die zuständigen Behörden können im Einklang mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht auch in anderen Formen zusammenarbeiten. Sie können insbesondere

1. erforderliche Maßnahmen aufgrund eines Ersuchens des anderen Vertragsstaats treffen,
2. die beiderseits der Staatsgrenze zu treffenden Maßnahmen abstimmen,
3. untereinander im Zusammenhang stehende innerstaatliche Ermittlungen zu Straftaten koordinieren,
4. gemeinsame Programme der Kriminalprävention planen und durchführen,
5. analytische und konzeptionelle Unterlagen austauschen,
6. Informationen austauschen über Ausrüstung und Kommunikationsmittel und über Entscheidungen zu deren Anschaffung mit dem Ziel der verbesserten Kompatibilität.

Article 33

Formes générales de coopération

Les autorités compétentes peuvent, conformément à leur droit national respectif, également coopérer sous d'autres formes. Elles peuvent notamment

1. prendre les mesures nécessaires sur la base d'une demande de l'autre État contractant ;
2. concerter les mesures à prendre de part et d'autre de la frontière nationale ;
3. coordonner des enquêtes nationales connexes relatives à des infractions pénales ;
4. développer et mettre en œuvre des programmes communs de prévention de la délinquance ;
5. échanger des documents analytiques et conceptuels ;
6. échanger des informations sur l'équipement et sur les moyens de communication ainsi que sur les décisions relatives à leur acquisition en vue d'une meilleure compatibilité.

Artikel 33

Algemene vormen van samenwerking

De bevoegde autoriteiten kunnen overeenkomstig hun respectieve nationale recht ook onder andere vormen samenwerken. Ze kunnen in het bijzonder

1. maatregelen nemen die op grond van een verzoek van de andere Verdragsluitende Staat vereist zijn;
2. de aan weerszijden van de staatsgrens te nemen maatregelen afspreken;
3. onderling samenhangende nationale onderzoeken betreffende strafbare feiten coördineren;
4. gemeenschappelijke programma's ter voorkoming van criminaliteit opzetten en uitvoeren;
5. analytische en conceptuele documenten uitwisselen;
6. informatie uitwisselen over uitrusting en communicatiemiddelen en over beslissingen tot aanschaf ervan met het doel de compatibiliteit te verbeteren.

Teil V

Allgemeine Bestimmungen für grenzüberschreitende Maßnahmen

Partie V

Dispositions générales pour les mesures transfrontalières

Deel V

Algemene bepalingen voor grensoverschrijdende acties

Artikel 34

Rechtsstellung der zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

(1) Während eines grenzüberschreitenden Einsatzes sind die zuständigen Beamtinnen und Beamten, die auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätig werden, gehalten, die Weisungen und Anordnungen der zuständigen Behörden des Gebietsstaats sowie der für den Einsatz verantwortlichen Behörden des Gebietsstaats zu befolgen.

(2) Die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen zuständigen Beamtinnen und Beamten unterliegen in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher Hinsicht ausschließlich dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaats.

Article 34

Position juridique des fonctionnaires compétents sur le territoire national de l'autre État contractant

(1) Durant une intervention transfrontalière, les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité sont tenus de se conformer aux injonctions et aux instructions des autorités compétentes de l'État d'accueil ainsi que des autorités de l'État d'accueil responsables de l'intervention.

(2) Les fonctionnaires compétents agissant sur le territoire national de l'autre État contractant sont exclusivement soumis, en ce qui concerne leur situation statutaire et notamment disciplinaire, au droit national de leur État contractant.

Artikel 34

Rechtspositie van de bevoegde ambtenaren op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat

(1) Tijdens een grensoverschrijdend optreden zijn de bevoegde ambtenaren die op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optreden, verplicht de instructies en bevelen op te volgen van de bevoegde autoriteiten van de gaststaat en van de voor het optreden verantwoordelijke autoriteiten van de gaststaat.

(2) De op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optredende bevoegde ambtenaren zijn op arbeidsrechtelijk, in het bijzonder tuchtrechtelijk, vlak uitsluitend onderworpen aan het nationale recht van hun Verdragsluitende Staat.

Artikel 35

Befugnisse der zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

(1) Zuständige Beamtinnen und Beamte, die sich auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten oder dort tätig werden, haben nur die Hoheitsbefugnisse, die dieser Vertrag oder das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats ihnen einräumen, wobei sie keine Hoheitsbefugnisse ausüben, die ihnen

Article 35

Compétences et prérogatives des fonctionnaires compétents sur le territoire national de l'autre État contractant

(1) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant se trouvant ou agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité ne sont dotés que des prérogatives de puissance publique qui leur sont accordées par le présent Traité ou le droit national de l'État d'accueil, étant entendu qu'ils n'exercent aucune préroga-

Artikel 35

Bevoegdheden van de bevoegde ambtenaren op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat

(1) Bevoegde ambtenaren die zich op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden of daar optreden, beschikken uitsluitend over de bevoegdheden van openbaar gezag die dit Verdrag of het nationale recht van de gaststaat hen verleent, met dien verstande dat ze geen bevoegdheden van

das eigene innerstaatliche Recht nicht auch zugesteht. Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, ist das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats dafür maßgeblich, wie diese Hoheitsbefugnisse ausgeübt werden.

(2) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten im Rahmen eines grenzüberschreitenden Einsatzes, einer Aufgabenwahrnehmung oder Aus- und Fortbildung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

1. Dienstkleidung tragen, es sei denn, die zuständige Behörde des Gebietsstaats teilt mit, dass sie dies ausnahmsweise nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen gestattet,
2. Ausstattungsgegenstände sowie Polizei- und Zolltiere, die nicht unter Artikel 36 fallen, im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats mit sich führen, tragen und einsetzen.

(3) Die Vertragsstaaten informieren sich gegenseitig über die Arten von Ausrüstungsgegenständen, die auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet mitgeführt, getragen und eingesetzt werden dürfen, sowie über die dafür geltenden Voraussetzungen.

(4) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten im Rahmen eines grenzüberschreitenden Einsatzes oder in den Fällen nach Artikel 45 ohne Reisedokument in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort für die hierfür erforderliche Zeit aufhalten.

tive de puissance publique qui ne leur soit accordée par leur propre droit national. Sauf disposition contraire expresse dans le présent Traité, le droit national de l'État d'accueil détermine la manière dont ces prérogatives de puissance publique sont exercées.

(2) Sauf disposition contraire expresse dans le présent Traité, dans le cadre d'une intervention transfrontalière, d'une mission de service ou d'une formation, de base ou continuée, les fonctionnaires compétents peuvent, sur le territoire national de l'autre État contractant,

1. porter leur tenue de service, à moins que l'autorité compétente de l'État d'accueil les informe qu'à titre exceptionnel, ceci n'est pas autorisé, ou seulement dans des conditions définies ;
2. transporter, porter et utiliser, conformément au droit national de l'État d'accueil, des équipements ou des animaux policiers ou douaniers non visés à l'article 36.

(3) Les États contractants s'informent mutuellement des types d'équipements pouvant être transportés, portés et utilisés sur leur territoire national respectif et des conditions applicables à cet égard.

(4) Sauf disposition contraire expresse dans le présent Traité, les fonctionnaires compétents peuvent, dans le cadre d'une intervention transfrontalière ou dans les cas visés à l'article 45, entrer sur le territoire national de l'autre État contractant sans document de voyage et y séjourner le temps nécessaire à cette fin.

openbaar gezag uitoefenen die het eigen nationale recht hen niet toekent. Tenzij in dit Verdrag uitdrukkelijk anders is bepaald, is het nationale recht van de gaststaat bepalend voor de manier waarop deze bevoegdheden van openbaar gezag worden uitgeoefend.

(2) Tenzij in dit Verdrag uitdrukkelijk anders is bepaald, mogen de bevoegde ambtenaren in het kader van een grensoverschrijdend optreden, de dienstopdrachten of een basisopleiding of voortgezette opleiding, op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat

1. dienstkleding dragen, tenzij de bevoegde autoriteit van de gaststaat meedeelt dat dit bij wijze van uitzondering niet of slechts onder bepaalde voorwaarden is toegestaan;
2. zowel uitrusting als politie- of douanedieren die niet onder artikel 36 vallen, overeenkomstig het nationale recht van de gaststaat met zich meevoeren, dragen en gebruiken.

(3) De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de soorten uitrusting die op hun respectieve grondgebied meegevoerd, gedragen en gebruikt mogen worden en over de daarvoor geldende voorwaarden.

(4) Tenzij in dit Verdrag uitdrukkelijk anders is bepaald, mogen de bevoegde ambtenaren in het kader van een grensoverschrijdend optreden of in de gevallen zoals bedoeld in artikel 45 zonder reisdocument het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat betreden en zich daar voor de tijd die nodig is ophouden.

Artikel 36

Mitführen und Tragen von Waffen und Munition

(1) Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Einsatzes, einer Aufgabenwahrnehmung oder Aus- und Fortbildung, die dies erfordern, und in den Fällen nach Artikel 45 dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die zu ihrer Ausstattung gehörenden Waffen und Munition mitführen und tragen, wenn diese Art der Waffen und Munition auch von den zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats mitgeführt und getragen werden dürfen.

(2) Abweichend von Absatz 1 dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten auch andere Waffen und Munition mitführen und tragen, wenn sie diese aufgrund der Umstände des Einzelfalls auf dem Hoheitsgebiet des Entsendestaats nicht sicher ablegen oder lagern können.

(3) Es können auch andere als die in Artikel 1 genannten Arten von Waffen und Munition mitgeführt und getragen werden, sofern die in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 benannte

Article 36

Transport et port d'armes et de munitions

(1) Dans le cadre d'une intervention transfrontalière, d'une mission de service ou formation de base ou continuée qui le requiert et dans les cas visés à l'article 45, les fonctionnaires compétents peuvent transporter et porter, sur le territoire national de l'autre État contractant, des armes et des munitions faisant partie de leur équipement si ces types d'armes et de munitions peuvent être transportés et portés par les fonctionnaires compétents de l'État d'accueil.

(2) Par dérogation au paragraphe 1, les fonctionnaires compétents peuvent transporter et porter d'autres armes et munitions lorsque les circonstances ne leur permettent pas de les déposer ou de les ranger en toute sécurité sur le territoire national de l'État d'envoi.

(3) D'autres types d'armes et de munitions que ceux visés au paragraphe 1 peuvent également être transportés et portés si l'autorité compétente de l'État d'accueil désignée dans un accord de mise en œuvre

Artikel 36

Meevoeren en dragen van wapens en munitie

(1) In het kader van een grensoverschrijdend optreden, van de dienstopdrachten die dit vereisen of van een basisopleiding of voortgezette opleiding die dit vereist en in de gevallen zoals bedoeld in artikel 45, mogen de bevoegde ambtenaren op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat de tot hun uitrusting behorende wapens en munitie meevoeren en dragen, indien deze soorten wapens en munitie ook door de bevoegde ambtenaren van de gaststaat mogen worden meegevoerd en gedragen.

(2) In afwijking van paragraaf 1 mogen de bevoegde ambtenaren ook andere wapens en munitie meevoeren en dragen, indien ze deze door de omstandigheden niet op een veilige wijze kunnen afleggen of opbergen op het grondgebied van de zendstaat.

(3) Andere dan de in paragraaf 1 genoemde soorten wapens en munitie kunnen ook worden meegevoerd en gedragen, indien de in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1,

zuständige Behörde des Gebietsstaats dem vorab zustimmt.

(4) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf die zuständigen Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten. In diesem Fall dürfen sie die zur Ausstattung gehörenden Arten von Waffen und Munition mitführen und tragen, wenn diese auch von den zuständigen Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten des Gebietsstaats mitgeführt und getragen werden dürfen. Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Artikel 37

Einsatz von Zwang und Gewalt

(1) Unbeschadet der Artikel 34 und Artikel 35 Absatz 1 und sofern es für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe erforderlich ist, dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten bei der Ausübung der ihnen auf der Grundlage dieses Vertrags zugewiesenen Befugnisse auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in verhältnismäßigem Rahmen Zwang oder Gewalt anwenden.

(2) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten dürfen auch Zwang oder Gewalt anwenden, wenn sie sich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in einer Lage der Notwehr oder Nothilfe befinden.

(3) Das Schießen mit einer Schusswaffe ist den zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats nur im Fall der Notwehr oder Nothilfe gestattet.

(4) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten dürfen bei der Ausübung von Zwang oder Gewalt nach Absatz 1 bis 3 die nach Artikel 36 Absatz 1 gestatteten Waffen und Munition nutzen.

(5) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten handeln in den Fällen nach Absatz 1 bis 4 im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats.

(6) Jede Ausübung von Zwang oder Gewalt nach diesem Artikel muss unverzüglich der zuständigen Behörde des Gebietsstaats gemeldet werden.

(7) Die Vertragsstaaten informieren sich gegenseitig über die Arten von Waffen und Munition, die auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet mitgeführt, getragen und eingesetzt werden dürfen, sowie über die dafür geltenden Voraussetzungen.

(8) Die vorstehenden Absätze finden entsprechende Anwendung auf die zuständigen Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten. Abweichend von Absatz 3 dürfen sie unter Leitung des Einsatzleiters oder der verantwortlichen Behörden des Gebietsstaats unter den gleichen rechtlichen Voraussetzungen mit einer Schusswaffe schießen wie die Mitglieder von Spezialeinheiten des Gebietsstaats.

tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1, y a préalablement consenti.

(4) Le paragraphe 1 s'applique par analogie aux fonctionnaires compétents des unités spéciales. Dans ce cas, ils peuvent transporter et porter les armes et les munitions faisant partie de leur équipement si ces types d'armes et de munitions peuvent être transportés et portés par les fonctionnaires compétents des unités spéciales de l'État d'accueil. Les paragraphes 2 et 3 s'appliquent par analogie.

Article 37

Recours à la contrainte et à la force

(1) Sans préjudice de l'article 34 et de l'article 35, paragraphe 1, et dans la mesure où cela est nécessaire pour l'exécution de leur mission, les fonctionnaires compétents peuvent recourir de manière proportionnée à la contrainte ou à la force sur le territoire national de l'autre État contractant dans l'exercice des compétences qui leur sont attribuées en vertu du présent Traité.

(2) Les fonctionnaires compétents peuvent également recourir à la contrainte ou à la force s'ils se trouvent, sur le territoire de l'autre État contractant, dans une situation de légitime défense d'eux-mêmes ou d'autrui.

(3) Le tir avec une arme à feu par les fonctionnaires compétents de l'autre État contractant n'est autorisé qu'en cas de légitime défense d'eux-mêmes ou d'autrui.

(4) Les fonctionnaires compétents peuvent, lors du recours à la contrainte ou à la force visé aux paragraphes 1 à 3, faire usage des armes et munitions autorisées en vertu de l'article 36, paragraphe 1.

(5) Les fonctionnaires compétents agissent dans les cas visés aux paragraphes 1 à 4 conformément au droit national de l'État d'accueil.

(6) Tout recours à la contrainte ou à la force en vertu du présent article doit être signalé sans délai à l'autorité compétente de l'État d'accueil.

(7) Les États contractants s'informent mutuellement des types d'armes et de munitions pouvant être transportés, portés et utilisés sur leur territoire national respectif et des conditions applicables à cet égard.

(8) Les paragraphes précédents s'appliquent par analogie aux fonctionnaires compétents des unités spéciales. Par dérogation au paragraphe 3, ils peuvent, sous la direction du fonctionnaire dirigeant l'intervention ou des autorités responsables de l'État d'accueil, tirer avec une arme à feu dans les mêmes conditions légales que les membres des unités spéciales de l'État d'accueil.

aangeduide bevoegde autoriteit van de gaststaat hiervoor vooraf toestemming verleent.

(4) Paragraaf 1 is van overeenkomstige toepassing op de bevoegde ambtenaren van de speciale eenheden. In dat geval mogen zij de tot hun uitrusting behorende soorten wapens en munitie meevoeren en dragen, indien deze door de bevoegde ambtenaren van de speciale eenheden van de gaststaat mogen worden meegevoerd en gedragen. Paragraaf 2 en 3 zijn van overeenkomstige toepassing.

Artikel 37

Gebruik van dwang en geweld

(1) Onverminderd het bepaalde in artikel 34 en artikel 35, paragraaf 1, en voor zover het voor de uitvoering van hun taak noodzakelijk is, mogen de bevoegde ambtenaren bij de uitoefening van de hen op grond van dit Verdrag toegekende bevoegdheden op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat op proportionele wijze dwang of geweld gebruiken.

(2) De bevoegde ambtenaren mogen ook dwang of geweld gebruiken indien ze zich op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat in een situatie van wettige verdediging van zichzelf of van een ander bevinden.

(3) Het schieten met een vuurwapen is voor de bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat slechts toegestaan in geval van wettige verdediging van zichzelf of van een ander.

(4) De bevoegde ambtenaren mogen bij de uitoefening van dwang of geweld zoals bedoeld in paragraaf 1 tot 3 gebruik maken van de toegestane wapens en munitie zoals bedoeld in artikel 36, paragraaf 1.

(5) De bevoegde ambtenaren handelen in de gevallen zoals bedoeld in paragraaf 1 tot 4 overeenkomstig het nationale recht van de gaststaat.

(6) Iedere uitoefening van dwang of geweld zoals bedoeld in dit artikel moet onverwijld aan de bevoegde autoriteit van de gaststaat worden gemeld.

(7) De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de soorten wapens en munitie die op hun respectieve grondgebied mogen worden meegevoerd, gedragen en gebruikt en over de daarvoor geldende voorwaarden.

(8) De voorgaande paragrafen zijn van overeenkomstige toepassing op de bevoegde ambtenaren van de speciale eenheden. In afwijking van paragraaf 3 mogen zij onder leiding van de ambtenaar die het optreden leidt of van de verantwoordelijke autoriteiten van de gaststaat onder dezelfde wettelijke voorwaarden met een vuurwapen schieten als de leden van de speciale eenheden van de gaststaat.

Artikel 38

Identifizierung

(1) Zuständige Beamtinnen und Beamte, die sich auf Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten oder dort tätig werden, müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion mittels eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises nachzuweisen, es sei denn sie würden dadurch gefährdet oder der Zweck ihrer Handlung würde beeinträchtigt.

(2) Ist die Identität der zuständigen Beamtinnen und Beamten in dem Entsendestaat im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben geschützt, so ergreift der Gebietsstaat unbeschadet des dort für die Strafverfolgung anwendbaren Rechts alle erforderlichen Maßnahmen, damit diese nicht durch seinen Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats oder den grenzüberschreitenden Einsatz preisgegeben wird.

Article 38

Identification

(1) Les fonctionnaires compétents se trouvant ou agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité doivent être en mesure de justifier à tout moment de leur qualité officielle au moyen d'une carte de service munie d'une photo, à moins que cela ne les mette en danger ou ne compromette l'objectif de leur action.

(2) Si, dans l'État d'envoi, l'identité du fonctionnaire compétent est protégée dans le cadre de l'exécution de ses missions, l'État d'accueil prend toutes les dispositions nécessaires pour que celle-ci ne soit pas divulguée en conséquence de sa présence sur le territoire national de l'État d'accueil ou de l'intervention transfrontalière, sans préjudice du droit national de l'État d'accueil applicable en matière de poursuites pénales.

Artikel 38

Identificatie

(1) De bevoegde ambtenaren die zich op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden of daar optreden, moeten in staat zijn te allen tijde hun officiële functie aan te tonen door middel van een dienstkaart voorzien van een foto, tenzij ze daardoor in gevaar zouden komen of het doel van hun handeling in het gedrang zou komen.

(2) Indien de identiteit van de bevoegde ambtenaar in de zendstaat in het kader van de uitvoering van zijn taken is afgeschermd, neemt de gaststaat, onverminderd het daar voor de strafvervolging van toepassing zijnde recht, alle maatregelen die vereist zijn opdat ze niet wordt onthuld door zijn aanwezigheid op het grondgebied van de gaststaat of het grensoverschrijdende optreden.

Artikel 39

Äußere Erkennbarkeit

(1) Zuständige Beamtinnen und Beamte eines Vertragsstaats, die auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätig werden, sind durch Tragen der Dienstkleidung oder anderer Kennzeichen äußerlich als solche erkennbar.

(2) Bei einem grenzüberschreitenden Einsatz ist das von einer zuständigen Beamtin oder einem zuständigen Beamten des anderen Vertragsstaats verwendete Fahrzeug durch am Fahrzeug angebrachte Merkmale als Dienstfahrzeug einer zuständigen Dienststelle äußerlich erkennbar.

(3) Die vorstehenden Absätze sind nicht anwendbar, wenn die Art des grenzüberschreitenden Einsatzes dies erfordert.

(4) Im Einvernehmen zwischen den zuständigen Dienststellen der Vertragsstaaten kann für die Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen im Rahmen der Anwendung von Artikel 24 von Absatz 1 und 2 abgewichen werden.

Article 39

Visibilité extérieure

(1) Les fonctionnaires compétents d'un État contractant agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité sont identifiables extérieurement par le port d'une tenue de service ou d'autres signes distinctifs.

(2) Lors d'une intervention transfrontalière, le véhicule utilisé par un fonctionnaire compétent de l'autre État contractant est identifiable extérieurement en tant que véhicule de service d'un service compétent au moyen des dispositifs placés sur ce véhicule.

(3) Les paragraphes précédents ne sont pas applicables si la nature de l'intervention transfrontalière l'impose.

(4) D'un commun accord entre les services compétents des États contractants, il peut être dérogé aux paragraphes 1 et 2 pour le transport et l'accompagnement de personnes et de biens dans le cadre de l'application de l'article 24.

Artikel 39

Uiterlijke herkenbaarheid

(1) De bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optreden, zijn door het dragen van dienstkleding of andere kentekens als zodanig uiterlijk herkenbaar.

(2) Bij een grensoverschrijdend optreden is het door een bevoegde ambtenaar van de andere Verdragsluitende Staat gebruikte voertuig door middel van aan het voertuig aangebrachte voorzieningen uiterlijk herkenbaar als dienstvoertuig van een bevoegde dienst.

(3) De voorgaande paragrafen zijn niet van toepassing indien de aard van het grensoverschrijdende optreden dit vereist.

(4) Voor het vervoer en de begeleiding van personen en goederen in het kader van de toepassing van artikel 24 kan in onderlinge overeenstemming tussen de bevoegde diensten van de Verdragsluitende Staten worden afgeweken van paragraaf 1 en 2.

Artikel 40

Bericht

Auf Ersuchen der zuständigen oder verantwortlichen Behörden eines Vertragsstaats erstatten die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats Bericht über den grenzüberschreitenden Einsatz.

Article 40

Rapport

À la demande des autorités compétentes ou responsables d'un État contractant, les autorités compétentes de l'autre État contractant font rapport sur l'intervention transfrontalière.

Artikel 40

Verslag

Op verzoek van de bevoegde of verantwoordelijke autoriteiten van een Verdragsluitende Staat brengen de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat verslag uit over het grensoverschrijdende optreden.

Artikel 41

Beistandspflicht

Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, den zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats, die sich nach diesem Vertrag auf seinem Hoheitsgebiet aufhalten oder dort tätig werden, den gleichen Schutz und Beistand zu leisten wie den eigenen zuständigen Beamtinnen und Beamten.

Article 41

Devoir d'assistance

Chacun des États contractants est tenu, envers les fonctionnaires compétents de l'autre État contractant se trouvant ou agissant sur son territoire national en vertu du présent Traité, à la même protection et à la même assistance qu'envers ses propres fonctionnaires compétents.

Artikel 41

Hulpverleningsplicht

Iedere Verdragsluitende Staat is jegens de bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat die zich op grond van dit Verdrag op zijn grondgebied bevinden of daar optreden, tot dezelfde bescherming en hulpverlening verplicht als jegens de eigen bevoegde ambtenaren.

Artikel 42

Zivilrechtliche Haftung

(1) Wird durch eine zuständige Beamtin oder einen zuständigen Beamten eines Vertragsstaats bei der Wahrnehmung von Aufgaben auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einer dritten Person Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden der Gebietsstaat nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eine eigene sachlich und örtlich zuständige Beamtin oder einen eigenen sachlich und örtlich zuständigen Beamten verursachten Schadens Anwendung finden würde.

(2) Halten sich die zuständigen Beamtinnen und Beamten nach Artikel 13 Absatz 2, Artikel 23 Absatz 3, Artikel 28 oder Artikel 32 auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats auf oder werden dort tätig, so wird der Schaden allein dem Gebietsstaat zugerechnet. Der Gebietsstaat hat in diesem Fall keinen Ersatzanspruch gegen den Entsendestaat.

(3) In allen anderen Fällen nach Absatz 1 sind die Schäden dem Entsendestaat zuzurechnen. Er erstattet dem Gebietsstaat die Beträge, die dieser nach Absatz 1 ersetzt hat.

(4) Ist der in Absatz 2 genannte Schaden auf grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten zurückzuführen, so kann der Gebietsstaat von dem Entsendestaat die Erstattung der gezahlten Beträge verlangen.

(5) Die Vertragsstaaten verzichten unbeschadet des Artikels 32 Absatz 2 sowie der Ausübung ihrer Rechte gegenüber Dritten und der Bestimmungen nach Absatz 3 und 4 darauf, einander den Ersatz des ihnen entstandenen Schadens geltend zu machen.

Article 42

Responsabilité civile

(1) En cas de dommage causé à un tiers par un fonctionnaire compétent d'un État contractant dans le cadre de l'exécution d'une mission en vertu du présent Traité sur le territoire national de l'autre État contractant, l'État d'accueil répond de celui-ci dans les conditions qui seraient applicables si le dommage avait été causé par l'un de ses propres fonctionnaires, compétent à raison du lieu et de la matière.

(2) Lorsque les fonctionnaires compétents se trouvent ou agissent sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu de l'article 13, paragraphe 2, de l'article 23, paragraphe 3, de l'article 28 ou de l'article 32, les dommages sont uniquement imputables à l'État d'accueil. Dans ce cas, l'État d'accueil ne peut réclamer de remboursement à l'État d'envoi.

(3) Dans tous les autres cas visés au paragraphe 1, les dommages sont imputables à l'État d'envoi. Il rembourse intégralement à l'État d'accueil les montants que ce dernier a versés en vertu du paragraphe 1.

(4) Lorsque les dommages visés au paragraphe 2 résultent d'une négligence grave ou d'une faute intentionnelle, l'État d'accueil peut réclamer à l'État d'envoi le remboursement des montants versés.

(5) Les États contractants, sans préjudice de l'article 32, paragraphe 2, et sans préjudice de l'exercice de leurs droits à l'égard de tiers et des paragraphes 3 et 4, renoncent à se réclamer la réparation des dommages qu'ils ont subis.

Artikel 42

Civielrechtelijke aansprakelijkheid

(1) Indien een bevoegde ambtenaar van een Verdragsluitende Staat bij de uitvoering van taken op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat schade veroorzaakt aan een derde, is de gaststaat aansprakelijk voor de schade overeenkomstig de bepalingen die van toepassing zouden zijn in geval van schade veroorzaakt door een eigen, materieel en territoriaal bevoegde ambtenaar.

(2) Indien de bevoegde ambtenaren zich op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden of daar optreden zoals bedoeld in artikel 13, paragraaf 2, artikel 23, paragraaf 3, artikel 28 of artikel 32, wordt de schade uitsluitend aan de gaststaat toegeschreven. De gaststaat kan in dat geval jegens de zendstaat geen aanspraak maken op een vergoeding.

(3) In alle andere gevallen zoals bedoeld in paragraaf 1 is de schade toe te schrijven aan de zendstaat. Hij betaalt aan de gaststaat de bedragen terug die deze overeenkomstig paragraaf 1 heeft uitgekeerd.

(4) Indien de in paragraaf 2 bedoelde schade het gevolg is van grove nalatigheid of opzettelijk wangedrag, kan de gaststaat jegens de zendstaat aanspraak maken op de terugbetaling van de uitgekeerde bedragen.

(5) Onverminderd het bepaalde in artikel 32, paragraaf 2, en onder voorbehoud van de uitoefening van hun rechten tegenover derden en van paragraaf 3 en 4, zien de Verdragsluitende Staten ervan af de vergoeding van de voor hen ontstane schade van elkaar te vorderen.

Artikel 43

Strafrechtliche Haftung

Die zuständigen Beamtinnen und Beamten, die sich auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten oder dort tätig werden, werden in Bezug auf die Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den zuständigen Beamtinnen und Beamten dieses Vertragsstaats gleichgestellt.

Article 43

Responsabilité pénale

Les fonctionnaires compétents se trouvant ou agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité sont assimilés aux fonctionnaires compétents de cet État contractant eu égard aux infractions pénales qu'ils commettent ou dont ils sont victimes.

Artikel 43

Strafrechtelijke aansprakelijkheid

De bevoegde ambtenaren die zich op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden of daar optreden, worden met de bevoegde ambtenaren van deze Verdragsluitende Staat gelijkgesteld voor wat betreft de strafbare feiten die door of tegen hen worden gepleegd.

Artikel 44

Einsatz von Fortbewegungsmitteln

(1) Die zuständigen Beamtinnen und Beamten, die sich auf der Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten oder dort tätig werden, dürfen Fahrzeuge zur Fortbewegung auf dem Land-, Luft- und Wasserweg nutzen. Hierbei sind die für die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats geltenden Verkehrsbestimmungen, insbesondere Sonder- und Wegerechte, anwendbar.

Article 44

Utilisation de moyens de transport

(1) Les fonctionnaires compétents se trouvant ou agissant sur le territoire national de l'autre État contractant en vertu du présent Traité peuvent utiliser des moyens de transport pour se déplacer par voie terrestre, aérienne ainsi que fluviale ou maritime. À cet égard, les règles de circulation routière applicables aux fonctionnaires compétents de l'État d'accueil, notamment les règles spécifiques en matière de conduite prioritaire, sont d'application.

Artikel 44

Inzet van vervoermiddelen

(1) De bevoegde ambtenaren die zich op grond van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bevinden of daar optreden, mogen gebruik maken van vervoermiddelen om zich te bewegen over land, in het luchtruim en over de zee- en waterwegen. Hierbij zijn de voor de bevoegde ambtenaren van de gaststaat geldende verkeersvoorschriften van toepassing, in het bijzonder de rechten voor prioritaire voertuigen.

(2) Die Modalitäten für die Nutzung der Fortbewegungsmittel werden erforderlichenfalls in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 oder Absatz 2 geregelt.

(2) Les modalités d'utilisation des moyens de transport sont, si nécessaire, réglées dans un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1 ou 2.

(2) De modaliteiten voor het gebruik van de vervoermiddelen worden zo nodig in een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1 of 2, geregeld.

Artikel 45

Durchfahrtsrechte

(1) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder im Rahmen einer Aus- oder Fortbildung dürfen die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats mit ihren Transportmitteln und ihrer Ausrüstung, einschließlich ihrer nach diesem Vertrag gestatteten Waffen und Munition, über das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fahren, um das eigene Hoheitsgebiet oder das Hoheitsgebiet eines dritten Staates auf dem schnellstmöglichen Weg zu erreichen.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats kann der andere Vertragsstaat ihnen gestatten, über sein Hoheitsgebiet zu fahren, um auf dem schnellsten Weg in ihr eigenes Hoheitsgebiet zurückzukehren und dabei eine Person zu befördern, die von einer freiheitsentziehenden Maßnahme betroffen ist, oder einen sichergestellten Gegenstand zu transportieren, sofern die Straßenverkehrsführung dies erfordert und das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats dem nicht entgegensteht.

(3) In Fällen nach Absatz 2 darf die Grenze erst überschritten werden, nachdem der andere Vertragsstaat die Genehmigung erteilt hat.

Article 45

Droit de passage

(1) Dans le cadre de l'exécution de leurs missions ou d'une formation de base ou continuée, les fonctionnaires compétents d'un État contractant peuvent se déplacer sur le territoire national de l'autre État contractant avec leurs moyens de transport et leur équipement, y compris les armes et les munitions autorisées en vertu du présent Traité, afin de rejoindre leur propre territoire national ou le territoire national d'un État tiers par la voie la plus rapide.

(2) À la demande des fonctionnaires compétents d'un État contractant, l'autre État contractant peut autoriser ces derniers à passer par son territoire national pour retourner sur leur propre territoire national par la voie la plus rapide en transportant une personne faisant l'objet d'une mesure privative de liberté ou un objet saisi si l'aménagement de l'infrastructure routière l'impose et si le droit national de l'État d'accueil ne s'y oppose pas.

(3) Dans les cas visés au paragraphe 2, la frontière ne peut être franchie qu'avec l'autorisation de l'autre État contractant.

Artikel 45

Recht van overpad

(1) Bij de uitvoering van hun dienstopdrachten of in het kader van een basisopleiding of voortgezette opleiding mogen de bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat zich met hun vervoermiddelen en hun uitrusting, inclusief hun volgens dit Verdrag toegestane wapens en munitie, over het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat bewegen, om het eigen grondgebied of het grondgebied van een derde staat langs de snelst mogelijke weg te bereiken.

(2) Op verzoek van de bevoegde ambtenaren van een Verdragsluitende Staat kan de andere Verdragsluitende Staat hen toestemming geven zich over zijn grondgebied te bewegen om langs de snelste weg naar hun eigen grondgebied terug te keren en daarbij een in beslag genomen voorwerp of een persoon die onderworpen is aan een vrijheidsbenemende maatregel te vervoeren, indien de weginfrastructuur dit vereist en zulks niet in strijd is met het nationale recht van de gaststaat.

(3) In de gevallen zoals bedoeld in paragraaf 2 mag de grens pas worden overschreden nadat de andere Verdragsluitende Staat de toestemming heeft gegeven.

Teil VI
Schlussbestimmungen

Partie VI
Dispositions finales

Deel VI
Slotbepalingen

Artikel 46

Sprachen

Unbeschadet des Artikels 8 Absatz 3 wird bei der Durchführung dieses Vertrags eine der Amtssprachen der Vertragsstaaten oder die englische Sprache verwendet.

Article 46

Langues

Sans préjudice de l'article 8, paragraphe 3, une des langues officielles des États contractants ou la langue anglaise est utilisée pour la mise en œuvre du présent Traité.

Artikel 46

Talen

Onverminderd het bepaalde in artikel 8, paragraaf 3, wordt bij de toepassing van dit Verdrag een van de officiële talen van de Verdragsluitende Staten of het Engels gebruikt.

Artikel 47

Kosten

Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Durchführung dieses Vertrags entstehenden Kosten selbst, soweit dieser Vertrag oder eine Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 oder Absatz 2 nichts anderes bestimmt oder zwischen den Behörden nichts anderes vereinbart wird.

Article 47

Frais

Chaque État contractant assume lui-même les frais découlant pour ses autorités de la mise en œuvre du présent Traité à moins que le présent Traité ou un accord de mise en œuvre tel que prévu à l'article 54, paragraphe 1 ou 2, n'en dispose autrement ou que les autorités des États contractants n'en conviennent autrement.

Artikel 47

Kosten

Elke Verdragsluitende Staat draagt zelf de kosten die voor zijn autoriteiten zijn ontstaan door de toepassing van dit Verdrag, tenzij dit Verdrag of een uitvoeringsovereenkomst zoals bedoeld in artikel 54, paragraaf 1 of 2, anders bepaalt of tussen de autoriteiten anders is overeengekomen.

Artikel 48

Einschränkung der Zusammenarbeit

(1) Ist einer der Vertragsstaaten der Ansicht, dass die Bewilligung eines Ersuchens um Zusammenarbeit oder die Genehmigung oder Ausführung einer Maßnahme auf der Grundlage dieses Vertrags seine

Article 48

Restrictions à la coopération

(1) Si un des États contractants considère que donner suite à une demande de coopération ou autoriser ou exécuter une mesure en vertu du présent Traité est susceptible d'affecter sa souveraineté, de

Artikel 48

Beperking van de samenwerking

(1) Indien een van de Verdragsluitende Staten van mening is dat het inwilligen van een verzoek om samenwerking of het toestaan of uitvoeren van een maatregel op grond van dit Verdrag zijn soevereiniteit kan

Souveränität beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentliche Interessen gefährden oder sein innerstaatliches Recht verletzen kann, so kann er die Bewilligung des Ersuchens um Zusammenarbeit oder die Genehmigung oder Ausführung der Maßnahme ganz oder teilweise ablehnen oder von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig machen.

(2) Die Erfüllung eines Ersuchens nach Artikel 4 Absatz 1 betreffend eine Ordnungswidrigkeit kann auch dann abgelehnt werden, wenn der mit dessen Erledigung zusammenhängende Aufwand in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Schwere der Ordnungswidrigkeit steht.

(3) Der andere Vertragsstaat wird unverzüglich über die Entscheidung und die Beweggründe unterrichtet.

(4) Ein grenzüberschreitender Einsatz ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, dies verlangt.

mettre en péril sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou de violer son droit national, il peut refuser en tout ou en partie de donner suite à la demande ou d'autoriser ou d'exécuter la mesure concernée, ou peut assortir sa décision de certaines conditions.

(2) Il peut également être refusé de donner suite à une demande relative à une infraction administrative telle que visée à l'article 4, paragraphe 1, lorsque les efforts à déployer sont manifestement disproportionnés par rapport à la gravité de ladite infraction.

(3) L'autre État contractant est informé sans délai de la décision et des motifs de celle-ci.

(4) Il doit être mis fin à toute intervention transfrontalière dès que l'État contractant sur le territoire national duquel l'intervention a lieu le demande.

aantasten, zijn veiligheid of andere wezenlijke belangen in het gedrang kan brengen of zijn nationale recht kan schenden, kan hij het inwilligen van het verzoek om samenwerking of het toestaan of uitvoeren van de maatregel geheel of gedeeltelijk weigeren of aan bepaalde voorwaarden verbinden.

(2) Het voldoen aan een verzoek zoals bedoeld in artikel 4, paragraaf 1, betreffende een administratieve overtreding kan tevens worden geweigerd indien de inspanningen die moeten worden geleverd om aan het verzoek te voldoen duidelijk disproportioneel zijn ten opzichte van de ernst van de administratieve overtreding.

(3) De andere Verdragsluitende Staat wordt onverwijld over de beslissing en de beweegredenen geïnformeerd.

(4) Een grensoverschrijdend optreden dient te worden afgebroken zodra de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied het optreden plaatsvindt zulks te verstaan geeft.

Artikel 49

Vertraulichkeit und Verschlusssachen

Die empfangende zuständige Behörde eines Vertragsstaats sowie alle Behörden, an die auf der Grundlage dieses Vertrags Informationen übermittelt werden, und gegebenenfalls die Auftragsverarbeiter und die für die Verarbeitung Verantwortlichen müssen den Vertraulichkeitsgrad, den die übermittelnde zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats den Informationen zuerkannt hat, gewährleisten, wie es in ihrem innerstaatlichen Recht gemäß der in Anlage B des Beschlusses 2013/488/EU des Rates vom 23. September 2013 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen enthaltenen Entsprechungstabelle der Geheimhaltungsgrade vorgesehen ist.

Article 49

Confidentialité et classification des informations

L'autorité compétente destinataire d'un État contractant ainsi que toute autorité à laquelle les informations sont transmises en vertu du présent Traité et, s'il y a lieu, les sous-traitants et les responsables du traitement, doivent garantir le degré de confidentialité des informations que l'autorité compétente émettrice de l'autre État contractant a attribué à celles-ci, ainsi que prévu dans leur droit national conformément au tableau d'équivalence des classifications de sécurité figurant à l'appendice B de la décision 2013/488/UE du Conseil du 23 septembre 2013 concernant les règles de sécurité aux fins de la protection des informations classifiées de l'Union européenne.

Artikel 49

Vertrouwelijkheid en rubricering van de informatie

De ontvangende bevoegde autoriteit van een Verdragsluitende Staat en alle autoriteiten aan wie informatie wordt verstrekt op grond van dit Verdrag, en desgevallend de verwerkers en verwerkingsverantwoordelijken moeten de graad van vertrouwelijkheid waarborgen die de verstrekkende bevoegde autoriteit van de andere Verdragsluitende Staat aan de informatie heeft toegekend, zoals het is voorzien in hun nationale recht volgens de concordantietabel van de rubriceringen vervat in aanhangsel B van het Besluit 2013/488/EU van de Raad van 23 september 2013 betreffende de beveiligingsvoorschriften voor de bescherming van gerubriceerde EU-informatie.

Artikel 50

Schutz personenbezogener Daten

(1) Für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen dieses Vertrags gelten die einschlägigen europäischen Rechtsinstrumente zum Datenschutz, insbesondere die Richtlinie (EU) 2016/680 oder, sofern anwendbar, die Verordnung (EU) 2016/679 sowie die entsprechenden Umsetzungsgesetze und anderen Bestimmungen zur Umsetzung dieser Instrumente in das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten.

(2) Ein Vertragsstaat kann zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats auf Grundlage von Artikel 11 Absatz 2 nur unter Leitung eines seiner zuständigen Beamtinnen und Beamten Zugriff auf seine nationalen Datenbanken gewähren.

Article 50

Protection des données à caractère personnel

(1) Les instruments pertinents du droit européen en matière de protection des données, notamment la directive (UE) 2016/680 ou, le cas échéant, le règlement (UE) 2016/679, ainsi que les lois de transposition respectives et les autres dispositions assurant la mise en œuvre de ces instruments dans le droit national des États contractants sont applicables au traitement des données à caractère personnel dans le cadre du présent Traité.

(2) Un État contractant ne peut autoriser des fonctionnaires compétents de l'autre État contractant à avoir accès à ses bases de données nationales en vertu de l'article 11, paragraphe 2, que sous la direction d'un de ses fonctionnaires compétents.

Artikel 50

Bescherming van persoonsgegevens

(1) Voor de verwerking van persoonsgegevens in het kader van dit Verdrag zijn de relevante Europese rechtsinstrumenten op het gebied van gegevensbescherming van toepassing, in het bijzonder de Richtlijn (EU) 2016/680 of in voorkomend geval de Verordening (EU) 2016/679 en de overeenkomstige omzettingswetten en andere bepalingen tot uitvoering van deze instrumenten in het nationale recht van de Verdragsluitende Staten.

(2) Een Verdragsluitende Staat kan bevoegde ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat uitsluitend onder leiding van een van zijn bevoegde ambtenaren toegang verlenen tot zijn nationale databanken op grond van artikel 11, paragraaf 2.

Artikel 51

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Bei einer Streitigkeit betreffend die Auslegung oder Durchführung dieses Vertrags richten die Vertragsstaaten einen bilateralen Ausschuss zur Beilegung ein. Dieser Ausschuss tritt auf Verlangen eines der Vertragsstaaten zusammen.

(2) Gelingt es nicht, die Streitigkeit auf die in Absatz 1 beschriebene Weise beizulegen, so wird sie auf diplomatischem Weg beigelegt.

Article 51

Règlement des différends

(1) En cas de différend relatif à l'interprétation ou à la mise en œuvre du présent Traité, les États contractants mettent en place une commission bilatérale en vue de parvenir à un règlement. Cette commission se réunit à la demande d'un des États contractants.

(2) Si le différend ne peut être réglé par la voie visée au paragraphe 1, celui-ci est réglé par la voie diplomatique.

Artikel 51

Geschillenbeslechting

(1) Bij een geschil betreffende de interpretatie of toepassing van dit Verdrag richten de Verdragsluitende Staten een bilaterale commissie in om het geschil te beslechten. Deze commissie komt op verzoek van een van de Verdragsluitende Staten bijeen.

(2) Indien het geschil niet op de in paragraaf 1 beschreven wijze kan worden beslecht, wordt het langs diplomatieke weg beslecht.

Artikel 52

Änderungen der Bezeichnung der zuständigen Behörden oder ihrer Zuständigkeiten

Die Vertragsstaaten unterrichten einander auf diplomatischem Weg über Änderungen in der Bezeichnung oder in der Zuständigkeit der in diesem Vertrag genannten zuständigen Behörden.

Article 52

Modification de la dénomination des autorités compétentes ou de leurs compétences

Les États contractants s'informent mutuellement par la voie diplomatique des modifications concernant la dénomination ou les compétences des autorités compétentes visées dans le présent Traité.

Artikel 52

Wijzigingen van de benaming van de bevoegde autoriteiten of van hun bevoegdheden

De Verdragsluitende Staten informeren elkaar langs diplomatieke weg over wijzigingen in de benaming of in de bevoegdheden van de in dit Verdrag genoemde bevoegde autoriteiten.

Artikel 53

Evaluierung

Alle fünf Jahre oder auf Verlangen eines Vertragsstaats evaluiert eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Behörden der Vertragsstaaten diesen Vertrag und seine Umsetzung.

Article 53

Évaluation

Tous les cinq ans ou à la demande d'un État contractant, un groupe de travail commun composé de représentants des autorités des États contractants évalue le présent Traité et sa mise en œuvre.

Artikel 53

Evaluatie

Om de vijf jaar of op verzoek van een Verdragsluitende Staat evalueert een gemeenschappelijke werkgroep bestaande uit vertegenwoordigers van de autoriteiten van de Verdragsluitende Staten dit Verdrag en de uitvoering ervan.

Artikel 54

Durchführungsvereinbarungen

(1) Die Vertragsstaaten sowie ferner auf deutscher Seite das Bundesministerium des Innern und für Heimat und das Bundesministerium der Finanzen, das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz und das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrags Vereinbarungen über seine Durchführung schließen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten Vereinbarungen schließen, welche die verwaltungsmäßige oder technische Umsetzung dieses Vertrags zum Gegenstand haben.

Article 54

Accords de mise en œuvre

(1) Les États contractants ainsi que, en outre, en ce qui concerne la partie allemande, le ministère fédéral de l'Intérieur et du Territoire et le ministère fédéral des Finances, le ministère de l'Intérieur et des Sports du Land de Rhénanie-Palatinat et le ministère de l'Intérieur du Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie, peuvent, en vertu et dans le cadre du présent Traité, conclure des accords sur sa mise en œuvre.

(2) Les autorités compétentes des États contractants peuvent, dans le cadre de leurs compétences légales, conclure des accords portant sur la mise en œuvre administrative ou technique du présent Traité.

Artikel 54

Uitvoeringsovereenkomsten

(1) De Verdragsluitende Staten en aan Duitse zijde tevens het Bondsministerie van Binnenlandse Zaken en Heimat en het Bondsministerie van Financiën, het ministerie van Binnenlandse Zaken en van Sport van de deelstaat Rijnland-Palts en het ministerie van Binnenlandse Zaken van de deelstaat Noordrijn-Westfalen kunnen op grond en in het kader van dit Verdrag afspraken maken over de uitvoering ervan.

(2) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen in het kader van hun wettelijke bevoegdheden afspraken maken met betrekking tot de administratieve of technische uitvoering van dit Verdrag.

Artikel 55

Außerkrafttreten von völkerrechtlichen Übereinkünften

Mit Inkrafttreten dieses Vertrags tritt das Abkommen vom 27. März 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten und das Abkommen vom 15. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungs-

Article 55

Cessation de la validité d'instruments de droit international

Sont abrogés, avec l'entrée en vigueur du présent Traité, l'Accord conclu entre le Gouvernement du Royaume de Belgique et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la coopération entre les autorités de police et les administrations douanières dans les régions frontalières, en date du 27 mars 2000, et la Convention entre le Royaume de Belgique et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux

Artikel 55

Buitenwerkingtreding van overeenkomsten van internationaal recht

Met de inwerkingtreding van dit Verdrag treden de Overeenkomst van 27 maart 2000 tussen de Regering van het Koninkrijk België en de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland inzake de samenwerking van de politiediensten en de douaneadministraties in de grensgebieden en de Overeenkomst van 15 mei 1956 tussen het Koninkrijk België en de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de oprichting van kantoren waar de nationale controles van beide

stellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze außer Kraft.

Artikel 56

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag tritt zwei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

(3) Die Registrierung dieses Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten vom Königreich Belgien veranlasst. Die Bundesrepublik Deutschland wird unter Angabe der Registrierungsnummer der Vereinten Nationen von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(4) Dieser Vertrag kann jederzeit einvernehmlich von den Vertragsstaaten auf schriftlichem Weg geändert werden. Die Absätze 1 und 3 gelten entsprechend.

Geschehen zu Brüssel am 29. April 2024 in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

juxtaposés, aux contrôles des trains en cours de route et à la désignation de gares communes et d'échange, pour le trafic par la frontière belgo-allemande, en date du 15 mai 1956.

Article 56

Entrée en vigueur et dénonciation

(1) Le présent Traité doit être ratifié. Les instruments de ratification sont échangés dès que possible. Le présent Traité entre en vigueur deux mois après l'échange des instruments de ratification.

(2) Le présent Traité est conclu pour une période indéterminée. Chacun des États contractants peut le dénoncer par la voie diplomatique sous forme écrite. La dénonciation prend effet six mois après la date de réception de celle-ci par l'autre État contractant.

(3) Le Royaume de Belgique se charge de l'enregistrement du présent Traité auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vertu de l'article 102 de la Charte des Nations Unies immédiatement après son entrée en vigueur. La République fédérale d'Allemagne est informée de l'accomplissement de l'enregistrement ainsi que du numéro d'enregistrement attribué par les Nations Unies dès que l'enregistrement est confirmé par le Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

(4) Le présent Traité peut être modifié à tout moment d'un commun accord entre les États contractants sous forme écrite. Les paragraphes 1 et 3 s'appliquent par analogie.

Fait à Bruxelles, le 29 avril 2024 en double exemplaire, chacun en langues allemande, française et néerlandaise, chaque texte faisant également foi.

landen naast elkaar geschieden, betreffende de controles in de rijdende treinen en de aanwijzing van gemeenschappelijke stations en van uitwisselingsstations, voor het verkeer over de Belgisch-Duitse grens buiten werking.

Artikel 56

Inwerkingtreding en opzegging

(1) Dit Verdrag wordt bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld. Het Verdrag treedt twee maanden na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking.

(2) Dit Verdrag wordt voor onbepaalde tijd gesloten. Het kan door iedere Verdragsluitende Staat schriftelijk langs diplomatieke weg worden opgezegd. De opzegging treedt in werking zes maanden na de datum van ontvangst door de andere Verdragsluitende Staat.

(3) Het initiatief tot de registratie van dit Verdrag bij het Secretariaat van de Verenigde Naties zoals bedoeld in artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties wordt onmiddellijk na zijn inwerkingtreding genomen door het Koninkrijk België. De Bondsrepubliek Duitsland wordt van de registratie op de hoogte gebracht zodra deze door het Secretariaat van de Verenigde Naties werd bevestigd, met vermelding van het registratienummer van de Verenigde Naties.

(4) Dit Verdrag kan te allen tijde in onderlinge overeenstemming door de Verdragsluitende Staten schriftelijk worden gewijzigd. Paragraaf 1 en 3 zijn van overeenkomstige toepassing.

Gedaan te Brussel op 29 april 2024 in tweevoud, in de Nederlandse, Duitse en Franse taal, waarbij alle teksten gelijkelijk authentiek zijn.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Martin Kotthaus
Nancy Faeser

Für das Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
Voor het Koninkrijk België

Annelies Verlinden
Vincent Van Peteghem

Denkschrift

I. Allgemeines

Deutschland hat mit allen seinen Nachbarstaaten bilaterale Abkommen zur grenzüberschreitenden Polizei- und Zollzusammenarbeit geschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt werden. Zweck dieser Weiterentwicklung der Verträge ist die ständige Verbesserung der Zusammenarbeit und eine Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse.

Am 29. April 2024 wurde in Brüssel zwischen Belgien und Deutschland ein neuer bilateraler Vertrag über die polizeiliche und zollrechtliche Zusammenarbeit (im Folgenden: der Vertrag) geschlossen. Er ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen der Regierungen beider Staaten, an denen die dem Königreich Belgien benachbarten Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erheblich mitgewirkt haben. Nach seiner Ratifizierung wird dieser Vertrag das am 27. März 2000 in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten (BGBl. 2002 II S. 1532, 1533) ersetzen.

Den Verhandlungen ging der im Jahr 2015 von den zuständigen Innenministern beider Staaten gefasste Beschluss voraus, das Abkommen aus dem Jahr 2000, insbesondere auf der Grundlage einer Analyse des Bedarfs der örtlichen Dienststellen, zu überarbeiten. Die Verhandlungen wurden im Herbst 2023 abgeschlossen.

Der neue Vertrag zielt darauf ab, die bestehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten unter Wahrung der grund- und datenschutzrechtlichen Anforderungen zu intensivieren und auszuweiten. Es wurden unter anderem neue Regelungen zum Zeugen- und Opferschutz, zur grenzüberschreitenden Gefahrenabwehr, zur Beförderung von Personen und Sachen, zur gegenseitigen Unterstützung in Katastrophen- und Unglücksfällen sowie zu einer engeren Zusammenarbeit von Verbindungsbeamten aufgenommen.

Entsprechend den Erläuterungen in der Präambel des Vertrags erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten im Rahmen des Vertrags unter Beachtung ihrer internationalen Verpflichtungen und des Rechts der Europäischen Union, insbesondere im Bereich der Polizei- und Zollzusammenarbeit. Die Rechtshilfe in Strafsachen erfolgt dabei nicht auf der Grundlage dieses Vertrags, sondern nach Maßgabe der hierfür bestehenden internationalen, europäischen und innerstaatlichen Rechtsinstrumente. Der Vertrag berücksichtigt zugleich die bestehenden bi- und multilateralen Übereinkünfte mit dem Königreich Belgien und fügt sich in den durch das nationale Recht gesetzten Rahmen ein.

II. Zu den Bestimmungen des Vertrags im Einzelnen

Teil I

Anwendungsbereich und zuständige Behörden

Zu Artikel 1 – Vertragsgegenstand

Artikel 1 bestimmt den Vertragsgegenstand. Dieser umfasst die bilaterale Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr sowie der Verhütung und Verfolgung von Straftaten, einschließlich solcher Handlungen, die in einem Staat als Straftat und in dem anderen als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden, sowie bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Polizei- oder Zollbehörden fallen, soweit die Zusammenarbeit nicht bereits nach dem Unionsrecht oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften erfolgt.

Der neue Vertrag umfasst nicht die Leistung der Rechtshilfe in Strafsachen und lässt sowohl die innerstaatlichen, europäischen und internationalen Rechtsinstrumente, die die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen regeln, als auch die rechtlichen Regelungen über die internationale Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen von Interpol und Europol unberührt. Gleichwohl sind aus Gründen des Sachzusammenhangs vereinzelt Regelungen aufgenommen, welche trotz des polizeilichen Fokus untrennbar auch die Durchführung der justiziellen Rechtshilfe betreffen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die polizeiliche Durchführung der justiziellen Maßnahme betroffen ist und insofern Regelungen aus Rechtsakten der Rechtshilfe konkretisiert werden.

Zu Artikel 2 – Zuständige Behörden

Artikel 2 listet die zuständigen Behörden und die zuständigen Beamtinnen und Beamten im Sinne des Vertrags auf. Der Begriff der Polizeibehörde ist im Vertrag ungeachtet der landesrechtlichen Unterschiede bei der Verwendung dieses Begriffs im Sinne eines einheitlichen Verständnisses auszulegen. Soweit sich die Bestimmung auf Polizeibehörden und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Länder bezieht, sollen daher grundsätzlich und vorbehaltlich des jeweiligen Landesrechts nur die den Innenministerien und Senatsverwaltungen für Inneres der Länder unterstellten Polizeibehörden und Landesbeamtinnen und Landesbeamten erfasst werden.

Die zuständigen Behörden sind die öffentlichen Stellen, die nach dem jeweiligen nationalen Recht mit polizeilichen Aufgaben oder weiteren Aufgaben der Zollverwaltung betraut sind. Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland sind dies das Bundesministerium des Innern, die Polizeibehörden des Bundes und der Länder sowie die Behörden der Zollverwaltung.

Die zuständigen Beamtinnen und Beamten sind die im Vertrag näher bezeichneten Angehörigen der genannten Stellen, die die Aufgaben der Polizei und des Zolls wahrnehmen. Auf deutscher Seite sind dies die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Bundes und der Länder, weitere Bedienstete der Polizeien des Bundes und der Länder, die die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei der Ausübung von deren Hoheitsbefugnissen unterstützen oder diesen insoweit gleichgestellt sind, die Beamtinnen und Beamten der Zollverwaltung sowie weitere Bedienstete der Zollverwaltung, die die Zollbeamtinnen und Zollbeamten bei der Ausübung von deren Hoheitsbefugnissen unmittelbar unterstützen oder diesen insoweit gleichgestellt sind.

Die nationalen Zentralstellen im Sinne des Vertrags sind auf deutscher Seite das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt. Die Spezialeinheiten sind die hierfür benannten Spezialeinheiten der zuständigen Behörden des Bundes und der Länder.

Zu Artikel 3 – Geografischer Anwendungsbereich

In Artikel 3 wird der geografische Anwendungsbereich des Vertrags festgelegt, welcher sich im Grundsatz auf das gesamte Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten erstreckt.

In Absatz 2 werden zudem die Grenzgebiete definiert, welche auf deutscher Seite die an das Königreich Belgien angrenzenden Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind. Nachfolgende Bestimmungen beziehen sich zum Teil hierauf, insbesondere beim Informationsaustausch (Teil II), bei der kontrollierten Lieferung nach Artikel 18 sowie beim grenzüberschreitenden Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler nach Artikel 19.

Damit geht sowohl der geografische Anwendungsbereich des Vertrags als auch die Definition der Grenzgebiete im Vertrag über die entsprechenden Regelungen im Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten vom 27. März 2000 hinaus.

Teil II

Informationsaustausch

Zu Artikel 4 – Informationsaustausch auf Ersuchen

Artikel 4 legt den Rahmen fest, in welchem die Vertragsstaaten durch Informationsaustausch auf Ersuchen im Hinblick auf die in Artikel 1 festgelegten Zwecke, also zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, einander Unterstützung leisten.

Zu beachten ist hierbei, dass der Informationsaustausch auf polizeiliche Aufgaben der Polizei- und Zollbehörden beschränkt ist.

Regelungen zu den Bedingungen für die Übermittlung und Erledigung von Ersuchen in Bezug auf Ordnungswidrigkeiten im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Satz 3 werden einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 vorbehalten.

Bei der Einordnung eines Ersuchens soll sich die Beurteilung, ob das Ersuchen eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit betrifft, nach dem nationalen Recht des ersuchenden Vertragsstaats richten.

Wie in der Präambel des Vertrags ausdrücklich festgehalten, erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten unter Beachtung der Richtlinie (EU) 2023/977 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (ABl. L 134 vom 22.5.2023, S. 1; im Folgenden: Richtlinie (EU) 2023/977). Dies ist beispielsweise bei der Auslegung und Anwendung von Absatz 4 zu beachten, wonach ein Ersuchen unverzüglich erledigt oder gegebenenfalls unverzüglich an die zuständige Behörde weitergeleitet werden muss. Die Richtlinie (EU) 2023/977 enthält Fristen, die bei der Erledigung eines Ersuchens einzuhalten und zur Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs „unverzüglich“ heranzuziehen sind.

Die Vorschriften in Artikel 4 sind nicht isoliert zu betrachten, sondern in Zusammenspiel mit den weiteren Vorschriften in Teil II über den Informationsaustausch sowie den Allgemeinen Bestimmungen des Vertrags anzuwenden. Besonders hinzuweisen ist auf Artikel 12, der die Verwendung der empfangenen Informationen einschließlich der Zweckbindung regelt. Für den Schutz personenbezogener Daten ist Artikel 50 des Vertrags zu beachten, der auf die einschlägigen europäischen Rechtsinstrumente zum Datenschutz verweist.

Zu Artikel 5 – Informationsaustausch ohne Ersuchen

Artikel 5 eröffnet die Möglichkeit von Spontanübermittlungen, also die gegenseitige Informationsübermittlung, ohne dass ein Ersuchen vorliegt.

Diese Möglichkeit wird an das Vorliegen bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Es müssen insbesondere tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Informationen zur Erreichung der in Artikel 1 genannten Ziele beitragen können, nämlich zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung und zur Verhütung und Bekämpfung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

Absatz 2 zählt in einem Katalog Inhalte auf, die als Gegenstand einer Informationsübermittlung ohne Ersuchen insbesondere in Betracht kommen. Dies sind neben Straftaten und Ordnungswidrigkeiten beispielsweise Hinweise auf terroristische Bedrohungen, mögliche Terroranschläge oder terroristische und extremistische Strukturen und Vereinigungen, die für den anderen Vertragsstaat von Bedeutung sind. Das Wort „insbesondere“ zeigt den nicht abschließenden Charakter des Kataloges.

Bei der Übermittlung von Informationen ohne Ersuchen (Artikel 5) sind ebenso wie beim Informationsaustausch auf Ersuchen (Artikel 4) die Regelungen in der Richtlinie (EU) 2023/977 sowie die sonstigen Bestimmungen des Vertrags zu beachten.

Zu Artikel 6 – Informationsaustausch zwischen Polizei- und Zollbehörden

Artikel 6 behandelt den Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden eines Staates und den Zollbehörden des anderen Staates. Die Vorschrift enthält keine eigenständige Rechtsgrundlage, sondern hat nur deklaratorischen Charakter. Der Informationsaustausch unterliegt stets dem innerstaatlichen Recht, er ist also nur möglich, wenn das nationale Recht einen solchen Informationsaustausch vorsieht.

Zu Artikel 7 – Wege des Informationsaustauschs

Der Austausch von Informationen erfolgt in der Regel unmittelbar zwischen den nationalen Zentralstellen, die in Artikel 2 Absatz 3 definiert sind.

Von diesem Grundsatz abweichend kann der Informationsaustausch unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden erfolgen, soweit ein Fall von Artikel 7 Satz 2 Nummer 1 bis 4 vorliegt (unter anderem Bezug zum Grenzgebiet und Eilfallregelung).

Im Falle des Informationsaustausches unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden müssen die nationalen Zentralstellen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts über den Informationsaustausch unterrichtet

werden. Dabei ist Artikel 8 der Richtlinie (EU) 2023/977 einschließlich seiner Umsetzung in das nationale Recht der Vertragsstaaten zu beachten.

Zu Artikel 8 – Form des Informationsaustauschs

Artikel 8 regelt die Form und die Modalitäten des Informationsaustauschs. Grundsätzlich werden Ersuchen und deren Beantwortung schriftlich übermittelt, in dringenden Fällen kann das Ersuchen ausnahmsweise mündlich mit unverzüglich darauffolgender schriftlicher Bestätigung erfolgen. Eine elektronische Übermittlung ist nur durch Nutzung gesicherter Mittel zulässig, deren Nutzung in beiden Vertragsstaaten gestattet ist. Einem Ersuchen, das nicht in einer Amtssprache des ersuchten Vertragsstaats oder in englischer Sprache gestellt ist, ist eine entsprechende Übersetzung in eine Amtssprache des ersuchten Staates oder in die englische Sprache beizufügen. Auch hinsichtlich der Form des Informationsaustausches sind die Vorschriften der Richtlinie (EU) 2023/977 zu beachten, vergleiche etwa deren Artikel 13 zur Nutzung von SIENA.

Zu Artikel 9 – Gemeinsame Zentren

In Artikel 9 wird die Möglichkeit der Errichtung Gemeinsamer Zentren eröffnet, in welchen die Vertragsstaaten zusammenarbeiten können.

Gemeinsame Zentren sind keine eigenständigen Behörden. Die in einem Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten werden als Angehörige ihrer jeweiligen Behörde tätig (Entsendebehörde), handeln im Rahmen von deren Zuständigkeit und unterliegen der Dienstaufsicht der Entsendebehörde, insbesondere deren Weisungs- und Disziplinargewalt.

Die Hauptaufgabe der Gemeinsamen Zentren besteht darin, im Einklang mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht und vorbehaltlich der Zuständigkeit der nationalen Zentralstellen beim Austausch, der Analyse und der Weiterleitung von Informationen mit einem Bezug zur örtlichen Zuständigkeit des betroffenen Gemeinsamen Zentrums zusammenzuarbeiten. Ausnahmsweise können die Gemeinsamen Zentren auch ohne Bezug zu ihren örtlichen Zuständigkeiten in Anspruch genommen werden, sofern die Informationsübermittlung zwischen den nationalen Zentralstellen zu einer Verzögerung führen würde, die die Aufgabenwahrnehmung der betroffenen Behörde gefährden würde.

Weitere Regelungen zur Einrichtung, dem örtlichen Zuständigkeitsbereich, den Einzelheiten der Zusammenarbeit und der Aufteilung der Kosten werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 geregelt.

Artikel 9 sieht darüber hinaus die Möglichkeit vor, auf Dauer angelegte Gemeinsame Zentren mit einem oder mehreren Nachbarstaaten einzurichten oder sich an einem solchen bestehenden Gemeinsamen Zentrum zu beteiligen, wenn und soweit der jeweilige Nachbarstaat einer Beteiligung zustimmt (Absatz 6).

Neben der Zusammenarbeit in auf Dauer angelegten Gemeinsamen Zentren ist auch die Zusammenarbeit in zeitlich befristet angelegten Gemeinsamen Zentren möglich (Absatz 7). Für Gemeinsame Zentren im Sinne der Absätze 6 und 7 gelten die übrigen Bestimmungen des Artikels 9 entsprechend.

Zu Artikel 10 – Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte

Artikel 10 trifft eine Regelung für Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte. Demnach kann jeder Vertragsstaat mit Zustimmung des anderen Vertragsstaats Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte der Polizei- und Zollbehörden in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsenden.

Aufgabe der Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten ist es, Informationen zu übermitteln, zu unterstützen und zu beraten, ohne Hoheitsbefugnisse auszuüben. Sie nehmen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen wahr, die ihnen vom Entsendestaat und von dem Vertragsstaat, in den sie entsandt worden sind, erteilt werden.

Artikel 10 sieht außerdem die Möglichkeit vor, dass durch den einen Vertragsstaat in einen dritten Staat entsandte Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte auch mit der Interessenwahrnehmung des anderen Vertragsstaats beauftragt werden können. Voraussetzung dafür sind das gegenseitige Einvernehmen beider Vertragsstaaten sowie die Zustimmung des Drittstaats.

Zu Artikel 11 – Besondere Formen des Informationsaustauschs

Artikel 11 regelt besondere Formen des Informationsaustauschs zwischen den Vertragsstaaten. Dabei enthält die Vorschrift selbst nur allgemeine Aussagen zu den genannten Datenaustauschformen, die für sich genommen keine eigenständigen Rechtsgrundlagen darstellen, sondern vielmehr eine Entscheidung weiterer wesentlicher Fragen erfordern. Der Datenaustausch erfolgt daher nur nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts und setzt überdies eine Regelung der genauen Bedingungen und Modalitäten für den Austausch einschließlich der datenschutzrechtlichen Aspekte in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 voraus. Absatz 1 eröffnet die grundsätzliche Möglichkeit der Zusammenarbeit beim automatisierten Kennzeichenabgleich.

Absatz 1 eröffnet die grundsätzliche Möglichkeit der Zusammenarbeit beim automatisierten Kennzeichenabgleich. Der Austausch von Daten aus dem automatisierten Kennzeichenabgleich ist bereits nach den im Vertrag selbst geregelten Tatbestandsmerkmalen nur unter strengen Voraussetzungen möglich. Er ist nur zulässig, soweit dies zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib und Leben oder zur Verhütung oder Verfolgung einer schweren Straftat aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erforderlich ist. Absatz 1 nimmt Bezug auf die Richtlinie (EU) 2023/977, die in Artikel 2 Absatz 3 den Begriff der „schweren Straftat“ definiert. Die Nutzung darf nur vorübergehend und örtlich begrenzt erfolgen.

Absatz 2 eröffnet den Vertragsstaaten bei gemeinsamen Einsätzen und Maßnahmen nach den Artikeln 13, 14 und 28 unter bestimmten Voraussetzungen die grundsätzliche Möglichkeit, einander direkten Zugang zu nationalen Datenbanken zu gewähren, auf die ihre eigenen Polizei- und Zollbehörden im Rahmen des Einsatzes auch Zugriff haben. Dabei ist Artikel 50 Absatz 2 zu beachten, wonach der Zugriff nur unter Leitung einer Beamtin oder eines Beamten des Vertragsstaats, der den Zugriff gewährt, erfolgen darf.

Absatz 3 behandelt die grundsätzliche Möglichkeit, dass die Vertragsstaaten auch gemeinsame Datenbanken für den Austausch und die Analyse von Polizei- und Zollinformationen einrichten können.

Zu Artikel 12 – Verwendung der empfangenen Informationen

Artikel 12 befasst sich mit der Verwendung von durch einen Informationsaustausch zwischen den Vertragsstaaten empfangenen Informationen. Es handelt sich um eine Querschnittsnorm, die für sämtliche Vorschriften des Teils II zum Informationsaustausch Geltung beansprucht und den Grundsatz der Zweckbindung der empfangenen Informationen näher ausgestaltet.

Absatz 1 bestimmt die ausschließlich zweckgebundene Verwendung von Informationen zu den in Artikel 1 des Vertrags genannten Zwecken, das heißt zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten.

Nach Absatz 2 kann die übermittelnde Behörde diese Verwendung jedoch auch auf bestimmte Zwecke beschränken, sodass eine Verwendung darüber hinaus nur noch mit Zustimmung zulässig ist. Bei der Anwendung dieser Vorschrift ist zusätzlichen Bindungen des nationalen Rechts Rechnung zu tragen, etwa im Hinblick auf den Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung (vergleiche § 26 in Verbindung mit § 25 Absatz 1, § 12 Absatz 2 bis 4 des Bundeskriminalamtgesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1354; 2019 I S. 400), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 23. April 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 111) geändert worden ist).

Absatz 3 betrifft die Verwendung übermittelter Informationen zu Beweiszwecken in Strafverfahren, welche ausschließlich mit vorheriger Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats erfolgen darf.

Nach Absatz 4 ist eine Weiterleitung übermittelter Informationen an eigene Behörden, die nicht zuständige Behörden nach diesem Vertrag sind, neben weiteren, auf die empfangende Behörde bezogenen Voraussetzungen möglich, wenn der übermittelnde Vertragsstaat zugestimmt hat und die Weiterleitung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erforderlich ist.

Eine teilweise oder vollständige Offenlegung von Informationen gegenüber der betroffenen Person oder Dritten darf nach Absatz 5 nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats und unbeschadet der Rechte betroffener Personen nach den innerstaatlichen, europäischen und internationalen Rechtsvorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgen.

Teil III

Grenzüberschreitende Maßnahmen

Zu Artikel 13 – Gemeinsame Einsatzformen und Unterstellung

Artikel 13 ist eine allgemeine Bestimmung, auf deren Grundlage die zuständigen Behörden im Rahmen gemeinsamer Einsatzformen zusammenarbeiten können. Möglich sind demnach gemischte Streifen, gemeinsame Kontrollen oder andere gemeinsame Einsatzformen, bei welchen nach Artikel 2 Absatz 2 zuständige Beamtinnen und Beamte an Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats mitwirken.

Darüber hinaus können zuständige Beamtinnen und Beamte einer zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats unterstellt und auf deren Hoheitsgebiet eingesetzt werden, um diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Dabei können die Beamtinnen und Beamten nur unter Leitung und in der Regel in Anwesenheit einer zuständigen Beamtin oder eines zuständigen Beamten des anderen Vertragsstaats nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaats auch Hoheitsbefugnisse auf dessen Hoheitsgebiet ausüben.

Artikel 13 regelt keine Einzelheiten zum Verfahren der Zusammenarbeit; diese legen die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsam fest. Es müssen für jede Maßnahme insbesondere Zweck, Dauer und Leitung vereinbart werden.

Zu Artikel 14 – Gegenseitige Hilfeleistung auf Ersuchen

Artikel 14 regelt die gegenseitige Hilfeleistung auf Ersuchen. Demnach unterstützen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen und im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in Form von drei Maßnahmen, nämlich der Unterrichtung über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen, der Vornahme und Koordination der auf dem eigenen Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen sowie der Zurverfügungstellung von Beamtinnen und Beamten, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Beraterinnen und Beratern, sofern der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eingetreten ist, den anderen Vertragsstaat darum ersucht.

Die Vorschrift ist im Zusammenhang mit Artikel 13 Absatz 2 zu sehen, welcher die Unterstellung von Beamtinnen und Beamten des einen unter Behörden des anderen Staates zu deren Einsatz auf dem jeweils anderen Hoheitsgebiet regelt und ebenfalls auf Großereignisse, Katastrophen sowie schwere Unglücksfälle anwendbar ist.

Zu Artikel 15 – Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr

Artikel 15 bestimmt Eilmaßnahmen, welche die zuständigen Beamtinnen und Beamten eines Vertragsstaats auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ergreifen können.

Der Artikel entspricht im Wesentlichen Artikel 25 des Prümer Vertrags vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration (BGBl. II 2006 S. 626, 628), erweitert dessen Bestimmungen allerdings punktuell. Die Befugnis zum Treffen von Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des anderen Ver-

tragsstaats und nicht nur auf den grenznahen Bereich. Ein Einschreiten ist nicht nur zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben von Personen, sondern auch zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Sachen von erheblichem Wert möglich.

Ein Einschreiten setzt dabei stets einen dringenden Bedarf sowie die Erforderlichkeit der entsprechenden Maßnahmen zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahr voraus. Ein dringender Bedarf liegt nach Absatz 2 vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats die Verwirklichung der Gefahr droht.

Die Maßnahmen müssen im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats getroffen werden. Die zuständige Behörde des Gebietsstaats ist unverzüglich über das Einschreiten zu unterrichten und trifft sodann unverzüglich Maßnahmen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme des Einsatzes erforderlich sind.

Der Einsatz ist zu beenden, wenn der Gebietsstaat dies verlangt. Nach Absatz 4 sind die einschreitenden zuständigen Beamtinnen und Beamten gegenüber den Behörden des Gebietsstaats weisungsgebunden. Artikel 34 bestimmt diese Rechtsstellung der zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats im Allgemeinen. Demnach sind die Beamtinnen und Beamten während eines grenzüberschreitenden Einsatzes auf Grundlage des Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats den Weisungen und Anordnungen der Behörden des Gebietsstaats unterworfen. In dienstrechtlicher Hinsicht unterliegen sie jedoch ausschließlich dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaats.

Nach Absatz 5 können auch Beamtinnen und Beamte, die sich bereits auf Grundlage dieses Vertrags auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befinden, im Falle eines dringenden Bedarfs nach Absatz 2 nach denselben Regeln tätig werden.

Zu Artikel 16 – Koordinierte Fahndungsaktionen

Nach Artikel 16 können die Vertragsstaaten bei der Fahndung nach Personen oder Sachen zur Verfolgung von Straftaten, zur Gefahrenabwehr und zur Strafvollstreckung zusammenarbeiten. Dazu können sie gemeinsame Maßnahmen durchführen und sich gegenseitig unterstützen.

Absatz 2 räumt die Möglichkeit zur Bildung gemeinsamer Einsatzleitungen zur Koordinierung von beiderseits der Staatsgrenze durchgeführten Maßnahmen ein.

Nach Absatz 3 ist eine Teilnahme von Beamtinnen und Beamten des einen Vertragsstaats bei Maßnahmen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zum Zweck der Erteilung von Informationen und zu Konsultationszwecken ohne Ausübung von Hoheitsbefugnissen möglich.

Die Vorschrift beschränkt sich auf allgemeine Aussagen zu den genannten Koordinierungsformen. Die Durchführung konkreter Maßnahmen bestimmt sich nach den hierfür geltenden Regelungen.

Zu Artikel 17 – Grenzüberschreitende Observation

Die grenzüberschreitende Observation beruht im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten im Grundsatz nach wie vor auf dem Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (BGBl. 1993 II S. 1010, 1013; im Folgenden: SDÜ), welches mit dem Vertrag von Amsterdam in den EU-Rahmen einbezogen und in der Folge teilweise angepasst wurde, sowie auf dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (BGBl. 2002 II S. 1387, 1388; im Folgenden: Neapel-II-Übereinkommen). Artikel 17 stellt in seinem Absatz 1 klar, dass der Artikel lediglich Ergänzungen zu Artikel 40 SDÜ und Artikel 21 Neapel-II-Übereinkommen regelt und im Übrigen das SDÜ und das Neapel-II-Übereinkommen gelten.

Absatz 2 betrifft die Fortsetzung von Observationen, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts auf dem eigenen Hoheitsgebiet des die Observation durchführenden Vertragsstaats begonnen wurden und auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortgeführt werden sollen. Neben der nach Artikel 40 Absatz 1 SDÜ zulässigen Observation von Personen, die im Verdacht stehen, an einer auslieferungsfähigen Straftat beteiligt zu sein, oder von Personen, die zur Identifizierung oder Auffindung einer solchen Person führen können, ist nach Artikel 17 Absatz 2 auch die Observation von Personen zulässig, die sich der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung von mindestens vier Monaten entzogen haben sowie von Personen, die zur Identifizierung oder Auffindung selbiger beitragen können. Das Ersuchen um Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation ist auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft als Bewilligungsbehörde zu richten, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll. An die nach Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 zuständige nationale Zentralstelle (BKA beziehungsweise ZKA) ist nachrichtlich eine Kopie des Ersuchens zu übersenden. Auf belgischer Seite ist das Ersuchen an die zuständige Justizbehörde zu richten, wobei diese nicht namentlich benannt werden muss. Es reicht aus, das konkrete Ersuchen an „die zuständige Justizbehörde“ zu richten.

Absatz 3 betrifft die Einleitung einer Observation auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats. Mit vorheriger Zustimmung des anderen Vertragsstaats kann die Observation der in Absatz 2 benannten Personen auf Grundlage eines Rechtshilfeersuchens auch auf dem Hoheitsgebiet dieses Staates eingeleitet werden. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn anzunehmen ist, dass die Observation abgesehen von ihrem Beginn hauptsächlich auf dem eigenen Hoheitsgebiet des die Observation durchführenden Vertragsstaats stattfinden wird. Der Staat, der die Observation bewilligt, kann bestimmte Bedingungen festlegen, er muss jedoch in jedem Fall die Anzahl der Stunden festlegen, die die Observation auf seinem Hoheitsgebiet maximal andauern darf.

Absatz 4 erweitert Artikel 40 Absatz 2 SDÜ im Hinblick auf die Fortsetzung der Observation im Eilfall, so dass im Hinblick auf den grundsätzlichen Anwendungsbereich der Vorschrift die im SDÜ vorgesehene Differenzierung zwischen der Observation im Normalfall (vorheriges

Ersuchen) und im Eilfall (nachträgliches Ersuchen) im Ergebnis aufgehoben ist. Eine grenzüberschreitende Observation ist nunmehr auch im Eilfall nicht nur in den abschließend aufgezählten Fällen des Artikels 40 Absatz 7 SDÜ zulässig, sondern auch im Fall des Verdachts einer anderen auslieferungsfähigen Straftat sowie in den Fällen nach Artikel 17 Absatz 2 Nummer 1. Jedoch können Observationen im Eilfall nur unter den weiteren Vorgaben des Absatzes 4 durchgeführt werden. Insbesondere ist der Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung der nach Artikel 2 Absatz 3 zuständigen Zentralstelle des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die grenzüberschreitende Observation fortgesetzt wird, unverzüglich mitzuteilen. Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland besteht zudem die Möglichkeit, das örtlich zuständige Landeskriminalamt zu benachrichtigen, welches sodann die zuständige Zentralstelle informiert. Ein förmliches Ersuchen ist unter der Angabe von Gründen unverzüglich nachzureichen. Die grenzüberschreitende Observation muss eingestellt werden, sobald der Gebietsstaat dies verlangt oder die Zustimmung nicht innerhalb von nunmehr acht Stunden nach Grenzübertritt, anstelle der im SDÜ und Neapel-II-Übereinkommen vorgesehenen fünf Stunden, vorliegt. Die Verwertung der gewonnenen Ermittlungsergebnisse ist schließlich von der Bewilligung des nachgereichten förmlichen Ersuchens abhängig.

Absatz 5 betrifft die grenzüberschreitende Observation außerhalb eines Gerichtsverfahrens. Bei dieser Vorschrift handelt es sich um eine asymmetrische Regelung, da derartige Maßnahmen belgischer Behörden nach Maßgabe des belgischen nationalen Rechts nicht vorgesehen sind, so dass nicht mit belgischen Ersuchen zu rechnen ist. Die Vorschrift zielt vielmehr darauf, deutschen Ersuchen Rechnung tragen zu können, die nach dem deutschen nationalen Recht zum Teil dem Bereich der Gefahrenabwehr zuzurechnen sind („eine auslieferungsfähige Straftat […] begehen wird“). Die Terminologie der Vorschrift orientiert sich dabei am belgischen nationalen Recht und benennt die Voraussetzungen, unter denen deutschen Ersuchen Rechnung getragen werden kann. Es muss der begründete Verdacht bestehen, dass die zu observierende Person eine auslieferungsfähige Straftat begehen wird oder begangen hat, ohne dass diese bereits aufgedeckt wäre. Es muss vorab ein entsprechendes Ersuchen an die verantwortliche Behörde des Vertragsstaats übermittelt werden und dessen Bewilligung abgewartet werden. Das Ersuchen ist in diesem Fall auf deutscher Seite an das zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz zu richten. Auf belgischer Seite ist das Ersuchen an die zuständige Justizbehörde zu richten.

Absatz 6 legt für die Durchführung grenzüberschreitender Observationen nach den Absätzen 2 bis 5 zusätzlich zu Artikel 40 Absatz 3 SDÜ und Artikel 21 Neapel-II-Übereinkommen allgemeine Bedingungen fest. Diese betreffen unter anderem Geschäftswege, den geografischen Bereich der grenzüberschreitenden Observation sowie die Rechte und Pflichten von Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats auf dem fremden Hoheitsgebiet.

Zudem sind in Absatz 6 Regelungen zur Verwertung gewonnener Ermittlungsergebnisse enthalten. Durch Absatz 6 Nummer 3 wird die Einhaltung von Bedingungen hinsichtlich der Verwertung der im Zuge von Observationen gewonnenen Ermittlungsergebnisse durch den anderen Vertragsstaat sichergestellt. Dabei geht es um Bedingungen, von denen ein Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts die Bewilligung zur Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation auf seinem Hoheitsgebiet abhängig macht oder derartige Verwertungsbeschränkungen nachträglich, während oder unverzüglich nach Beendigung der grenzüberschreitenden Observation mitteilt. Im Rahmen der deutschen Bewilligung von Ersuchen wird regelmäßig eine Beschränkung der Verwertung auf die Taten angezeigt sein, die Gegenstand des Ersuchens beziehungsweise der Bewilligung waren. Jedenfalls wird von den zuständigen deutschen Behörden durch entsprechende Verwertungsbeschränkungen beziehungsweise Bedingungen sichergestellt werden müssen, dass eine Verwendung von im Rahmen einer Observation gewonnenen Ermittlungsergebnissen als Beweismittel in einem Strafverfahren von ihrer Zustimmung abhängig bleiben muss. Da Verwertungsbeschränkungen auch noch nachträglich, während oder unverzüglich nach Beendigung der grenzüberschreitenden Observation mitgeteilt werden können, kann auch im Nachhinein noch auf sich im Laufe der Maßnahme ändernde Einsatzlagen mit angezeigten Verwertungsbeschränkungen reagiert werden. Absatz 6 Nummer 4 regelt die Verwertung von Ermittlungsergebnissen für den Fall, dass der Gebietsstaat die Einstellung der grenzüberschreitenden Observation verlangt, da die Bedingungen, von denen die Bewilligung zur Durchführung der Observation abhängig gemacht wurde, nicht eingehalten wurden. In diesem Fall hängt die Verwertung von Ermittlungsergebnissen – auch ohne ausdrückliche Verwertungsbeschränkungen – stets von der Zustimmung des Gebietsstaats ab. Damit soll dem Gebietsstaat Gelegenheit zur Prüfung gegeben werden, ob der Verwertung der Ermittlungsergebnisse auch in Anbetracht der Nichteinhaltung bestimmter Bedingungen – etwa der Beachtung bestimmter Vorgaben des nationalen Rechts – zugestimmt werden kann.

Absatz 7 definiert schließlich die für die Durchführung grenzüberschreitender Observationen zuständigen Beamtinnen und Beamten im Sinne der Vorschrift.

Zu Artikel 18 – Kontrollierte Lieferung

Artikel 18 trifft Regelungen zu kontrollierten Lieferungen. Dabei lässt der Vertrag die Rechtsinstrumente, welche die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen regeln, unberührt (vergleiche Artikel 1 Absatz 2). Das Ersuchen und die Bewilligung zur Durchführung einer kontrollierten Lieferung richten sich dementsprechend nach der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (ABl. L 130 vom 1.5.2014, S. 1; L 143 vom 9.6.2015, S. 16; im Folgenden: Richtlinie 2014/41/EU) (dort insbesondere Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b) und den hierzu erlassenen nationalen Umsetzungsgesetzen. Der Vertrag enthält jedoch ergänzende Bestimmungen im Sinne von Artikel 28 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 34 Absatz 3 der Richtlinie 2014/41/EU. Für den Bereich des Zolls handelt es sich um Ergänzungen zu Artikel 22 Neapel-II-Übereinkommen.

Während sich die Frage, von wem ein Ersuchen ausgeht, nach der Richtlinie 2014/41/EU und ihren Umsetzungsgesetzen richtet, enthalten Artikel 18 Absatz 2 und 3 ergänzende Aussagen zum Adressaten und zu den Übermittlungswegen. Absatz 2 regelt, an welche Stelle ein

Ersuchen zur Durchführung kontrollierter Lieferungen zu richten ist. Dies ist auf belgischer Seite die zuständige Justizbehörde, wobei die im Einzelfall zuständige belgische Justizbehörde nicht benannt werden muss. Es reicht aus, das Ersuchen an „die zuständige Justizbehörde“ zu adressieren.

Absatz 3 legt die Übermittlungswege für beide Seiten fest. Auf deutscher Seite ist ein Ersuchen über das Bundeskriminalamt, das Bundespolizeipräsidium oder das Zollkriminalamt oder das jeweils zuständige Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz zu übermitteln. Die Durchführung kann auch gemeinsam erfolgen, in diesem Fall unterstehen die entsandten Beamtinnen und Beamten entsprechend dem Grundsatz aus Artikel 34 Absatz 1 den Anordnungen der zuständigen Beamtinnen und Beamten des ersuchten Vertragsstaats.

Absatz 4 bestimmt die Modalitäten der Übernahme einer kontrollierten Lieferung durch den ersuchten Vertragsstaat. Dieser hat unter anderem nach Grenzübertritt die Fortsetzung der Überwachung sicherzustellen, sodass jederzeit die Möglichkeit des Zugriffs gegeben ist.

Absatz 5 regelt, nach welchen Maßgaben eine kontrollierte Lieferung wegen besonderer Dringlichkeit ohne vorheriges Ersuchen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortgesetzt werden darf. Diese umfassen insbesondere die unverzügliche Mitteilung des Grenzübertritts sowie das unverzügliche Nachreichen eines Ersuchens. Die Verwertbarkeit von gewonnenen Ermittlungsergebnissen hängt von der Bewilligung des nachträglichen Ersuchens ab.

Zu Artikel 19 – Grenzüberschreitender Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler

Artikel 19 betrifft den grenzüberschreitenden Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler. Auch hier lässt der Vertrag die Rechtsinstrumente, welche die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen regeln, unberührt (vergleiche Artikel 1 Absatz 2). Das Ersuchen und die Bewilligung zur Durchführung verdeckter Ermittlungen richten sich dementsprechend nach der Richtlinie 2014/41/EU (dort insbesondere Artikel 29) und den hierzu erlassenen nationalen Umsetzungsgesetzen. Der Vertrag enthält jedoch ergänzende Bestimmungen im Sinne von Artikel 29 Absatz 4 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 34 Absatz 3 der Richtlinie 2014/41/EU. Bei der verdeckten Ermittlung müssen die Personalien der Zielpersonen dem ersuchten Vertragsstaat nicht zwingend bekannt gegeben werden.

Während sich die Frage, von wem ein Ersuchen ausgeht, nach der Richtlinie 2014/41/EU und ihren Umsetzungsgesetzen richtet, enthalten Artikel 19 Absatz 2 und 3 ergänzende Aussagen zum Adressaten und zu den Übermittlungswegen.

Artikel 19 Absatz 2 ergänzt die Regelungen in der Richtlinie 2014/41/EU im Hinblick darauf, an wen ein Ersuchen zur Durchführung verdeckter Ermittlungen zu richten ist. Absatz 3 bestimmt zudem, über welche Behörden das Ersuchen zu übermitteln ist.

Absatz 4 legt die Voraussetzungen fest, unter denen ausnahmsweise die Fortsetzung einer verdeckten Ermittlung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ohne vorheriges Ersuchen zulässig ist. Dazu muss es sich um eine dringliche Situation handeln, in welcher eine ernsthafte Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der verdeckten Ermittlerin oder des verdeckten Ermittlers oder einer anderen Person besteht, wenn die Identität anderenfalls aufgedeckt oder der Erfolg der Maßnahme gefährdet würde. Es muss jedoch eine unverzügliche Mitteilung erfolgen und ein förmliches Ersuchen nachgereicht werden, von dessen Bewilligung die Verwertbarkeit der Ermittlungsergebnisse abhängt.

Absatz 5 regelt die Zulässigkeit von verdeckten Ermittlungen außerhalb eines Gerichtsverfahrens. Bei dieser Vorschrift handelt es sich um eine asymmetrische Regelung, da derartige Maßnahmen belgischer Behörden nach Maßgabe des belgischen nationalen Rechts nicht vorgesehen sind, so dass nicht mit belgischen Ersuchen zu rechnen ist. Die Vorschrift zielt vielmehr darauf, deutschen Ersuchen Rechnung tragen zu können, die nach dem deutschen nationalen Recht zum Teil dem Bereich der Gefahrenabwehr zuzurechnen sind („eine auslieferungsfähige Straftat […] begehen wird“). Die Terminologie der Vorschrift orientiert sich dabei am belgischen nationalen Recht und benennt die Voraussetzungen, unter denen deutschen Ersuchen Rechnung getragen werden kann. Die Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen. Es muss der begründete Verdacht bestehen, dass die Person, auf die sich die verdeckte Ermittlung bezieht, eine auslieferungsfähige Straftat begehen wird oder begangen hat, ohne dass diese bereits aufgedeckt wäre. Der Gebietsstaat muss einem vorab übermittelten Ersuchen zugestimmt haben. Die Regelung entspricht der Regelung in Artikel 17 Absatz 5 zu grenzüberschreitenden Observationen außerhalb eines Gerichtsverfahrens.

Die Absätze 6 bis 9 enthalten allgemeine Regelungen zu Modalitäten der Durchführung von verdeckten Ermittlungen.

Absatz 10 ermöglicht, dass die Vertragsstaaten sich gegenseitig verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler zur Verfügung stellen können.

Schließlich soll Absatz 11 die Geheimhaltung der Identitäten der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler auch nach Beendigung der Ermittlungen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts im Gebietsstaat gewährleisten.

Zu Artikel 20 – Technische Einsatzmittel

Nach Artikel 20 können Beamtinnen und Beamte, die im Rahmen einer grenzüberschreitenden Observation (Artikel 17), einer kontrollierten Lieferung (Artikel 18) oder eines grenzüberschreitenden Einsatzes verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler (Artikel 19) tätig werden, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats unter den genannten Voraussetzungen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts technische Einsatzmittel einsetzen.

Zu Artikel 21 – Tarnmittel

Artikel 21 ermöglicht die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten bei der Gestaltung und dem Austausch von Tarnmitteln nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts. Die Bedingungen sowie das Verfahren werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten festgelegt.

Zu Artikel 22 – Nacheile

Artikel 22 regelt ergänzend zu Artikel 41 SDÜ und Artikel 20 Neapel-II-Übereinkommen Einzelheiten der grenzüberschreitenden Nacheile; im Übrigen gelten das SDÜ und das Neapel-II-Übereinkommen.

Absatz 2 legt die folgenden Voraussetzungen fest, unter denen die grenzüberschreitende Nacheile ohne vorherige Zustimmung des betroffenen Gebietsstaats erfolgen darf:

– eine Person wird verdächtigt, eine Straftat begangen oder sich einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung oder einer vorläufigen Festnahme entzogen zu haben;

– eine Person hat sich einer polizeilichen Maßnahme durch Flucht entzogen;

– es ist zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erforderlich.

Eine Nacheile darf jedoch in allen Fällen nur erfolgen, wenn die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats nicht rechtzeitig zur Stelle sein können, um die Verfolgung zu übernehmen. Spätestens im Moment des Grenzübertritts müssen die zuständigen Stellen des Gebietsstaats informiert werden. Mit dieser Informationspflicht wird bezweckt, dem betroffenen Gebietsstaat die Möglichkeit einzuräumen, die Verfolgung dann zu übernehmen, die Nacheile zu beenden oder den übertretenden Beamtinnen und Beamten Weisungen zu erteilen. Sie können auch die nacheilenden Beamtinnen und Beamten bitten, an der Verfolgung unter ihrer Leitung mitzuwirken. Da die Informationspflicht dementsprechend die Souveränitätsrechte des Gebietsstaats sichert, handelt es sich um eine konstitutive Vorgabe, deren Nichtachtung zur Unzulässigkeit des Grenzübertritts führt, so dass die Verfolgung auf dem Gebiet des anderen Staates nicht fortgesetzt werden darf. Eine alternative Rechtsgrundlage für einen Grenzübertritt könnte dann gegebenenfalls Artikel 15 sein, wenn die engeren Voraussetzungen dieser Norm vorliegen, wobei auch diese Vorschrift eine unverzügliche Unterrichtung des Gebietsstaats vorsieht, die dort allerdings nicht zwingend bis zum Zeitpunkt des Grenzübertritts erfolgt sein muss.

Nach Absatz 3 unterliegt die grenzüberschreitende Nacheile keiner zeitlichen oder räumlichen Beschränkung und kann auch auf dem Luft- und Wasserweg erfolgen.

In Absatz 4 sind in Ergänzung zu Artikel 41 Absatz 5 SDÜ und Artikel 20 Absatz 4 Neapel-II-Übereinkommen allgemeine Bedingungen zur Durchführung der Nacheile festgelegt. Da der allgemeine Anwendungsbereich der Nacheile im vorliegenden Vertrag im Vergleich zu den Regelungen des SDÜ und des Neapel-II-Übereinkommens erweitert wurde, kommt den einschränkenden Regelungen zu den hier geregelten Folgemaßnahmen besondere Bedeutung zu. Die Beamtinnen und Beamten sind an die Bestimmungen des Vertrags und das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats gebunden sowie Weisungen dessen zuständiger Behörden unterworfen. Sie sind – sofern kein Einstellungsverlangen vorliegt und die zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats nicht rechtzeitig einschreiten können – zum Anhalten und Festhalten verfolgter Personen, zu Identitätsfeststellungen, Sicherheitsdurchsuchungen sowie, wenn dies zur Verhinderung der Flucht oder zum Schutz vor einer Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, zum Fesseln verfolgter Personen befugt. Von der Person mitgeführte Sachen oder das Fahrzeug können vorläufig sichergestellt werden. Es gelten stets die Artikel 34 und 35 des Vertrags, auf die an dieser Stelle hingewiesen wird.

Unter außergewöhnlichen, in Absatz 4 Nummer 3 näher benannten Umständen dürfen die nacheilenden Beamtinnen und Beamten mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Behörde des Gebietsstaats die betreffende Person zur nächstgelegenen Polizei- oder Zolldienststelle oder an einen sonstigen nahegelegenen besser geeigneten Ort auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats befördern. Dabei ist stets die nächstgelegene Dienststelle anzufahren, unabhängig davon, ob es sich um eine Polizei- oder Zolldienststelle handelt.

Absatz 5 betrifft das Recht der zuständigen Behörden des Gebietsstaats, in den die zuständigen Beamtinnen und Beamten nachgeeilt sind, eine durch die nachgeeilten Beamtinnen und Beamten angehaltene oder festgehaltene Person zum Zweck der Vernehmung festzuhalten. Die Vorschrift findet nicht auf alle Fälle der Nacheile Anwendung. Während der allgemeine Anwendungsbereich der Nacheile im vorliegenden Vertrag im Vergleich zu den Regelungen des SDÜ und des Neapel-II-Übereinkommens erweitert wurde, handelt es sich bei dem Festhalten zum Zwecke der Vernehmung um einen intensiveren Grundrechtseingriff, der nur bei Personen zulässig ist, die im Verdacht einer auslieferungsfähigen Straftat stehen oder sich einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung oder einer vorläufigen Festnahme entzogen haben. Absatz 5 enthält überdies punktuelle Abweichungen von Artikel 41 Absatz 6 SDÜ und Artikel 20 Absatz 5 Neapel-II-Übereinkommen. So ist die Person spätestens 12 Stunden nach dem Anhalten beziehungsweise Festhalten freizulassen, wobei die Stunden zwischen 21 Uhr und 9 Uhr nicht mitzählen, es sei denn, der Staat, in dem die Nacheile begonnen hat, übermittelt den zuständigen Behörden vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Übergabe. Innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Vorführung vor den Richter bleiben unberührt.

Absatz 6 regelt die Unterrichtungspflichten auf deutscher und belgischer Seite.

Zu Artikel 23 – Maßnahmen im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr

Artikel 23 betrifft Einsätze im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr. Im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr besteht oft nicht die Möglichkeit, eine Aufnahme oder Beendigung polizeilicher Maßnahmen im Zug genau an der Grenzlinie sicherzustellen, wenn der Zug nicht an der Grenze anhält. Mit Artikel 23 wird den zuständigen Beamtinnen und Beamten daher ein Spielraum eingeräumt. Sie dürfen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats auch bereits bei der letzten Haltestelle vor Grenzüberquerung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einsteigen beziehungsweise erst an der ersten Haltestelle auf dem fremden Hoheitsgebiet nach Grenzüberquerung aussteigen. Der Grenzübertritt muss jedoch stets spätestens im Moment der Überschreitung mitgeteilt werden.

Nach Absatz 2 dürfen Maßnahmen, die auf dem eigenen Hoheitsgebiet bereits begonnen wurden, aber vor Grenzübertritt noch nicht abgeschlossen werden konnten, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats so lange wie

bis zu ihrem Abschluss nötig fortgesetzt werden. Unter „Maßnahme“ ist dabei eine Einzelmaßnahme zu verstehen, die sich gegen eine bestimmte Person oder eine bestimmte Sache richtet, nicht eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf eine Reihe von Personen oder Sachen, wie zum Beispiel die Kontrolle eines ganzen Zuges oder Wagens. Die Durchführung der Maßnahme richtet sich in diesem Fall ausnahmsweise auch nach Grenzübertritt bis zu ihrem Abschluss nach dem innerstaatlichen Recht des eigenen Vertragsstaats. Die Vorgaben der Absätze 4 und 5 sind dabei zu achten. Überdies kann der Gebietsstaat (wie bei allen Maßnahmen nach dem Vertrag) jederzeit die Beendigung einer Maßnahme verlangen (Artikel 48 Absatz 4).

Nach Absatz 3 gelten für gemeinsame Einsatzformen im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr die Bestimmungen über gemeinsame Einsatzformen und Unterstellung nach Artikel 13. Bei der Festlegung der Einzelheiten der Zusammenarbeit nach Artikel 13 Absatz 4 sollen die Vertragsstaaten jeweils für ihr Hoheitsgebiet einen zuständigen Beamten oder eine zuständige Beamtin als Einsatzleitung benennen. Absatz 3 regelt außerdem die Zuständigkeit, wenn an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges eine Straftat begangen wird. Wenn der Ort der Begehung nicht festgestellt werden kann, ist der Vertragsstaat zuständig, auf dessen Hoheitsgebiet der nächste fahrplanmäßige Halt liegt, nachdem die zuständigen Beamtinnen und Beamten Kenntnis von der möglichen Straftat erlangt haben.

Absatz 4 regelt die Befugnisse der zuständigen Beamtinnen und Beamten, die an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges eine auf ihrem Hoheitsgebiet begonnene Maßnahme fortsetzen (Absatz 2) oder die mit Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats gemeinsam an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges eingesetzt werden (Absatz 3). Diese Beamtinnen und Beamten sind nur befugt auf dem fremden Hoheitsgebiet eine Person anzuhalten, festzuhalten, sie oder von ihr mitgeführte Sachen zu durchsuchen und Gegenstände vorläufig sicherzustellen, wenn dies zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhütung oder Verfolgung einer Straftat erforderlich ist. Der Begriff der „vorläufigen“ Sicherstellung umschreibt ausgehend vom belgischen Recht die Sicherstellung im Sinne von „mettre en sécurité“ auf fremdem Territorium (Absatz 4) im Unterschied zu „saisie“ auf eigenem Hoheitsgebiet (Absatz 5). Nach Eintreffen der zuständigen Beamtinnen und Beamten des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die Maßnahmen erfolgen, werden die Person sowie sichergestellte Gegenstände unverzüglich an diese übergeben. An dieser Stelle ist auf die Bestimmungen zur Rechtsstellung zuständiger Beamtinnen und Beamter auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats (Artikel 34) sowie deren Befugnisse (Artikel 35) hinzuweisen.

Absatz 5 ergänzt Absatz 4 insofern, als dass er die Situation regelt, in welcher zuständige Beamtinnen und Beamte an Bord eines grenzüberschreitenden Zuges noch auf dem eigenen Hoheitsgebiet eine Freiheitsentziehung oder Sicherstellung vornehmen, aber nicht mehr vor dem Überschreiten der Grenze aus dem Zug aussteigen können. In diesem Fall behalten die Beamtinnen und Beamten die Amtsgewalt über die Person oder den Gegenstand auch während ihres Aufenthalts auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats. Allerdings ist auch in diesen Fällen kein Rücktransport der Person vom Gebietsstaat in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgesehen. Vielmehr ist der Gebietsstaat unverzüglich über die Situation in Kenntnis zu setzen und kann jederzeit die Beendigung der Maßnahme verlangen (Artikel 48 Absatz 4). Unabhängig davon gilt die Frist von 12 Stunden von der Freiheitsentziehung bis zur Freilassung, sofern innerhalb dieser Frist kein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zweck der Übergabe eingeht.

Zu Artikel 24 – Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen

Artikel 24 betrifft die Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen auf dem beziehungsweise über das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats. Nach Absatz 1 können sich die Vertragsstaaten dies auf Ersuchen gegenseitig gestatten und legen einvernehmlich die Modalitäten fest. Die Regelung erfasst unterschiedliche Fallkonstellationen, die Beförderung oder Begleitung durch die Beamtinnen und Beamten muss lediglich „im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben“ geschehen. Allerdings ist bei der Anwendung der Vorschrift stets sorgfältig zu prüfen, welche Regelungen sich für das „Ob“ und das „Wie“ der konkreten Beförderung oder Begleitung aus dem innerstaatlichen Recht, dem europäischen Recht oder dem Völkerrecht ergeben, da die Vorschrift ausdrücklich einen entsprechenden Vorbehalt enthält. Unbeschadet dieser Bindungen enthält Artikel 24 folgende allgemeine Aussagen:

Ein Ersuchen muss nach Absatz 2 die Personalien der zu befördernden beziehungsweise zu begleitenden Person enthalten. Datum, Uhrzeit, Strecke und Verkehrsmittel werden durch die zuständigen Behörden vereinbart.

Nach Absatz 3 kann der Gebietsstaat verlangen, dass die Beförderung oder Begleitung im Rahmen eines gemischten Einsatzes erfolgt, also gemeinsam mit zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats.

In den Absätzen 3 und 4 werden die Befugnisse der Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats geregelt, die die Beförderung beziehungsweise Begleitung vornehmen. Wenn die Beförderung beziehungsweise Begleitung in Anwesenheit von Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats erfolgt, haben die Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats dieselben Hoheitsbefugnisse wie die Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats und unterstehen deren Leitung. Sind keine Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats anwesend, sind die Hoheitsbefugnisse der Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats auf Maßnahmen beschränkt, die für ihre Eigensicherung, für die Sicherheit der von ihnen beförderten oder begleiteten Personen oder Sachen und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich sind.

Absatz 5 regelt die Rechtsstellung von Personen, denen die Freiheit entzogen worden ist, bei der Beförderung auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats. Diese darf auch auf dessen Hoheitsgebiet fortgesetzt werden, wenn der Freiheitsentziehungstitel gültig ist und der Gebietsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts zugestimmt hat. Für Freiheitsentziehungen auf deutschem Hoheitsgebiet gelten die hierfür im deutschen Recht vorgesehenen formellen und materiellen Voraussetzungen. Dabei sind insbesondere die grundrechtlichen Vorgaben der Artikel 2 Absatz 2 Satz 2, Artikel 16 Absatz 2 und Artikel 104 des Grundgesetzes zu beachten.

Absatz 6 regelt den Fall des Entweichens der zu befördernden Person auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats. Die Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats dürfen die Person zunächst verfolgen, müssen dies dem Gebietsstaat jedoch unverzüglich mitteilen und den Einsatz in entsprechender Anwendung der Vorschriften zur Nacheile (Artikel 22 Absatz 4 und 5) in die Hände des Gebietsstaats übergeben. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald der Gebietsstaat dies verlangt.

Absatz 7 stellt klar, dass die zu befördernden Personen weder ein Reisedokument noch ein Visum benötigen, um das Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten zu überqueren.

Absatz 8 sieht erforderlichenfalls die Regelung weiterer Modalitäten in einer Durchführungsvereinbarung vor.

Absatz 9 erweitert für die Zwecke dieses Artikels die Definition der „zuständigen Beamtinnen und Beamten“. Auf deutscher Seite sind dies zusätzlich die Angehörigen der Justizvollzugsbehörden.

Zu Artikel 25 – Übergabe von Personen und Sachen

Nach Artikel 25 Absatz 1 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten den Ort einer Übergabe von Personen und Sachen vereinbaren, dieser muss für eine sichere Übergabe geeignet sein. Die Vorschrift regelt lediglich eine Modalität der Übergabe. Der Begriff der „Übergabe“ ist dabei nicht auf Konstellationen des Europäischen Haftbefehls begrenzt, sondern deckt auch andere denkbare Fälle ab, wobei sich die Übergabe als solche nach den hierfür jeweils einschlägigen Rechtsgrundlagen richtet.

Absatz 2 stellt klar, dass für die Beförderung oder Begleitung von Personen oder Sachen zum Übergabeort die Bestimmungen aus Artikel 24 entsprechende Anwendung finden.

Zu Artikel 26 – Grenzüberschreitender Schutz von gefährdeten Personen

Nach Artikel 26 darf der Auftrag zum Schutz gefährdeter Personen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats grundsätzlich fortgesetzt werden, wenn dieser vor Überschreiten der Grenze darüber informiert wird. Der Schutzauftrag kann auch von dem anderen Vertragsstaat übernommen werden.

Ausnahmsweise darf der Auftrag auch ohne vorherige Information fortgesetzt werden, wenn der Grenzübertritt unvorhergesehen erfolgt. Die Information des Gebietsstaats ist dann jedoch unverzüglich nachzuholen.

Absatz 3 bietet die Möglichkeit zur Erteilung von Auflagen.

Zu Artikel 27 – Zusammenarbeit bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

Artikel 27 sieht die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten bei einer vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Union vor. In diesem Fall können Grenzkontrollstellen unter bestimmten Voraussetzungen (Absatz 1 Nummer 1 bis 4) auch auf dem grenznahen Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats errichtet werden. Dies erfordert unter anderem die Zustimmung des Gebietsstaats (Absatz 1 Nummer 3), die nach Absatz 2 auch von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden kann.

Das Verfahren und die Modalitäten werden gemäß Absatz 3 in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 festgelegt.

Absatz 4 stellt deklaratorisch klar, dass das innerstaatliche Recht des Vertragsstaats, der die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wiedereingeführt hat, und das Recht der Europäischen Union, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex fur das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 1; L 272 vom 31.10.2018, S. 69), für die Grenzkontrollen gelten. Die Handlungen der zuständigen Beamtinnen und Beamten bei der Durchführung der Grenzkontrollen gelten als auf dem Hoheitsgebiet ihres Vertragsstaats ausgeübte Handlungen. Sie können dabei die nach ihrem innerstaatlichen Recht oder dem Recht der Europäischen Union vorgesehenen erforderlichen Hoheitsbefugnisse ausüben (Absatz 5).

Staatsangehörige des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die Grenzkontrollen stattfinden, dürfen nicht auf das Staatsgebiet des anderen Vertragsstaats verbracht werden. Sie dürfen nur festgehalten werden und sind unverzüglich an den Gebietsstaat zu übergeben (Absatz 6).

Die Absätze 7 bis 10 regeln weitere Einzelheiten.

Bei gleichzeitigen oder gemeinsamen Grenzkontrollen legt Absatz 9 die Reihenfolge der Kontrolle durch die Vertragsstaaten fest.

Nach Absatz 10 finden bei Grenzkontrollen in fahrenden Zügen die einschlägigen Bestimmungen aus Artikel 23 Absatz 1, 2 und 5 entsprechende Anwendung. Es besteht keine Pflicht zum Nothalt.

Zu Artikel 28 – Unterstützung zwischen Spezialeinheiten in Gefahren- und Bedrohungslagen

Artikel 28 schafft eine spezielle gegenseitige Unterstützungsmöglichkeit durch die Spezialeinheiten der Vertragsstaaten in Gefahren- und Bedrohungslagen. Spezialeinheiten im Sinne dieses Vertrags sind in Artikel 2 Absatz 4 definiert.

Eine Gefahren- oder Bedrohungslage definiert Absatz 2 als Situation, in der der ersuchende Vertragsstaat berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass eine Straftat zu Lasten bestimmter Rechtsgüter vorliegt oder unmittelbar bevorsteht. Die Straftat muss sich auf Personen, das Eigentum, die Infrastrukturen oder Institutionen des ersuchenden Vertragsstaats beziehen und für diese im ersuchenden Vertragsstaat eine ernste unmittelbare physische Gefahr oder Bedrohung darstellen.

Die Absätze 3 bis 7 betreffen die Art der Unterstützung sowie das Verfahren für das Ersuchen, für seine Bewilligung und für die Umsetzung der Unterstützung.

In Absatz 8 sind die Befugnisse der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätigen Beamtinnen und Beamten geregelt. Diese können unter Leitung einer Beamtin beziehungsweise eines Beamten des Gebietsstaats jeweils diejenigen Hoheitsbefugnisse ausüben, die auch den Spezialeinheiten des Gebietsstaats zustehen,

soweit sie über diese auch in ihrem eigenen Vertragsstaat verfügen.

Teil IV

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Zu Artikel 29 – Zeugenschutz

Artikel 29 betrifft die gegenseitige Hilfeleistung bei dem Schutz von Zeugen und diesen nahestehenden Personen.

Absatz 2 regelt nicht abschließend die Form der Hilfeleistung. Beispielhaft werden der Austausch von personenbezogenen Daten und anderen Informationen, die logistische Hilfe sowie die Übernahme von zu schützenden Personen aufgezählt. Die innerstaatliche Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern bleibt hiervon unberührt.

Voraussetzung ist nach Absatz 3, dass die zu schützende Person in dem ersuchenden Vertragsstaat in den Zeugenschutz aufgenommen worden ist. Sie wird nicht von dem ersuchten Vertragsstaat in den Zeugenschutz aufgenommen. Die weiteren Maßnahmen richten sich jedoch nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaats.

Absatz 4 sieht vor, dass der ersuchte Vertragsstaat bei Vorliegen schwerwiegender Gründe die Hilfeleistung beenden kann.

Zu Artikel 30 – Ersuchen um Spuren- und Beweissicherung am oder im Körper von Personen in dringenden Fällen

Der Vertrag lässt die Rechtsinstrumente, welche die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen regeln, unberührt (vergleiche Artikel 1 Absatz 2). Das Ersuchen und die Bewilligung zur Durchführung einer Spuren- und Beweissicherung am oder im Körper von Personen richten sich dementsprechend nach der Richtlinie 2014/41/EU und den hierzu erlassenen nationalen Umsetzungsgesetzen. Der Vertrag enthält jedoch ergänzende Bestimmungen im Sinne von Artikel 34 Absatz 3 der Richtlinie 2014/41/EU.

Artikel 30 betrifft die gegenseitige Hilfeleistung bei der Spuren- und Beweissicherung in dringenden Fällen. Nach Absatz 1 können die zuständigen Behörden auf Ersuchen des anderen Vertragsstaats Ermittlungsmaßnahmen durchführen oder durchführen lassen, wenn Spuren oder Beweismittel am oder im Körper einer Person auf Grundlage einer Europäischen Ermittlungsanordnung nicht rechtzeitig gesichert werden können. Dies betrifft Fälle, in denen im Falle der Einhaltung des in der Richtlinie 2014/41/EU vorgesehenen Verfahrens der Verlust des Beweismittels droht, etwa weil sich die Person, zu der Spuren oder Beweise gesichert werden sollen, auf dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaats befindet, der nicht die Ermittlungen führt, und die reale Gefahr besteht, dass die Spuren oder Beweise bis zum Erhalt einer Europäischen Ermittlungsanordnung verschwinden.

Zu denken ist hier etwa an die aufgrund bestimmter Umstände erforderliche Feststellung der Blutalkoholkonzentration der betroffenen Person.

Die Vorschrift stellt sicher, dass die Eilmaßnahme so schnell wie möglich in die Hände der Justiz und das in der Richtlinie 2014/41/EU vorgesehene Verfahren überführt wird.

So kann ein Ersuchen nach Absatz 2 zwar zunächst mündlich erfolgen, ist dann jedoch schnellstmöglich schriftlich zu bestätigen, wobei die Justizbehörden beider Seiten unverzüglich unter Angabe der Gründe für die Eilbedürftigkeit zu unterrichten sind.

Bei der Vornahme der Ermittlungsmaßnahmen gilt das innerstaatliche Recht des ersuchten Vertragsstaats.

Die Übermittlung der Ergebnisse der Ermittlungsmaßnahmen bedarf nach Absatz 4 der Europäischen Ermittlungsanordnung nach Richtlinie 2014/41/EU.

Zu Artikel 31 – Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Artikel 31 nennt Bereiche, in denen die Vertragsstaaten bei der Aus- und Fortbildung von Polizei und Zoll zusammenarbeiten. Dies betrifft insbesondere die Ausbildung und Fortbildung der zuständigen Beamtinnen und Beamten, die an den einzelnen Formen der Zusammenarbeit nach diesem Vertrag beteiligt sind.

Die Aufzählung in Artikel 31 zur Form der Zusammenarbeit ist nicht abschließend. Beispielsweise sind die Zurverfügungstellung von Lehrplänen, die Möglichkeit zur Teilnahme an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Praktika und Hospitationen, das Erarbeiten gemeinsamer Programme sowie die Durchführung gemeinsamer Übungen und Seminare genannt.

Zu Artikel 32 – Bereitstellung von Mitteln und Material

In Artikel 32 ist festgelegt, dass sich die Vertragsstaaten durch Bereitstellung von Mitteln und Material einschließlich Führungs- und Einsatzmitteln Hilfe leisten können.

Zu Artikel 33 – Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

Bei Artikel 33 handelt es sich um eine Auffangregelung, in der weitere mögliche Formen der Zusammenarbeit nicht abschließend aufgezählt sind.

Bei der Koordinierung von untereinander in Zusammenhang stehenden innerstaatlichen Ermittlungen zu Straftaten nach Artikel 33 Nummer 3 geht es nicht um JITs (Joint Investigation Teams).

Teil V

Allgemeine Bestimmungen
für grenzüberschreitende Maßnahmen

Zu Artikel 34 – Rechtsstellung der zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

Artikel 34 legt die Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten fest, die sich auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats befinden. Sie sind den Weisungen und Anordnungen der zuständigen Behörden des Gebietsstaats unterworfen. Dies ist Ausdruck des Grundsatzes der Souveränität der Staaten auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet.

Der Inhalt von Artikel 34 Absatz 1 wird zusätzlich deklaratorisch in mehreren einschlägigen Bestimmungen wie Artikel 15 Absatz 4 (Maßnahmen bei gegenwärtiger

Gefahr), Artikel 18 Absatz 4 (Kontrollierte Lieferung) und Artikel 22 Absatz 4 (Nacheile) genannt.

In dienstrechtlicher sowie disziplinarrechtlicher Hinsicht unterliegen die Beamtinnen und Beamten jedoch ausschließlich dem innerstaatlichen Recht ihres Vertragsstaats (Absatz 2).

Zu Artikel 35 – Befugnisse der zuständigen Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats

Artikel 35 regelt die Befugnisse der Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats bei den verschiedenen Formen von grenzüberschreitenden Maßnahmen. Ihnen stehen dabei diejenigen Hoheitsbefugnisse zu, die dieser Vertrag, das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats sowie das europäische Recht vorsehen und über die sie im Wege einer Vergleichsbetrachtung auch auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet verfügen würden. Dies setzt voraus, dass die Beamtinnen und Beamten jeweils umfassend über die geltenden Vorschriften informiert werden müssen.

Die Vorschrift enthält eine allgemeine Grundregel, wobei die Einzelheiten, insbesondere die sich aus dem vorliegenden Vertrag ergebenden Befugnisse, in den jeweils einschlägigen Bestimmungen ausdrücklich geregelt sind.

Absatz 2 gestattet den Beamtinnen und Beamten vorbehaltlich abweichender Sonderregelungen im Rahmen eines grenzüberschreitenden Einsatzes, einer Aufgabenwahrnehmung oder Aus- und Fortbildung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, ihre nationale Uniform zu tragen und nach dem innerstaatlichen Recht des Gebietsstaats Ausstattungsgegenstände sowie Polizei- und Zolltiere mit sich zu führen und einzusetzen.

Absatz 3 regelt flankierende Informationspflichten.

Absatz 4 befreit die Beamtinnen und Beamten im Rahmen eines grenzüberschreitenden Einsatzes und in den Fällen nach Artikel 45 (Durchfahrtsrechte) von der Verpflichtung zum Mitführen von Reisedokumenten bei Einreise und Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats. Sie müssen jedoch einen Dienstausweis mit sich führen (Artikel 38).

Zu Artikel 36 – Mitführen und Tragen von Waffen und Munition

Artikel 36 betrifft das Mitführen und Tragen von Waffen und Munition bei grenzüberschreitenden Einsätzen, Aufgabenwahrnehmungen und Aus- und Fortbildungen auf dem jeweils anderen Hoheitsgebiet, wohingegen sich der Einsatz von Waffen und Munition allein nach Artikel 37 richtet. Das Recht zum Mitführen und Tragen von Waffen und Munition, die zur Ausstattung der jeweiligen Beamtinnen und Beamten gehören, orientiert sich grundsätzlich an dem Recht des Gebietsstaats. Ausnahmsweise dürfen auch andere Waffen und Munition mitgeführt werden, wenn diese zuvor nicht sicher abgelegt oder gelagert werden konnten (Absatz 2) oder die in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 Absatz 1 benannte zuständige Behörde des Gebietsstaats vorab zustimmt (Absatz 3).

Absatz 4 bestimmt die entsprechende Anwendung von den Absätzen 1 bis 3 auf Beamtinnen und Beamte der Spezialeinheiten, wobei hier als Vergleichsmaßstab die entsprechenden Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten des Gebietsstaats herangezogen werden.

Zu Artikel 37 – Einsatz von Zwang und Gewalt

Artikel 37 regelt den Einsatz von Zwangsmitteln bei der Ausübung der den Beamtinnen und Beamten auf der Grundlage des Vertrags zugewiesenen Befugnisse. Auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats dürfen Zwang und Gewalt nur in erforderlichem und verhältnismäßigem Rahmen angewendet werden.

Absatz 2 stellt klar, dass Zwang und Gewalt zudem in Notwehr- oder Nothilfesituationen eingesetzt werden dürfen, also zur Abwehr eines gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriffes auf sich selbst oder auf andere. Die Begriffe der Notwehr und Nothilfe richten sich nach dem nationalen Recht des Gebietsstaats.

Absatz 3 betrifft den Einsatz von Schusswaffen, welcher nur im Falle der Notwehr oder Nothilfe gestattet ist.

Hinsichtlich der Zulässigkeit bestimmter Waffen und Munition wird auf Artikel 36 verwiesen (Absatz 4). Es handelt sich um diejenigen zur eigenen Ausstattung gehörenden Waffen und Munition, die auch von den zuständigen Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats mitgeführt und verwendet werden dürfen.

Absatz 5 stellt klar, dass bei der Anwendung von Zwang oder Gewalt das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats gilt, der zudem unverzüglich darüber zu benachrichtigen ist (Absatz 6).

Dies setzt auch voraus, dass die zuständigen Beamtinnen und Beamten wissen, welche Waffen und Munition nach welchen Regelungen im jeweils anderen Vertragsstaat mitgeführt, getragen und eingesetzt werden dürfen. Daher bestimmt Absatz 7, dass die Vertragsstaaten sich gegenseitig darüber informieren müssen.

Absatz 8 regelt die entsprechende Anwendbarkeit des Artikels 37 auf Spezialeinheiten mit einer Abweichung zum Einsatz von Schusswaffen, der für sie unter Leitung des Einsatzleiters oder der verantwortlichen Behörde des Gebietsstaats nach Maßgabe von dessen innerstaatlichem Recht ermöglicht wird, hier also ausnahmsweise nicht auf Notwehr- und Nothilfesituationen begrenzt ist.

Zu Artikel 38 – Identifizierung

Artikel 38 betrifft die Legitimation von Amtshandlungen von Beamtinnen und Beamten in Zusammenhang mit deren Amtsausübung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats.

In Absatz 1 ist der Grundsatz festgelegt. Demnach müssen sich die Beamtinnen und Beamten grundsätzlich jederzeit in ihrer amtlichen Funktion mittels Lichtbildausweis ausweisen können. Dies gilt ausnahmsweise nicht, wenn sie dadurch gefährdet würden oder der Zweck ihrer Handlung beeinträchtigt würde.

Ist die Identität durch den Entsendestaat geschützt, müssen auch auf dem Gebietsstaat unbeschadet des dort für die Strafverfolgung anwendbaren Rechts alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, damit sie geschützt bleibt.

Zu Artikel 39 – Äußere Erkennbarkeit

Nach Artikel 39 Absatz 1 müssen die zuständigen Beamtinnen und Beamten bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten im jeweils anderen Vertragsstaat grundsätzlich anhand des Tragens ihrer Dienstkleidung oder anderer Kennzeichen äußerlich als solche erkennbar sein.

Auch die Dienstfahrzeuge müssen durch ein am Fahrzeug angebrachtes Merkmal als Dienstfahrzeug einer zuständigen Dienststelle äußerlich erkennbar sein (Absatz 2).

Die Absätze 3 und 4 sehen Ausnahmen von diesen Grundsätzen vor. Zum einen findet die Regelung keine Anwendung, wenn die Art des grenzüberschreitenden Einsatzes dies erfordert. Beispiele hierfür wären eine grenzüberschreitende Observation oder der Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler. Außerdem kann im Einvernehmen bei der Beförderung und Begleitung von Personen und Sachen nach Artikel 24 Absatz 1 und 2 davon abgewichen werden. Dies könnte beispielsweise eine verdeckte Beförderung von Wertgegenständen betreffen, auf die keine Aufmerksamkeit gelenkt werden soll.

Zu Artikel 40 – Bericht

Nach Artikel 40 erfolgt auf Ersuchen eines Vertragsstaats eine Berichterstattung über den grenzüberschreitenden Einsatz des anderen Vertragsstaats. Dabei gelten abgesehen von der Berichterstattung an die zuständige oder verantwortliche Behörde keine Formerfordernisse.

Zu Artikel 41 – Beistandspflicht

Artikel 41 erlegt beiden Vertragsstaaten gegenüber den auf ihrem Hoheitsgebiet tätigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats die Pflicht auf, diesen den gleichen Schutz und Beistand zu gewähren wie ihren eigenen Beamtinnen und Beamten. Hintergrund dieser Regelung ist, dass die Möglichkeiten des entsendenden Staates, Beamtinnen und Beamten auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaats Schutz und Beistand zu gewähren, eingeschränkt sind.

Zu Artikel 42 – Zivilrechtliche Haftung

Artikel 42 regelt die zivilrechtliche Haftung der Vertragsstaaten im Rahmen der Zusammenarbeit auf Grundlage dieses Vertrags.

Grundsätzlich haftet Dritten gegenüber zunächst der Gebietsstaat für Schäden, die eine Beamtin oder ein Beamter des anderen Vertragsstaats bei der Wahrnehmung von Aufgaben auf Grundlage des Vertrags verursacht hat, wie für eigene Beamtinnen und Beamten.

In bestimmten, in Absatz 2 benannten Fällen verbleibt der Schaden auch im Verhältnis der Vertragsstaaten zueinander bei dem Gebietsstaat; dieser hat dann keinen Ersatzanspruch gegen den die Beamtin oder den Beamten entsendenden Vertragsstaat. Dies betrifft gemeinsame Einsätze, bei denen die Beamtinnen und Beamten den zuständigen Behörden des Gebietsstaats unterstellt sind (Artikel 13 Absatz 2), gemeinsame Einsätze in grenzüberschreitendem Eisenbahnverkehr (Artikel 23 Absatz 3), den Einsatz der entsendeten Beamtinnen und Beamten zur Unterstützung zwischen Spezialeinheiten in Gefahren- und Bedrohungslagen (Artikel 28) oder das Eingreifen von entsendeten Beamtinnen und Beamten bei der Begleitung von zur Verfügung gestellten Mitteln und Material (Artikel 32). Dies gilt nicht bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Handeln (Absatz 4).

In allen anderen Fällen hat der Gebietsstaat nach Absatz 3 einen Ersatzanspruch in Höhe des entstandenen Schadens gegen den Entsendestaat, deren Beamtin oder Beamter den Schaden verursacht hat.

Absatz 5 regelt, dass die Staaten unbeschadet der besonderen Bestimmungen über etwaige Beschädigungen oder Verluste von zur Verfügung gestellten Mitteln oder Materialien (Artikel 32 Absatz 2) und unbeschadet der Ausübung ihrer Rechte gegenüber Dritten sowie der Absätze 3 und 4 auf Ersatz des Schadens verzichten, den sie selbst erlitten haben.

Zu Artikel 43 – Strafrechtliche Haftung

Artikel 43 bestimmt im Hinblick auf die strafrechtliche Haftung von Beamtinnen und Beamten des Entsendestaats eine Gleichstellung mit den Beamtinnen und Beamten des Gebietsstaats, in welchem sie eine Straftat begangen haben oder ihnen gegenüber eine Straftat begangen wurde.

Zu Artikel 44 – Einsatz von Fortbewegungsmitteln

Nach Artikel 44 können entsendete Beamtinnen und Beamte Fahrzeuge zur Fortbewegung auf dem Land-, Luft- und Wasserweg nutzen. Die Modalitäten für die Nutzung werden erforderlichenfalls in einer Durchführungsvereinbarung geregelt.

Der Begriff „Fahrzeuge zur Fortbewegung“ ist wörtlich zu verstehen und umfasst beispielsweise keine Drohnen. Drohnen könnten aber gegebenenfalls unter den Voraussetzungen des Artikels 32 Gegenstand einer Hilfeleistung durch Bereitstellung von Mitteln und Material sein.

Zu Artikel 45 – Durchfahrtsrechte

Artikel 45 regelt eine Art Wegerecht über das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats. Er ermöglicht den Beamtinnen und Beamten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder im Rahmen einer Aus- oder Fortbildung, sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu begeben, um auf dem schnellstmöglichen Weg in einen Drittstaat oder zurück in ihr eigenes Hoheitsgebiet, auch lediglich durch Wenden, zu gelangen. Dies umfasst auch das Transportmittel sowie die Ausrüstung, einschließlich der nach diesem Vertrag gestatteten Waffen und Munition.

Die Absätze 2 und 3 betreffen die besondere Situation, dass die Beamtinnen und Beamten bei der Durchfahrt eine Person, der die Freiheit entzogen worden ist, befördern oder einen sichergestellten Gegenstand transportieren. In diesem Fall ist zur Durchquerung des Hoheitsgebiets, um auf schnellstem Weg in das eigene zu gelangen, ausnahmsweise die vorherige Genehmigung des Gebietsstaats erforderlich. Die Genehmigung darf vom Gebietsstaat nur erteilt werden, wenn sein innerstaatliches Recht nicht entgegensteht. Für deutsche Bewilligungsentscheidungen sind dabei unter anderem die grundrechtlichen Vorgaben der Artikel 2 Absatz 2 Satz 2, Artikel 16 Absatz 2 und Artikel 104 des Grundgesetzes zu beachten.

Teil VI

Schlussbestimmungen

Zu Artikel 46 – Sprachen

Bei der Durchführung des Vertrags wird nach Artikel 46 eine der Amtssprachen der Vertragsstaaten oder die englische Sprache verwendet. Die Amtssprachen sind auf belgischer Seite Niederländisch, Französisch und Deutsch sowie auf deutscher Seite Deutsch. Die Regelung für den Informationsaustausch einschließlich der Übersetzung von Ersuchen nach Artikel 8 Absatz 3 bleibt unberührt.

Zu Artikel 47 – Kosten

Artikel 47 regelt die Kostenverteilung bei der Zusammenarbeit auf Grundlage des Vertrags. Jeder Vertragsstaat hat seine eigenen, ihm aus der Durchführung des Vertrags entstehenden Kosten zu tragen, soweit der Vertrag oder eine Durchführungsvereinbarung nach Artikel 54 nichts anderes bestimmt oder zwischen den Behörden nichts anderes vereinbart wird.

Zu Artikel 48 – Einschränkung der Zusammenarbeit

Artikel 48 Absatz 1 erlaubt ausnahmsweise die Verweigerung beziehungsweise Beschränkung der Zusammenarbeit, wenn einer der Vertragsstaaten der Ansicht ist, dass eine Maßnahme nach dem Vertrag die Souveränität des Vertragsstaats beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentlichen Interessen gefährden oder sein innerstaatliches Recht verletzen kann.

Absatz 2 bietet die Möglichkeit, ein Ersuchen auf Informationsaustausch (Artikel 4 Absatz 2) abzulehnen, wenn sich dieses auf die Verhütung oder Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit bezieht und der Aufwand in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Schwere der Ordnungswidrigkeit stehen würde. Über ablehnende Entscheidungen nach dem Absatz 1 oder 2 ist der andere Vertragsstaat im gegebenen Fall unverzüglich zu unterrichten (Absatz 3).

Absatz 4 stellt den Grundsatz klar, dass jeder grenzüberschreitende Einsatz einzustellen ist, sobald der Gebietsstaat dies verlangt. Dies ist Ausdruck der Souveränität der Vertragsstaaten und gilt für alle Maßnahmen nach diesem Vertrag. Artikel 15 (Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr), Artikel 17 (Grenzüberschreitende Observation), Artikel 18 (Kontrollierte Lieferung), Artikel 19 (Grenzüberschreitender Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler), Artikel 22 (Nacheile), Artikel 24 Absatz 6 (Verfolgung beim Entweichen einer beförderten und begleiteten Person) und Artikel 27 Absatz 2 (Grenzkontrollstellen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats) stellen dies innerhalb der konkreten Einzelbestimmung zusätzlich klar.

Zu Artikel 49 – Vertraulichkeit und Verschlusssachen

Artikel 49 regelt die Vertraulichkeit und die Geheimhaltung von Informationen, die auf Grundlage des Vertrags übermittelt werden. Die empfangende Behörde muss stets den Vertraulichkeitsgrad gewährleisten, den die übermittelnde Behörde den übermittelten Informationen zuerkannt hat.

Zu Artikel 50 – Schutz personenbezogener Daten

Artikel 50 verweist zum Schutz personenbezogener Daten auf die einschlägigen europäischen Rechtsinstrumente. Dazu gehören die Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89; L 127 vom 23.5.2018, S. 9; L 74 vom 4.3.2021, S. 36) und – sofern anwendbar – auch die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom 4.3.2021, S. 35).

Absatz 2 sieht vor, dass ein Vertragsstaat den zuständigen Beamtinnen und Beamten des anderen Vertragsstaats den in Artikel 11 Absatz 2 geregelten Zugriff auf nationale Datenbanken im Rahmen von bestimmten Formen der Zusammenarbeit (siehe oben) nur unter der Leitung eines seiner zuständigen Beamtinnen und Beamten gewähren darf.

Zu Artikel 51 – Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 51 betrifft den Fall einer Streitigkeit über die Auslegung oder Durchführung des Vertrags. In diesem Fall wird ein bilateraler Ausschuss zur Streitbeilegung eingesetzt. Dieser ist kein dauerhaftes Gremium, sondern setzt sich je nach Einzelfall beziehungsweise nach der zugrundeliegenden Thematik zusammen. Gelingt eine Streitbeilegung auf diesem Weg nicht, bleibt der diplomatische Weg.

Zu Artikel 52 – Änderungen der Bezeichnung der zuständigen Behörden oder ihrer Zuständigkeiten

Artikel 52 verpflichtet die Vertragsstaaten, einander auf diplomatischem Wege Änderungen in der Bezeichnung oder in der Zuständigkeit der im Vertrag genannten zuständigen Behörden mitzuteilen.

Zu Artikel 53 – Evaluierung

Artikel 53 sieht eine Evaluierung des Vertrags und dessen Umsetzung alle fünf Jahre oder auf Verlangen eines Vertragsstaats vor.

Zu Artikel 54 – Durchführungsvereinbarungen

Der Vertrag verweist an mehreren Stellen auf einen Abschluss von Durchführungsvereinbarungen nach Artikel 54 Absatz 1 oder Absatz 2.

Artikel 54 Absatz 1 sieht die Möglichkeit für den Abschluss von Durchführungsvereinbarungen durch die Vertragsstaaten sowie auf deutscher Seite das Bundesministerium des Inneren, das Bundesministerium der Finanzen sowie die Innenministerien der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vor.

Nach Artikel 54 Absatz 2 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten Vereinbarungen schließen, welche die verwaltungsmäßige oder technische Umsetzung des Vertrags zum Gegenstand haben.

Zu Artikel 55 – Außerkrafttreten von völkerrechtlichen Übereinkünften

Artikel 55 bestimmt das Außerkrafttreten zweier bilateraler Abkommen zwischen Deutschland und Belgien, die durch diesen Vertrag berührt werden. Dies betrifft das Abkommen vom 27. März 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten und das Abkommen vom 15. Mai 1956 über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze (BGBl. II 1958 S. 190, 191, 358).

Zu Artikel 56 – Inkrafttreten und Kündigung

Artikel 56 Absatz 1 regelt die Notwendigkeit der Ratifikation und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags. In Absatz 2 wird die unbefristete Geltungsdauer des Abkommens normiert und beiden Parteien ein Kündigungsrecht eingeräumt. In Absatz 3 wird die Veranlassung der Registrierung des Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen durch die belgische Seite geregelt. Absatz 4 sieht klarstellend die ohnehin stets gegebene Möglichkeit einvernehmlicher Änderungen des Vertrags explizit vor.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333